

HAMBURGER BEITRÄGE

zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik

Jahresbericht 1987

Heft 26
Hamburg, Februar 1988

Impressum

Das Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg besteht seit dem Juni 1971 und ist eine unabhängige Einrichtung in der Form einer Stiftung des Bürgerlichen Rechts. Laut Satzung ist es Zweck der Institutsarbeit, "sich im Rahmen der Friedensforschung speziell mit sicherheitspolitischen Problemen zu befassen und dabei die Kriterien von freier Forschung und Lehre, Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses und Publizierung der Forschungsergebnisse zu erfüllen". Im Sinne dieser Aufgaben bringt das Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik die Hamburger Beiträge zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik heraus.

Die Hamburger Beiträge erscheinen in unregelmäßiger Folge. Für Inhalt und Aussage der Beiträge sind jeweils die entsprechenden Autoren verantwortlich.

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung des IFSH.

Bestellungen können nur in begrenztem Umfang angenommen werden. Anfragen sind zu richten an:

Institut für Friedensforschung
und Sicherheitspolitik
an der Universität Hamburg
Falkenstein 1

D 2000 Hamburg 55

Tel.: 040/86 90 54/55/56

Inhaltsverzeichnis

1.	Vorwort	1
2.	Zur Arbeit des IFSH 1987	3
2.1.	Forschungsschwerpunkt	3
2.2.	Arbeitsschwerpunkte	5
2.3.	Die Arbeit der Pädagogen am IFSH	6
2.4.	Öffentlichkeitsarbeit von Mitarbeitern des IFSH	10
2.5.	Lehrtätigkeit von Mitarbeitern des IFSH	11
2.6.	Personalien	12
2.7.	Drittmittel und sonstige Finanzierungen	12
2.8.	Sonstiges	12
3.	Projekte der Mitarbeiter des IFSH	14
4.	Veröffentlichungen von Mitarbeitern des IFSH 1987	57
5.	Anhang	68
5.1.	Tagung "Strukturelle Nichtangriffsfähigkeit" am 17.12.1986 und Anhörung "Konventionelle Stabilität" am 2./3.7.1987	68
5.2.	Wissenschaftliche Kontakte des IFSH - eine Auswahl	75
5.3.	Resonanz in der Presse - eine Auswahl	77
6.	Beilage: Hamburger Informationen Nr. 5 "Defensive Zonen"	

1. Vorwort

Das Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH) wurde im Sommer 1971 als Stiftung bürgerlichen Rechts gegründet. Stiftungsträgerin ist die Freie und Hansestadt Hamburg, vertreten durch die Behörde für Wissenschaft und Forschung. Die Organe des Instituts sind: Stiftungsvorstand, Kuratorium, Wissenschaftlicher Beirat und Institutsrat. Stiftungsvorstand ist der jeweilige Wissenschaftliche Direktor. Ihm zur Seite steht der Stellvertretende Wissenschaftliche Direktor.

Das Themenspektrum der Friedensforschung ist außerordentlich breit. Es findet in der Satzung des IFSH und im Namen des Instituts insofern eine Einschränkung, als der Schwerpunkt der Institutsarbeit bei friedenswissenschaftlichen Fragestellungen mit sicherheitspolitischen Bezügen liegen soll. Entsprechend standen im Mittelpunkt der Institutsprojekte der letzten Jahre Probleme der militärischen Kräfteverhältnisse und der kooperativen Rüstungssteuerung (arms control), Themen wie Rüstungsdynamik, Kriegsgefahr und Rüstungskonversion, die Suche nach sicherheitspolitischen Alternativen und vieles mehr. Seit 1985 arbeitet ein Teil der Wissenschaftler des Instituts vorrangig an einer Konkretisierung des Konzepts Gemeinsamer Sicherheit. 1987 gehörten hierzu Fragen der "Konventionellen Stabilität" und der "Strukturellen Angriffsunfähigkeit".

Die Ergebnisse der Institutsarbeit werden in einer Vielzahl von Schriften publiziert. Das IFSH selbst gibt zwei Reihen heraus: Die "Hamburger Beiträge zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik" richten sich eher an einen fachwissenschaftlichen Adressatenkreis; die "Hamburger Informationen zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik" sind dagegen eher für die breite Öffentlichkeit gedacht. Die Veröffentlichungen beider Reihen sind - soweit vorrätig - kostenlos erhältlich.

Die Ergebnisse des Instituts werden jedoch nicht nur schriftlich vorgelegt. Das IFSH bemüht sich vielmehr durch ständige Kooperation und eine Vielzahl von Diskussionen sowie über verschiedene Formen der Öffentlichkeitsarbeit nicht nur um die Vermittlung seiner Ergebnisse an andere in- und ausländische Institute und Fachexperten, sondern auch um ihre Umsetzung in Politik, Exekutive, Medien und Bildungseinrichtungen. Daneben nehmen Mitarbeiter des Instituts in ständiger Lehrtätigkeit seit 1971 Lehraufträge an der Universität Hamburg und anderen Hochschulen wahr.

Zu den Serviceleistungen für die Öffentlichkeit gehören ferner die Bibliothek und die Dokumentation des Instituts. Beide sind öffentlich zugänglich. In ihnen stehen ca. 13.000 Bände, ca. 150 laufend geführte Zeitschriften und das ausgewertete Material aus etwa 50 in- und ausländischen Zeitungen zur Verfügung. Ein Schlagwortkatalog erleichtert nicht nur die wissenschaftliche Arbeit am Institut, sondern dient auch als Hilfe, um die zahlreichen Anfragen an das IFSH aus allen gesellschaftlichen Bereichen sachgerecht beantworten zu können.

Am IFSH sind zur Zeit etwa 30 wissenschaftliche und nichtwissenschaftliche Mitarbeiter tätig, darunter auch ausländische Fellows, abgeordnete Offiziere des Bundesministeriums der Verteidigung sowie Beamte des Auswärtigen Amtes und Pädagogen der Schulbehörde. Wie bereits diese Aufzählung zeigt, findet das Institut Hilfe und Unterstützung bei einer Vielzahl von Personen und Institutionen. Die Hauptlast der Finanzierung ruht aber zweifelsohne bei der Stiftungsträgerin, der Freien und Hansestadt Hamburg. Ihr, bzw. ihren Bürgerinnen und Bürgern gilt deshalb unser besonderer Dank.

Hamburg, Januar 1988

Egon Bahr/Dieter S. Lutz

2. Zur Arbeit des IFSH 1987

Vor drei Jahren hat das IFSH begonnen, in der Koordinierung seiner Forschungsarbeit einen neuen Weg zu beschreiten. Es ist dazu übergegangen, einen Gutteil der Untersuchungsergebnisse unter eine einheitliche, die Einzelthemen bündelnde und übergreifende Frageperspektive zu stellen: Welches ist im Licht der Erfahrungen und der Herausforderungen der Gegenwart die zukunftsweisende, problemgerechte und leistungsfähige Grundorientierung internationaler Friedens- und Sicherheitsbeziehungen?

2.1. Forschungsschwerpunkt

Von der Erkenntnis ausgehend - um die sich mittlerweile eine geradezu erdrückende empirische Evidenz gesammelt hat -, daß eine Steigerung militärischer Konfliktfähigkeit keinem Staat oder Staatenbündnis mehr einen Zuwachs an äußerer Sicherheit einzutragen vermag, erschien die Folgerung zwingend, nach einem Ausweg zu suchen, der auf einem kooperativen Verhaltensmodell zwischen den Konfliktpartnern beruht. Erste Gedanken zu einem solchen Modell entwarf 1982 die Unabhängige Kommission für Abrüstung und Sicherheit ("Palme-Kommission"), als sie ihren Studienbericht mit dem Leitgedanken der "Gemeinsamen Sicherheit" überschrieb. Das Institut hat Ende 1984 diesen Ansatz aufgegriffen und ihn in den folgenden beiden Jahren zum zentralen Inhalt systematischer Analysen gemacht. In einem ersten Schritt erfolgte die Entwicklung der Grundidee zu einer sicherheitspolitischen Konzeption. Daran schloß sich die Überprüfung der Ergebnisse aus der Sicht verschiedener wissenschaftlicher Disziplinen an. Den Arbeitsertrag enthalten zwei Sammelbände, die 1986 und 1987 erschienen sind. Mehr als zehn Wissenschaftler des Instituts haben daran mitgearbeitet. Das Berichtsjahr 1987 stand im Zeichen der Konkretisierung der sicherheitspolitischen Konzeption Gemeinsamer Sicherheit in ihren spezifischen verteidigungspolitischen und militärischen Komponenten - bliebe ein Handlungskonzept doch praxisfern, wenn es über seine logisch-theoretische Begründung hinaus nicht darle-

gen könnte, auf welche Weise es zu operationalisieren und zu instrumentieren ist. Für diese Aufgabe konnte sich das Institut Vorarbeiten zunutze machen, die an anderer Stelle geleistet wurden. Zweimal, im Dezember 1986 und im Juli 1987, wurden in Form jeweils zweitägiger Klausurtagungen Anhörungen mit denjenigen Wissenschaftlern, Politikern und Militärs des In- und Auslandes veranstaltet, die in den vergangenen Jahren grundlegende Studien auf dem Gebiet angriffsuntauglicher Verteidigungsorganisationen vorgelegt haben (siehe Anhang 5.1). Die Auswertung dieser Befragungen, ergänzt durch eigene Forschungsarbeit, steht derzeit vor dem Abschluß. Sie geht in zwei weitere Bände über Gemeinsame Sicherheit ein, die 1988 erscheinen sollen. Mit der Vorstellung eines Vorschlages des IFSH zum Problem Struktureller Angriffsunfähigkeit bzw. Konventioneller Stabilität, dem militärischen Teilkonzept Gemeinsamer Sicherheit (siehe Anhang 5.1.), erfuhr der in den letzten drei Jahren bearbeitete Forschungsschwerpunkt seine vorläufige Abrundung.

Rückblickend betrachtet, haben sich die Verständigung auf ein Schwerpunktthema und die Wahl des Komplexes Gemeinsamer Sicherheit bewährt. Die Fortführung der Einzelprojekte wurde nicht behindert, jedoch konnten neue Vorhaben, die an die Stelle abgeschlossener Untersuchungen traten, in den neuen Themenrahmen eingepaßt und so mit den übrigen Forschungsprojekten enger verbunden werden. (Siehe Teile 3 und 4 dieses Berichts)

Noch augenfälliger erwies sich der Vorzug eines gemeinsamen Forschungsschwerpunktes hinsichtlich der Möglichkeiten unmittelbarer Bezugnahme auf die Entwicklung der aktuellen sicherheitspolitischen Diskussion. Das amerikanisch-sowjetische Abkommen über den Abbau landgestützter Mittelstreckenraketen bestätigt mehr als irgendein anderer Vorgang der letzten Jahre die Grundidee Gemeinsamer Sicherheit. Strukturelle Angriffsunfähigkeit und Konventionelle Stabilität werden ausdrücklich oder implizit Leitkriterien der 1988 beginnenden Verhandlungen zwischen den Bündnissen über die Herabsetzung der konventionellen Rüstungsstände in Europa

sein. Durch die Konzentration auf diese Problemfelder hat sich das Institut die Voraussetzungen geschaffen, an der gegenwärtigen und künftigen Debatte mit sachlicher Kompetenz und einem eigenständigen Forschungsprofil teilzunehmen.

2.2. Arbeitsschwerpunkte

Die Forschungsschwerpunkte des IFSH, insbesondere die Arbeiten über die Konzeption Gemeinsamer Sicherheit und die damit verbundenen Folgefragen operativer Umsetzung, haben auch auf die übrigen Aktivitäten des IFSH im Berichtsjahr ausgestrahlt. Das gilt für die intensive Kommunikation mit anderen wissenschaftlichen Einrichtungen (siehe Anhang 5.2.) wie für die zahlreiche und weitgefächerte Öffentlichkeits- und Vermittlungsarbeit (siehe Teil 2.4. dieses Berichts), insbesondere die Tätigkeit der abgeordneten Pädagogen (siehe Teile 2.3 und 3. dieses Berichts), für die akademische Lehre (siehe Teil 2.5. dieses Berichts), wie für die umfangreiche Publikationstätigkeit der IFSH-Mitarbeiter (siehe Teil 4. dieses Berichts und Gesamtpublikationenverzeichnis) sowie für die Resonanz in den Medien (siehe Anhang 5.3.).

Exemplarisch für die Breite der Tätigkeiten und Initiativen, aber auch für die Unterschiedlichkeit der Adressatenkreise, die das Institut mit seiner Arbeit bzw. seinen Arbeitsergebnissen zu erreichen sucht, seien einige Beispiele aus dem Jahre 1987 genannt:

- Das "Lexikon Rüstung, Frieden, Sicherheit", eingeleitet durch den Direktor, herausgegeben von seinem Stellvertreter, wendet sich an den friedenspolitisch interessierten, aber nicht vorgebildeten Laien. Alle wissenschaftlichen Mitarbeiter des IFSH sind als Autoren daran beteiligt.
- Das "Friedensgutachten 1987" ist (dagegen) eine wissenschaftliche Expertise für die sicherheitspolitische Fachöffentlichkeit im engeren Sinne. Es wurde in Zusammenarbeit mit zwei verwandten Instituten in Frankfurt und Heidelberg erstellt und

bildet den ersten Versuch einer periodisch fortzusetzenden Kooperation auf diesem Gebiet.

- Die Tagungen des IFSH mit dem IPW/DDR (im Jahre 1987 zum Thema "Konventionelle Stabilität") dienen vorrangig dem wissenschaftlichen Austausch, sind aber zugleich auch immer als Teil des politischen und wissenschaftlichen Öffnungs- und Entspannungsprozesses zwischen "Ost und West" zu verstehen. Es ist deshalb sicher kein Zufall, wenn das IFSH im nächsten Jahr als erste bundesdeutsche Institution im Rahmen einer Austausch-Ringvorlesung Vorlesungen zu sicherheitspolitischen Themen an der Humboldt-Universität zu Berlin/DDR durchführen kann.
- Die auf Initiative des IFSH in Hamburg gezeigte Ausstellung "Schreck lass' nach!" bot einen handlungsorientierten friedenspädagogischen Zugang zur Friedensproblematik, der von einer breiten Öffentlichkeit, insbesondere aber mit dem Besuch einer großen Anzahl von Schulklassen, honoriert wurde.

2.3. Die Arbeit der Pädagogen am IFSH 1987

Zu den ausdrücklichen Satzungsaufgaben des IFSH gehört die Vermittlung von Arbeitsergebnissen an die Öffentlichkeit. Mit der Abordnung von drei Lehrern an das IFSH wurde das Institut im Jahre 1987 dieser Aufgabe insofern verstärkt gerecht, als es durch die zusätzliche personelle Kapazität dem Wunsch der Schulen nach pädagogisch aufbereiteter Information aus der Friedensforschung und Sicherheitspolitik nachkommen konnte.

Die pädagogische Vermittlungsarbeit der drei abgeordneten Lehrer wies 1987/88 vier Schwerpunkte auf:

1. "Schreck lass' nach!"

Vom 3. bis zum 28. August 1987 zeigte das Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik in Zusammenarbeit mit einem Trägerkreis die von der Arbeitsgemeinschaft Friedenspädagogik (AGFP) München erstellte sicherheitspolitische Ausstel-

lung "Schreck lass' nach!", die über die Strategie der Abschreckung und drei sicherheitspolitische Alternativen informiert. Rund 4700 Besucher haben die Ausstellung im Curio-Haus gesehen, davon mehr als 3000 Schüler und Schülerinnen mit ihren Lehrern. (Anmeldungen von weiteren 50 Gruppen, d.h. etwa 1000 Besuchern, konnten aus Kapazitätsgründen nicht angenommen werden.)

Für die Ausstellung wurde ein Betreuungsprogramm entwickelt, das den Besuchergruppen eine intensive Auseinandersetzung mit der Thematik der Ausstellung ermöglichte. Es enthielt neben der regulären Führung durch die Ausstellung auch das Angebot besonderer pädagogischer Aktivitäten wie Rollenspiel, Passantenbefragungen oder Videoproduktionen. Neben den Pädagogen am IFSH führten zwei für die Dauer der Ausstellung angestellte Pädagogen und 24 ehrenamtliche Betreuer dieses sehr aufwendige Betreuungsprogramm durch. Die Betreuer haben sich mit speziellem Schulungsmaterial in die Thematik der Ausstellung eingearbeitet. An zwei Schulungstagen konnten sie "vor Ort", d.h. anhand der Ausstellung selbst, ihre Kenntnisse vertiefen. Darüberhinaus wurden sie von einem wissenschaftlichen Referenten des IFSH in den aktuellen Stand der Rüstungskontroll- und Abrüstungsdebatte eingeführt.

Die Ausstellung wurde mit einem Rahmenprogramm von Abendveranstaltungen begleitet, das das IFSH koordinierte. Für drei von den sechzehn Veranstaltungen (Vorträge, Politikerbefragungen, Podiumsdiskussionen, Filmvorführungen mit anschließender Diskussion, Workshops, Kabarett), darunter für die beiden "Großveranstaltungen", zeichnete das IFSH als Veranstalter verantwortlich. Etwa 1500 Besucher kamen zu den Veranstaltungen des Rahmenprogramms.

2. Lehrerfortbildung

Der zweite Schwerpunkt der Arbeit der Pädagogen am IFSH lag in der Lehrerfortbildung. Neben der individuellen Beratung von Lehrern und Pädagogen in der außerschulischen Bildungsarbeit sind zwei Formen zu nennen:

Zum einen die Mitwirkung an den sogenannten Jahresseminaren, d.h. einjährigen Weiterbildungsseminaren des Instituts für Lehrerfortbildung der Fächer Politik, Gemeinschaftskunde und Geschichte. Die Pädagogen am IFSH zogen wissenschaftliche Referenten und Mitarbeiter des IFSH hinzu und trugen selber zu Sachgebieten, in die sie sich im Laufe ihrer Tätigkeit am IFSH eingearbeitet hatten, vor. Zum anderen planten und führten die Pädagogen am IFSH mit Bildungs- und Fortbildungseinrichtungen (wie der Landeszentrale für politische Bildung, dem Verband der Geschichtslehrer und dem Institut für Lehrerfortbildung) in Hamburg mehrtägige Weiterbildungsseminare durch. Auch diese Veranstaltungen wurden in Kooperation mit den Pädagogen am IFSH und wissenschaftlichen Referenten sowie wissenschaftlichen Mitarbeitern des IFSH durchgeführt.

Bei diesen Weiterbildungsseminaren wurden folgende Themen behandelt:

- Friedensforschung
- Unterentwicklung
- Deutsch-deutsche Beziehungen
- Rüstungskontrolle und Abrüstung
- Soziale Verteidigung
- Gemeinsame Sicherheit
- Kollektive Sicherheit
- Verteidigung ohne Angriffsfähigkeit.

Um die Schulen über die Ausweitung der personellen Kapazität am IFSH durch berufserfahrene Pädagogen breit zu informieren und die Nachfrage nach dem erweiterten Vermittlungsangebot zu verstärken, hat das IFSH in Zusammenarbeit mit dem Institut für Lehrerfortbildung ein Seminar für Schulleiter zum Thema "Friedensforschung und Friedenserziehung" durchgeführt. Vor etwa 120 Hamburger Schulleitern referierten der Direktor und der Stellvertretende Direktor des IFSH zu den Themen "Friedensforschung" und "Aktuelle Probleme der Sicherheitspolitik" und stellten sich den Fragen und Diskussionsbeiträgen.

3. Veranstaltungen

Als dritter Schwerpunkt der Arbeit der Pädagogen am IFSH ist ihre Teilnahme an schulischen Veranstaltungen zu erwähnen: Sie nahmen z.B. an Podiumsdiskussionen und Veranstaltungen im Rahmen von schulischen Projektwochen teil und informierten Schülergruppen, vornehmlich aus Hamburger Schulen aber auch aus dem Hamburger Umland, über Probleme der Friedensforschung und Sicherheitspolitik.

4. Materialien

Schließlich ist als vierter Schwerpunkt die Erstellung schriftlicher Materialien für Lehrer und Schüler zu nennen:

- Zu dem Thema "Alternative Sicherheitskonzepte" liegt Material für Lehrerfortbildung im Bereich der Friedenserziehung vor,
- ein Unterrichtsmodell "Gemeinsame Sicherheit" wird zur Zeit fertiggestellt,
- die Pädagogen am IFSH leisteten Beiträge für die "Hamburger Informationen zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik", die an allen Hamburger Schulen verteilt werden,
- und mit den "Pädagogischen Informationen zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik" bieten die Pädagogen am IFSH Materialien und Informationen an, die dem Lehrer Anregungen für die Behandlung friedens- und sicherheitspolitischer Themen geben sollen.

2.4. Öffentlichkeitsarbeit von Mitarbeitern des IFSH

Die Öffentlichkeitsarbeit von Mitarbeitern des IFSH besteht neben Veröffentlichungen im wesentlichen aus mündlichen Aktivitäten wie Vorträgen, Diskussionsbeiträgen und Interviews. Nach groben Schwerpunkten aufgelistet, gibt die folgende Tabelle diese Tätigkeiten im quantitativen Zugriff wieder:

Themenschwerpunkte	Vorträge	Podiums- diskussion	Tagungen	Interviews
Aktuelle sicherheits- politische Fragen	42	12	6	19
Friedenserziehung	3	1	2	7
Friedensforschung/IFSH	13	1	2	2
Feindbildproblematik	3	-	1	2
Sicherheitspolitische Alternativen zur Abschreckung	36	9	10	3
Rüstung, Rüstungsexport/ Rüstungsindustrie/ Konversion	11	-	6	10
Sicherheitspolitik im Ost-West-Konflikt	12	2	-	-
Sonstiges	6	1	1	2
Gesamt	126	26	28	45

Summe: 225

Besucher am IFSH: Aus der Bundesrepublik: 72
 Aus dem Ausland: 47
 Gruppen: 12

2.5. Lehrtätigkeit von Mitarbeitern des IFSH

Die Wissenschaftler des IFSH haben im Jahr 1987 folgende Lehrveranstaltungen durchgeführt:

Sommersemester 1987: Universität Hamburg, Fachbereich 05:

Übungen zum Thema:

"Angst und Partizipation in der Debatte über Alternativen der Sicherheitspolitik".

Dr. Hanne-Margret Birckenbach,

Dr. Christiane Rix

Wintersemester 1987: Universität Hamburg, Ringvorlesung mit

Naturwissenschaftlern zum Thema:

"Abrüstung und Europäische Sicherheit".

Seitens des IFSH:

Egon Bahr,

Dr. Hanne-Margret Birckenbach,

Dr. Dieter S. Lutz.

Dr. Erwin Müller,

Dr. Reinhard Mutz,

Andreas Pott,

Dr. Christiane Rix,

Dr. Herbert Wulf

Allgemeines Vorlesungswesen der Universität Hamburg,

Wintersemester 1987/88: "Abrüstung und Europäische Sicherheit"

22.10.1987 Geschichte der Abrüstung, Dr. Reinhard Mutz

05.11.1987 Abrüstung - Rüstungskonversion, Dr. Herbert Wulf

26.11.1987 Abrüstung durch Rüstungssteuerung?, Andreas Pott

10.12.1987 Abrüstungsinitiativen und Sicherheitspolitik der DDR
im Zeichen des "Neuen Denkens", Dr. Christiane Rix

07.01.1988 Die Überwindung von Feindschaft - Sozialpsychologische
Aspekte europäischer Sicherheit, Dr. Hanne-Margret
Birckenbach

21.01.1988 Grundprobleme der Abrüstung, Dr. Erwin Müller

28.01.1988 Abrüstung durch Umrüstung?, Dr. Dieter S. Lutz

04.02.1988 Aktuelle Fragen der Sicherheitspolitik, Egon Bahr

2.6. Personalia

Im Jahr 1987 wurden drei wissenschaftliche Angestellte eingestellt. Außerdem waren am Institut zwei ausländische Fellows (aus den USA und aus der VR-China), zwei von der Bundeswehr abgeordnete Soldaten, ein Vertreter des Auswärtigen Amtes, drei von der Hamburger Schulbehörde abgeordnete Lehrer und eine ABM-Kraft tätig. Im Berichtszeitraum verließen zwei wissenschaftliche Angestellte und der abgeordnete Vertreter des Auswärtigen Amtes das IFSH. Am 31.12.1987 arbeiteten am IFSH acht wissenschaftliche Referenten/Direktoren, sieben wissenschaftliche Mitarbeiter, fünf abgeordnete Beamte, vier wissenschaftliche Hilfskräfte und acht nichtwissenschaftliche Mitarbeiter.

2.7. Drittmittel und sonstige Finanzierungen

Das IFSH bemüht sich - über die Jahre hinweg beständig - um die Finanzierung von Mitarbeitern und Projekten außerhalb des regulären Institutsetats. Im Berichtszeitraum haben neun Mitarbeiter ihre Tätigkeit am IFSH über Fremdfinanzierung aufnehmen bzw. fortführen können: VW-Stiftung (2), ABM-Mittel (1), Auswärtiges Amt (1), Verteidigungsministerium (2) und Schulbehörde (3).

2.8. Sonstiges

Der Buchbestand der Bibliothek wurde 1987 um 773 Bände auf insgesamt 12.337 Bücher erhöht. Zur Zeit werden 149 Zeitschriften fortlaufend gehalten. Arbeiten am Aufbau des Schlagwortkatalogs wurden fortgeführt, und außerdem erstellte die Bibliothekarin Auswahlbibliographien zu aktuellen Themenbereichen des IFSH. In der Dokumentation, die in der jetzigen Form nach einer Systematik mit 16 Haupt- und inzwischen ca. 150 Untergliederungen seit 1981 geführt wird, werden 10 Tages- und Wochenzeitungen ausgewertet und eine Auswahl aus dem umfangreichen Article Alert Service mit Kurzfassungen von Veröffentlichungen amerikanischer Zeitungen und Zeitschriften, der vom Amerika-Haus Hamburg herausgegeben wird, getroffen. Alle Artikel und Aufsätze werden systematikgerecht in die Dokumentation des IFSH eingearbeitet, ebenso wie das regel-

mäßig eingehende Material aus ca. 40 in- und ausländischen Zeitungen und Zeitschriften der Dokumentensammlung des World Press Archives des Swedisch Institute of International Affairs. Ferner werden 10 in- und ausländische Presse- und Informationsdienste komplett archiviert.

Das Kuratorium des IFSH tagte am 30.4.1987 und am 1.12.1987. Nach der Umbildung des Hamburger Senats und Nachwahlen in den Bürger-schaftsfraktionen von SPD und GAL sowie den Fachbereichen der Universität Hamburg setzt es sich künftig personell wie folgt zusammen: Neuer Vorsitzender ist der Staatsrat Hinrich Budelmann der Behörde für Wissenschaft und Forschung. Für den verstorbenen Prof. Dr. Janpeter Kob wurde Prof. Dr. Heinz Renn in das Kuratorium gewählt. Prof. Dr. Wolfgang Walter schied aus dem Kuratorium aus. Als sein Nachfolger wurde Prof. Dr. Gunnar Andersson-Lindström neu ins Kuratorium gewählt. Dr. Ingrid Pflugmacher und Dr. Hartmut Delmas wurden in ihrem Amt bestätigt. Die Bürger-schaftsfraktion der GAL wählte Anja Kuhr als Nachfolgerin von Thomas Ebermann ins Kuratorium. Bodo Fischer schied aus. Als seinen Nachfolger wählte das Kuratorium auf Vorschlag der Bürgerschaftsfraktion der SPD Helmut Bilstein neu ins Kuratorium.

Der Wissenschaftliche Beirat trat im Berichtszeitraum nicht zusammen.

Der Institutsrat trat zu acht Sitzungen zusammen.

3. Projekte der Mitarbeiter des IFSH

Günther Baechler

- Demokratisierung der Sicherheitspolitik

Günther Baechler/Christiane Rix

- Sicherheitspolitische Differenzierungsprozesse in den Ost-Ost-Beziehungen

Egon Bahr / Dieter S. Lutz

- Gemeinsame Sicherheit und Strukturelle Angriffsunfähigkeit

Hanne-Margret Birckenbach

- Psychologische Aspekte sicherheitspolitischer Alternativen

Uwe Danker

- Prozesse der Entschärfung von antagonistischen Konflikten an historischen Beispielen

Lutz van Dick

- Friedenspädagogischer Rundbrief

Ludger Dünne

- Konventionelle Defensivorientierung von Landstreitkräften

Nick Fiorenza

- Datenbank zum konventionellen Gleichgewicht zwischen der NATO und der WVO

Constanze Henning

- Militärdoktrin der Sowjetunion

Margret Johannsen-Seidemann

- Unterrichtsmodell "Gemeinsame Sicherheit"

Axel Krohn

- Nuklearwaffenfreie Zonen. Das Fallbeispiel Skandinavien

Dieter S. Lutz

- Gemeinsame Sicherheit

Erwin Müller

- Bedrohungsanalyse

Jens Müller-Kent

- Militärseelsorge zwischen Kirche und Bundeswehr

Reinhard Mutz

- Das Friedenspotential konfrontativer und kooperativer Konfliktstrategien am Beispiel des Berlin-Problems
- Grundlagen und Folgerungen des Konzepts Gemeinsamer Sicherheit

Dagmar Otto

- Technologiefolgen und Friedensverträglichkeit

Jörg Owen

- Maritime Aspekte der Sicherheit

Andreas Pott

- Europäische Sicherheit - Elemente einer westeuropäischen Sicherheitspolitik und Perspektiven einer Reform

Christiane Rix

- Die Bedeutung der beiden deutschen Staaten bei der Realisierung von Gemeinsamer und Kollektiver Sicherheit

Wang Jinbiao

- Gemeinsame Sicherheit aus chinesischer Sicht

Herbert Wulf

- Ost-West-Handel und Sicherheitspolitik

Verfasser: Günther Baechler

Projekt: "Demokratisierung von Sicherheitspolitik und sicherheitspolitische Alternativen" (Zur gesellschaftlichen Bedeutung von "Struktureller Nichtangriffsfähigkeit")

Kurzbeschreibung:

"Spieglein, Spieglein an der Wand ..., ist das freieste zugleich das friedlichste Land?" Ziel der Arbeit ist es, den Zusammenhang von demokratischer Herrschaftsform und äußerem Verhalten von demokratisch verfaßten Staaten zu beleuchten, wobei insbesondere eine sicherheitspolitische Alternative im Lichte demokratischer Normen beurteilt werden soll.

Es scheint, daß vor dem Hintergrund der Legitimitätskrise der nuklearen Abschreckungspolitik die Chancen für eine nichtbedrohliche Sicherheitspolitik günstig sind. Trotzdem sind noch eine Reihe von Fragen zu beantworten:

- 1) Muß nicht eine auf strikt defensive Strukturen umgestellte Bundeswehr (bzw. ein Milizsystem zusammen mit zivilem Widerstand) in der Bundesrepublik zwangsläufig den Charakter eines "Fremdkörpers" in der bestehenden Gesellschaft annehmen?
- 2) Gibt es in der Bundesrepublik Tendenzen, die darauf hindeuten, daß die Bereitschaft der Bevölkerung vorhanden ist oder wächst, auf die nukleare Abschreckung zugunsten einer grundlegend neuen Verteidigungsstruktur, die sogar unilateral eingeführt werden soll, zu verzichten?
- 3) Welche gewaltärmere Organisation komplexer Gesellschaften ließe sich denken, bzw. was müßte sich ändern, daß die Bedrohlichkeit für andere Gesellschaften abnimmt. Anders formuliert: Wie müßte sich die Gesellschaft wandeln, um in der Wahrnehmung der gegnerischen Seite (im Rahmen des Ost-West-Konflikts also die UdSSR und die anderen osteuropäischen Länder)

in keiner Weise weder offensivfähig noch offensivwillig zu wirken?

4) Wie könnten sich Veränderungen im politischen System niederschlagen, wenn davon auszugehen ist, daß eine Alternative um so durchsetzbarer ist, je weniger politische und / oder gesellschaftliche Veränderungen als Voraussetzung zu deren Durchsetzung notwendig sind (d. h. den Rahmen der gültigen Verfassung nicht sprengen)?

Wissenschaftl. Kooperation:

Prof. Ulrich Albrecht, Freie Universität Berlin, FB 15 (Pol. Wiss.); Dr. Albert Statz, Berlin; Thomas Nielebock, Universität Tübingen.

Veröffentlichungen z. Thema:

zus. mit: Christiane Rix / Herbert Wulf, Frieden, in: Frieden, Gerd Michelsen (hg.), Die Zukunft der Bundesrepublik? Hamburg 1988 (i. E.).

Weltfrieden im Jahr 2101? Ein Vorschlag zur Abkürzung: Demokratie, Strukturelle Angriffsunfähigkeit und Demokratisierung der Sicherheitspolitik, Hamburger Beiträge (i.E.).

Verfasser: Günter Baechler/Christiane Rix

Projekt: Sicherheitspolitische Differenzierungsprozesse in den "Ost-Ost-Beziehungen" und ihre Auswirkung auf den Ost-West-Konflikt in Europa.

Kurzbeschreibung des Projekts:

In der aktuellen Diskussion über eine größere Selbstständigkeit Europas geht es meistens um das "West-West-Verhältnis", d.h. um die Beziehungen zwischen Westeuropa und den USA. Das Denken in Blockkategorien hat - so scheint es jedenfalls - den Blick für vorhandene oder mögliche politische Differenzierungen jenseits der Blockgrenze eher verstellt als geschärft. All zu oft werden in westlichen Darstellungen die osteuropäischen Länder nur als "Marionetten" in der Hand der Sowjetunion betrachtet.

In Analogie zu der Diskussion über die West-West-Beziehungen und angeregt durch die Dynamisierung der Politik im östlichen Bündnis seit dem Amtsantritt von Generalsekretär Gorbatschow werden die "Ost-Ost-Beziehungen" im Hinblick auf eine Neubewertung des Militärischen beobachtet und analysiert. Dabei geht es

- um die Sowjetunion als europäische Macht,
- die sicherheitspolitischen Differenzierungstendenzen innerhalb der Warschauer Vertragsorganisation,
- die Neubewertung Europas durch die Sowjetunion und die Abkehr einer bipolaren Weltansicht,
- sowie um das Verhältnis von Kontinuität und Wandel in den Prinzipien sozialistischer Außenpolitik.

Methodischer Zugang:

Die bündnisinterne Bewältigung sicherheitspolitischer Probleme, die die Länder DDR, Polen und CSSR und ihr Verhältnis zur Sowjetunion insbesondere seit der Stationierung nuklearer Mittelstreckenraketen kürzerer Reichweite betreffen, werden daraufhin

untersucht, ob sich politische Tendenzen (...)abzeichnen oder festmachen lassen (und wenn ja, welche), die Hinweise darauf geben können, daß sich das spezifische Gewicht des militärischen Faktors im Verhältnis zu anderen Konfliktaustragungsformen (Zunahme von diplomatischen Konsultationen oder der Ausbau der ökonomischen Beziehungen) abgenommen hat.

Bei der empirischen Aufarbeitung der "Ost-Ost-Beziehungen" in den 80er Jahren wird das Augenmerk auf das bündnispolitische Verhalten der osteuropäischen Länder (in Konzentration auf die oben genannten drei nördlichen Mitgliedstaaten der WVO) und ihren Versuch, innerhalb der Allianz politische Interessen zu artikulieren und durchzusetzen, gelegt.

Wissenschaftliche Kontakte:

Das Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik verfügt über gute bis enge Kontakte zu wissenschaftlichen Institutionen mehrerer osteuropäischer Länder. Hierzu zählen u.a. Kontakte zum polnischen Institut für Internationale Angelegenheiten in Warschau, zur Akademie der Wissenschaften, Moskau, zur Akademie der Wissenschaften und zur Humboldt-Universität in Berlin, DDR. Regelmäßige Tagungen gibt es zwischen dem IFSH und dem Institut für Politik und Wirtschaft (IPW) in Berlin, (DDR).

Publikationen zum Projektthema:

(siehe auch zum Aspekt DDR anderes Forschungsprojekt von C. Rix):
Baechler/Rix, Sicherheitspolitische Differenzierungsprozesse: Wandel der Rolle des Militärischen in den "Ost-Ost-Beziehungen", Hamburger Beiträge zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik, Heft 21, Hamburg, November 1987.

Günther Baechler/Christiane Rix, Sowjetische Osteuropapolitik: Primat des Militärischen zur Politik militärischer Selbstbeschränkung? In: Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte, Heft 1/1988 (Januar).

Verfasser: Egon Bahr/Dieter S. Lutz

Projekt: Gemeinsame Sicherheit und Strukturelle Angriffsunfähigkeit

Kurzbeschreibung:

Spätestens Tschernobyl hat bewiesen, daß in einer Zeit, in der nicht nur die internationalen Verflechtungen und Abhängigkeiten ständig zunehmen, sondern auch Gefahren und Krisen - gewollt oder ungewollt - grenzüberschreitend wirken (Wirtschaftskrise, Umweltverschmutzung, radioaktive Folgen eines Atomkrieges etc.), Sicherheit nicht länger nur militärisch und vor allen Dingen nicht länger einseitig erlangt werden kann. Eigene Sicherheit muß vielmehr stets auch die Sicherheitsinteressen des Nachbarn und des Gegenübers berücksichtigen. Sicherheit ist nicht mehr gegen-, sondern nur noch miteinander zu haben. Die Alternativen sind das gemeinsame Überleben oder der gemeinsame Untergang.

Was bedeutet Gemeinsame Sicherheit im einzelnen? Was sind ihre Ziele, Definitionsmerkmale und Strukturelemente? Was sind ihre außermilitärischen, z.B. rechtlichen, ökonomischen oder psychologischen Bezüge? Und vor allen Dingen: Gemeinsame Sicherheit ist ein Kriegsverhütungskonzept auf der Basis militärischer Mittel. Was also sind ihre strategischen und militärischen Grundüberlegungen? Wie können sie in die Praxis umgesetzt werden?

Im Berichtszeitraum haben uns insbesondere die beiden letzten Fragen unter dem Aspekt der Strukturellen Angriffsunfähigkeit beschäftigt. Entstehungsgeschichtlich betrachtet will Strukturelle Angriffsunfähigkeit die Bedrohungsvermeidung bei Aufrechterhaltung oder sogar Verbesserung der Abwehrfähigkeit im Sinne der Kriegsverhütung. Sie ist gegeben, wenn die Verteidigungsfähigkeit eines Kontrahenten größer ist als die Angriffsfähigkeit des Gegenübers. Sie ist im Sinne der "Stabilitätsorientierung" Struktureller Angriffsunfähigkeit maximiert, wenn die wechselseitige

Verteidigungsfähigkeit beider Kontrahenten größer ist als ihre jeweiligen Angriffsfähigkeiten. Sie ist im Sinne Defensiver Abhaltung optimiert, wenn die Defensivoption gegenüber der Offensivoption die Oberhand gewinnt - nicht weil die defensive Abwehrstärke des Verteidigers "gewinnt", sondern weil die beidseitige Offensivschwäche beidseitige (Strukturelle) Angriffsunfähigkeit signalisiert, d.h. einen Krieg faktisch unmöglich macht.

Veröffentlichungen zum Thema:

Gemeinsame Sicherheit. Idee und Konzept, Band I: Zu den Ausgangsüberlegungen, Grundlagen und Strukturmerkmalen Gemeinsamer Sicherheit, Baden-Baden 1986.

Gemeinsame Sicherheit. Dimensionen und Disziplinen, Band II: Zu rechtlichen, ökonomischen, psychologischen und militärischen Aspekten Gemeinsamer Sicherheit, Baden-Baden 1987.

Verfasserin: Hanne-Margret Birckenbach

Projekt: Sozialpsychologische Aspekte der Diskussion um sicherheitspolitische / friedenspolitische Alternativen / GS.

Kurzbeschreibung:

Gegenstand des Projektes sind die im Diskurs über sicherheitspolitische Alternativen wirksamen sozialpsychologischen Mechanismen unter spezieller Berücksichtigung der Problematik von Angstverarbeitung und Feindbildern in den Ost-West-Beziehungen.

Die Arbeitshypothese lautet: Die Diskussion um Alternativen ist geprägt von Angstabwehr gegenüber dem Problem, das es zu lösen gilt und gegenüber den Alternativen, die eine Lösung versprechen könnten. Die Angstabwehr basiert auf einer Unsicherheit, die daraus entsteht, daß einerseits das Wissen um die Gefahr der Selbstdestruktion vorhanden ist, andererseits das Gefühl besteht, daß man auf eben diese Mittel der Selbstdestruktion zur Selbsterhaltung angewiesen ist, um Konflikte zu bearbeiten, über die nur ein diffuses Bewußtsein vorhanden ist. Die Angstabwehr mündet in Zwänge zur Einengung von Denk- und Handlungsspielräumen und zur "Erfindung" immer weiterer Argumente für die Kontinuität des Alten - selbst wenn es obsolet geworden ist.

Abgesehen von der Überprüfung wissenschaftlicher Thesen über Angst/Angstmobilisierung/Feindbilder/Wahrnehmung in den Ost-West-Beziehungen, richtet sich das Projektziel auf die Kritik unfruchtbarer Diskursstrategien, die Erarbeitung konstruktiver Alternativen dazu, und auf die Freilegung von Anknüpfungspunkten für eine inner- und zwischengesellschaftlichen Kultur der Verständigung über sicherheitspolitische Alternativen - Friedenspolitik.

Der methodische Ansatz des Projektes bewegt sich im Rahmen der politischen Psychologie internationaler Beziehungen. Die Projektkonzeption ist von zwei Prämissen geleitet. Die demokratietheoretische Prämisse besagt: Die Frage, ob es innergesellschaftlich und transnational gelingt, einen vernünftigen Diskurs über Alternativen zu führen, ist ein Teil des Transformationsproblems. Die sozialpsychologische Prämisse besagt: Die sicherheitspolitische Diskussion um Alternativen ist von Emotionen, Motiven, Gefühlen und Ängsten geprägt, die explizit dem Diskurs entzogen sind, ihn aber mitbestimmen. Das Bewußtwerden dessen, was nicht thematisiert wird, schafft Voraussetzungen für die Änderung des Diskurses und der Politik.

Erste Teilergebnisse beziehen sich auf:

- Forschungsdesiderate im Bereich der politischen Psychologie internationaler Beziehungen, speziell im Interesse einer Kultur des politischen Streits zwischen Ost und West.
- die Einschätzung von Angst als Antriebskraft friedenspolitischer Veränderungen.
- Die Bedeutung der Asymetrien zwischen Ost und West für die Veränderung des Diskurses.
- Erfahrungen mit Ost-West-Dialogen und sozialpsychologische Schwierigkeiten der Überwindung von Feindschaft und Feindbildern bzw. der Realisierung einer Streitkultur.

Wissenschaftliche Kooperation:

Eva Senghaas (Uni Bremen); Rainer Steinweg (HSFK)

Veröffentlichungen zum Thema:

Psychologische Aspekte Gemeinsamer Sicherheit, Einführung, in: Egon Bahr/Dieter S. Lutz, Gemeinsame Sicherheit. Dimensionen und Disziplinen, Bd. II: Zu rechtlichen, ökonomischen, psychologischen und militärischen Aspekten Gemeinsamer Sicherheit, Baden-Baden 1987, S. 189-199.

Forschungsaufgaben für eine politische Psychologie Gemeinsamer Sicherheit, in Egon Bahr / Dieter S. Lutz, a. a. O., S. 235-264.

Asymmetrien zwischen Ost und West und ihre Bedeutung für eine Entspannung von unten, in: Osteuropa-Forum, Politik und Kultur in Mittel- und Osteuropa, Nr. 15, Febr. 1987, S. 14-16.

Die Mauer im Kopf, Sozialpsychologische Friedensforschung und die Kultur des politischen Streits, in: Christiane Rix (Hrsg.), Der Ost-West-Konflikt - Wissen wir wovon wir sprechen?, Baden-Baden 1987.

Abrüstung und die Kultur des politischen Streits, in: Die Neue Gesellschaft / Frankfurter Hefte, i. E.

Zur politischen Psychologie der internationalen Beziehungen - Kritischer Literaturbericht, in: Leviathan, Sonderband Politische Psychologie, i. E.

Erfahrungen im Ost-West-Dialog - Schwierigkeiten und Möglichkeiten, einander nicht feindschaftlich zu begegnen, in: Dokumentationsband der Tagung "Stadt - Kultur - Frieden", hrsg. von der Stadt Schwerte, Kulturamt, i. E.

Verfasser: Uwe Danker

Projekt: Prozesse der Entschärfung und Regulation nicht lösbarer, weitgehend wertbestimmter Konflikte im historischen Vergleich: europäische Glaubenskämpfe im 16. und 17. Jahrhundert - Ost-West-Gegensatz im 20. Jahrhundert.

Kurzbeschreibung:

Die europäischen Glaubenskämpfe im 16. und 17. Jahrhundert und der heutige Ost-West-Gegensatz besitzen - bei vielen Unterschieden - eine wesentliche Gemeinsamkeit: Sie beinhalten im Kern wertbestimmte Konflikte, die - ohne das Obsiegen des Einen - keine Lösung kennen. Die Konkurrenz einander sich gegenseitig die dauerhafte Existenzberechtigung abstreitender Religionen / Sozialphilosophien führte in dem einen Fall zu erbitterten Kriegen, in dem anderen Fall zum Kalten Krieg, Rüstungswettlauf und 'Stellvertreterkriegen'. Block- und Bündnisbildungen, mehr oder weniger erfolgreiche Kommunikationsversuche fanden in beiden Beispielen statt. Durch Analogiebildung soll den Ähnlichkeiten und Unterschieden der beiden Verläufe nachgespürt werden. Neben direkt vergleichbaren Phänomenen wie "Teilung versus Einheit" oder "cuius regio eius religio" werden zunächst fernliegende Vergleiche unternommen wie z.B. unter dem Aspekt "unkontrollierbarer Instrumentarien" die Betrachtung ausländischer Bündnispartner damals und moderner Waffentechnologien heute. Am Ende wird der Versuch einer Prognose stehen, nach welchem Muster der Ost-West-Konflikt sich weiterentwickeln könnte, verbunden mit einer Bewertung und Übertragung von Mechanismen und Strategien, die im historischen Beispiel zur nichtkriegerischen Regulation führten. Der gewählte Arbeitsansatz sprengt bewußt den Rahmen üblichen historischen Arbeitens und hat wissenschaftliche Grenzen, aber auch Chancen zur Folge.

Wissenschaftl. Kooperation:

Prof. Hartmut Lehmann (Dt.Historisches Inst., Washington D. C.).

Verfasser: Lutz van Dick

Projekt: Friedenspädagogischer Rundbrief für Hamburger Lehrerinnen und Lehrer

Kurzbeschreibung:

Im Rahmen der pädagogischen Vermittlungsarbeit von Forschungsergebnissen des IFSH soll der friedenspädagogische Rundbrief folgende Aufgaben erfüllen:

1) Friedenspolitische Probleme und Erkenntnisse der Friedensforschung werden unter erziehungswissenschaftlicher und pädagogischer Perspektive "aufbereitet", die motivationale Aspekte der Zielgruppe der Lehrerinnen und Lehrer in besonderer Weise berücksichtigt.

2) Außer konkreten Praxisanregungen, einer Fachtermini erklärenden und jugendorientierten Sprache sowie einer graphisch demgemäßen Gestaltung gehört hierzu vor allem auch die Information über parallel zum jeweiligen Thema durchzuführende Veranstaltungen, die den Lehrerinnen und Lehrern (auch gemeinsam mit ihren Schülerinnen und Schülern) ermöglichen, neue Inhalte und Formen (friedens-)pädagogischer Arbeit zu erproben und diese Erfahrungen in ihre jeweiligen Schulen zu tragen.

Wissenschaftl. Kooperation:

Mit Erziehungswissenschaftlern der Universität Hamburg sowie den zuständigen Referenten in der Schulbehörde.

Verfasser: Ludger Dünne

Projekt: Strukturelle Nichtangriffsfähigkeit / Strukturelle Defensiv-Optimierung

Kurzbeschreibung:

Die Untersuchung befaßt sich mit der konkreten militärisch-technischen Umsetzung bzw. den Umsetzungsmöglichkeiten der theoretischen Überlegungen von "Struktureller Nichtangriffsfähigkeit".

Vor dem Hintergrund der politischen Aussage, daß Streitkräfte der Bundesrepublik Deutschland ausschließlich zur Verteidigung eingesetzt werden, stellt sich die Frage, ob die Struktur der Bundeswehr, insbesondere die des Heeres, diesen Anspruch widerspiegelt. Kritiker verweisen darauf, daß die Streitkräfte der Bundeswehr ähnlich strukturiert, organisiert und ausgerüstet seien, wie die des Warschauer Paktes. Der aber verfolgt mit seinem militärischen Potential durchaus offensive Ziele, insofern als daß ein möglicher, aufgezwungener Krieg sofort auf das Territorium des Aggressors verlagert werden soll.

Die Frage stellt sich zwangsläufig: Kann, im Sinne einer Bedrohungsminderung für die andere Seite, eine Armee geschaffen werden, die zu erfolgreich geführter Verteidigung in der Lage ist, andererseits aber unfähig zu großangelegten militärischen Offensiven auf gegnerischem Territorium. Theoretische Forderungen, wie "Schadensminimierung" oder "Abhaltefähigkeit" der Streitkräfte werden im Rahmen der Untersuchung praxisorientiert diskutiert, wobei die Umsetzung in militärische "hardware" im Vordergrund steht. Die Forderung der Protagonisten "Struktureller Nichtangriffsfähigkeit" nach einer "anderen", mehr defensiven Struktur der Streitkräfte, erhält durch aktuelle Probleme, die derzeit bestehende Struktur aufrechtzuerhalten, besondere Brisanz. Mit dem Personalaufkommen an Wehrpflichtigen, das extrem

rückläufig ist, kann der momentane Bestand augenscheinlich nicht aufrechterhalten werden. Finanzielle Ressourcen zur Modernisierung von Waffenpotentialen stehen nur in äußerst beschränktem Maße zur Verfügung. Das führt zu der Überlegung, ob nicht eine grundsätzliche Umstrukturierung des Verteidigungsdispositivs zur Lösung der ohnehin drängenden materiellen und personellen Probleme beitragen kann. Ziel der Untersuchung soll sein: Eine verteidigungsfähige, zum Angriff auf fremdes Territorium wenig geeignete, finanzierbare Streitmacht zu konzipieren, die mit dem real zur Verfügung stehenden Personal ihren Auftrag erfüllen kann.

Wissenschaftl. Kooperation:

- LL Brig 27 (Lippstadt)
- HFIg Rg 10 (Faßberg)
- 1. LL Div (Bruchsal)
- Nsch Kdo 1 (Rheine)

Verfasser: Nick Fiorenza

Projekt: Computerdatenbank zum konventionellen Gleichgewicht zwischen NATO und WVO in Europa (Zsarb. m. A. Pott)

Kurzbeschreibung:

Die Datenbank soll einen eigenständigen Beitrag zur öffentlichen und wissenschaftlichen Diskussion über das Kräftegleichgewicht in Europa zwischen NATO und WVO ermöglichen. Weder die Datenbank der SWP noch die von SIPRI oder dem IISS geben Antworten auf aktuelle Fragen nach konventionellen Kräfteverhältnissen oder sind überhaupt zugänglich. Derzeit wird daran gearbeitet, für alle relevanten Rüstungskategorien und Streitkräfteeinheiten ein Programm zu erstellen, das sowohl numerische Größen als auch Zugehörigkeiten zu Einheiten, Dislozierungen und Klassifikationen enthält. Es wird auf diesem Wege eine Möglichkeit gesucht, z.B. herauszufinden, wieviele Waffen jedes Bündnis innerhalb einer bestimmten Entfernung von der innerdeutschen Grenze disloziert hat. Das Projekt soll als Grundlage für spätere Programme zur Modellentwicklung konventioneller Stabilität in Europa dienen - sowohl in Bezug auf mögliche Eingriffe in den Streitkräfteumfang, als auch durch Veränderungen der Dislokationen im Sinn von Zonenmodellen.

Veröffentlichungen z. Thema:

Air Power and the Zero Option, Avianews International, Juni 1987.

Verfasserin: Constanze Henning

Projekt: Die neue Militärdoktrin vom Mai 1987: Grundlage für neue Verteidigungskonzepte?

Kurzbeschreibung:

Die Militärdoktrin der Sowjetunion ist eine zentrale Komponente in den Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und der UdSSR. Bis vor einem Jahr waren westliche Politiker und Wissenschaftler auf Äußerungen und Interpretationen von sowjetischen offiziellen Stellen angewiesen, um ein definitives Bild des außenpolitischen und darin des militärischen Denkens in der Sowjetunion abzuleiten. Im Zuge der Reformansätze unter Generalsekretär Gorbatschow wurde erstmals auf der Berliner Tagung des Warschauer Paktes im Mai 1987 ein einheitliches, abgestimmtes Dokument über die Militärdoktrin der Öffentlichkeit vorgestellt und, noch einen Schritt weiter, dem westlichen Bündnis Verhandlungen darüber angeboten.

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage: Was ist in den Ost-West-Beziehungen auf außenpolitischer und militärischer Ebene von diesem Angebot zu erwarten? Die Antwort ergibt weiterführend die erkenntnisleitende Fragestellung des Projektes: Welche Rolle spielt die Militärdoktrin in der Außen- und Sicherheitspolitik der Sowjetunion? Thesenartig läßt sich zusammenfassen, daß

1. aufgrund der verschiedenen institutionellen Ebenen, von denen Deklarationen über die Militärdoktrin in der Sowjetunion ausgehen, nur unbefriedigende und divergierende Bewertungen möglich waren;
2. die Fragen der "Zerschlagung des Gegners auf eigenem Territorium" oder eines Sieges in einem eventuellen Krieg und den daraus resultierenden Folgen offen sind;

3. das im Mai 1987 vorgelegte Dokument wichtige Punkte (neben 2. veränderte Aspekte der Friedlichen Koexistenz, Feindbild Imperialismus, u.a.) ausspart.

Der zweite Teil der Untersuchung folgt dem im Rahmen des Projektes zentralen funktionalen Ansatz unter folgenden Fragestellungen:

- a) Welches sind die Entstehungsbedingungen der sowjetischen Militärdoktrin?
- b) Ist die Militärdoktrin verbindlich für innen- und außenpolitische Handlungen?
- c) Ist die Militärdoktrin verbindlich für die Ausgestaltung der Militärstrategie (als militärisch-technischem Bereich)?

Die Quellenlage zum zweiten Teil ist relativ begrenzt. Ziel ist es, Ergebnisse amerikanischer und bundesdeutscher Autoren zusammenzutragen, weitere Forschungsfragen zu formulieren sowie eine Einschätzung der Frage zu liefern: kann die sowjetische Militärdoktrin unter inhaltlichen und funktionalen Aspekten zur Grundlage für neue Verteidigungskonzepte, im Sinne von Gemeinsamer Sicherheit beziehungsweise Struktureller Nichtangriffsfähigkeit werden?

Wissenschaftl. Kooperation:

European Security and Non-offensive Defense, Konf. Varna, 18.-20.10.1987. World Federation of Scientific Workers.

Verfasserin: Margret Johannsen

Projekt: Unterrichtsmodell "Gemeinsame Sicherheit"

Kurzbeschreibung: Das Projekt aus schulpolitischer Sicht.

Friedenserziehung in der Schule läßt sich entsprechend den 1983 herausgegebenen "Grundsätzen" in vielen Fächern der allgemeinbildenden Schulen (wie Deutsch, Religion, Philosophie, Geschichte, Sozialkunde u.a.m.) realisieren. Die Lehrpläne für die Hamburger Gymnasien und Gesamtschulen weisen den Unterricht friedenspädagogischer Sachthemen dennoch schwergewichtig den sozialkundlichen Fächern zu. Der Abbau dieser Fächer zugunsten des Geschichtsunterrichts in der Mittelstufe der Gymnasien und Gesamtschulen läßt die gründliche Behandlung von Fragestellungen aus dem Bereich der Friedensforschung und Sicherheitspolitik fast nur noch im Oberstufenunterricht des Faches Gemeinschaftskunde zu.

Nur in wenigen Fällen hat das Universitätsstudium den Gemeinschaftskundelehrern Qualifikationen für den Unterricht friedens- und sicherheitspolitischer Themen vermittelt. Man kann beispielsweise davon ausgehen, daß die Diskussion von Alternativen zur Politik der atomaren Abschreckung den meisten Lehrern, sofern sie nicht als friedenspolitisch interessierte Bürger engagiert sind, nur vage oder gar nicht bekannt ist. Das IFSH bietet mit Hilfe seiner von der Schule abgeordneten Pädagogen Fortbildungsveranstaltungen und Materialien an. In diesen Kontext gehört auch das Projekt "Unterrichtsmodell Gemeinsame Sicherheit".

In den Jahren, die der Publikation des Palme-Berichtes "Common Security" folgten, ist aus der "Idee" Gemeinsamer Sicherheit ein "Konzept" geworden. Ihre Konturen bekam Gemeinsame Sicherheit unter anderem dadurch, daß sie im wissenschaftlichen Diskurs ihre Schlüssigkeit in Konkurrenz zu anderen sicherheitspolitischen Modellen und Konzepten nachzuweisen hatte. Dieser Prozeß läßt

sich - idealtypisch - im Unterricht nachbilden. Dem Prinzip des "entdeckenden Lernens" folgend bietet das Unterrichtsmodell Materialien und Fragestellungen an, die - auf dem Wege des Vergleichs - aus der "Idee" Gemeinsamer Sicherheit, d.h. ihren Prämissen und Grundprinzipien, ein "Konzept" entstehen lassen.

Das Projekt aus methodischer Sicht:

Das Unterrichtsmodell macht die Lernenden zunächst mit Hilfe einiger Basistexte mit den Prämissen und Prinzipien der Idee Gemeinsamer Sicherheit vertraut. Nachfolgend werden Materialien zu anderen sicherheitspolitischen Modellen bzw. Strategien angeboten und Arbeitsaufgaben gestellt, mit deren Hilfe die jeweiligen Modelle/Strategien in ihren Grundzügen erarbeitet werden können. In einem nächsten Schritt werden von den Lernenden Gemeinsamkeiten und Überschneidungen mit Gemeinsamer Sicherheit herausgearbeitet. Durch dieses Verfahren wird Gemeinsame Sicherheit für den Lernenden zunehmend konturenreich und komplex, und es entsteht, wie oben angedeutet, aus der "Idee" das "Konzept" Gemeinsamer Sicherheit.

Verlief der Lernprozeß bisher komparativ und synthetisch, so wird abschließend ein analytisches Verfahren gewählt, mit dessen Hilfe das Konzept Gemeinsamer Sicherheit auf seine definitorischen Merkmale hin untersucht wird. Indem die Lernenden, durch entsprechende Arbeitsaufträge angeleitet, Prämissen, Ansatz, Instrumentarium, Träger, Adressaten und langfristige Zielperspektive Gemeinsamer Sicherheit herausarbeiten, werden die erworbenen Kenntnisse und Einsichten gefestigt und kann der Lernerfolg auf dem Wege des geforderten Transfers kontrolliert werden.

Verfasser: Axel Krohn

Projekt: Nuklearwaffenfreie Zone (NWFZ) Skandinavien

Kurzbeschreibung:

Vorschläge und Initiativen zur Errichtung einer nordischen NWFZ haben nunmehr eine fast 40jährige Geschichte. Dabei wurde Nordeuropa unter sicherheitspolitischen Gesichtspunkten lange Zeit eher als "Peripherie" betrachtet. Doch die militärstrategische Bedeutung dieser Region hat sich im Laufe der Zeit erheblich gewandelt. Das Projekt untersucht die Rahmenbedingungen eines solchen Konzeptes regionalen Disengagements am Beispiel von Vorschlägen für eine NWFZ in Nordeuropa. Unter Berücksichtigung der veränderten militärstrategischen Bedeutung der nordeuropäischen Region für die Globalstrategie der USA und der UdSSR, werden anhand der historischen Entwicklung von Disengagementsvorschlägen in Europa seit Ende des Zweiten Weltkrieges die Bedeutung und der Stellenwert des Konzeptes NWFZ unter den sich verändernden Bedingungen für diese Region untersucht. Die Vielzahl der mit einer Einrichtung einer NWFZ in Nordeuropa verbundenen Probleme werden dabei aufgearbeitet. Schon heute läßt sich sagen, daß ein Disengagement durch Nuklearwaffenfreiheit aus einer Reihe von Gründen in seiner Bedeutung als Mittel zur Bedrohungs- resp. Spannungsminderung zu relativieren ist. Der Wert einer NWFZ liegt für diese Region weniger auf der militärischen als auf der politischen Ebene.

Das Projekt ist auf zwei Jahre (vom Februar 1986 bis Februar 1988) angelegt und wird von der VW-Stiftung finanziert.

Wissenschaftliche Kooperation:

Forschungsaufenthalt in Skandinavien von April bis Oktober 1987; dabei Aufenthalte bei und Zusammenarbeit mit: PRIO, SIPRI, TAPRI, Swedish Institute of Intern. Affairs, Schwedisches Verteidigungs-

institut, Helsinki Institute of Intern. Affairs, Ernst-Moritz-Arndt-Universität, Greifswald.

Veröffentlichungen zum Thema:

Between Zero Option and Deterrence: Regional Disengagement in Europe. PRIO-Working Paper, Oslo 1987.

Die militärstrategische Bedeutung der nordeuropäischen Region, in: Die Grünen (Hrsg.), Kriegsschauplatz Schleswig-Holstein. Einseitig abrüsten, Kiel 1987.

Verfasser: Dieter S. Lutz

Projekte: siehe Egon Bahr/Dieter S. Lutz

Verfasser: Erwin Müller

Projekt: "Bedrohungsanalyse"

Kurzbeschreibung:

Das Projekt befaßt sich mit einer Frage von fundamentaler sicherheitspolitischer Bedeutung, die nichtsdestotrotz wissenschaftlich ungeklärt ist und von politischer Seite vornehmlich mit (teils interessenbedingten) Vor- und Fehlurteilen beantwortet wird: Stellt die Sowjetunion bedingt oder unbedingt eine Bedrohung für Westeuropa dar?

In Ausweitung dieser engeren Fragestellung wird untersucht, unter welchen Umständen und Bedingungen und aus welchen Gründen Staaten (insbesondere Großmächte) im internationalen Verkehr zum Mittel der Gewalt greifen. Dies bezweckt nicht nur einen Beitrag zum Feld der Kriegsursachenforschung im allgemeinen, sondern soll mittels der Erkenntnis der Strukturen großmachttypischer Gewaltpolitik Aussagen erlauben, die primär die Großmacht Sowjetunion betreffen.

Da das Unternehmen, zwischenstaatliche Macht- und Gewaltpolitik im historischen Längsschnitt wie im zeitgenössischen Querschnitt strukturell zu analysieren, als ambitionöses Maximalziel einzu-
stufen ist, gilt als Minimalziel des Forschungsvorhabens die begründete Zurückweisung gängiger Bedrohungsanalysen aufgrund des Nachweises der Fehlinterpretation von Fakten und der Mißachtung allgemeinverbindlicher Gesetze der Beweisführungslogik. Darüber hinaus soll aber - soweit nach wissenschaftlichen Maßstäben statthaft - der Versuch unternommen werden, zu eigenständigen Aussagen über eine eventuelle Bedrohlichkeit der UdSSR zu gelangen.

Hierfür ist einerseits eine historisch-empirische Analyse der politikleitenden Faktoren (insbesondere machtpolitischer und

ideologischer Natur) des sowjetischen Außenverhaltens vonnöten, andererseits die Herausarbeitung der Strukturen der sowjetischen Außenpolitik, insbesondere im Zusammenhang mit der politischen Instrumentierung militärischer Gewalt.

Das forschungsleitende Erkenntnisinteresse ist pragmatischer Natur und begründet den politischen Stellenwert des Vorhabens: Die Bedrohungsanalyse bestimmt ganz entscheidend die sicherheitspolitischen Anstrengungen des Westens, einerseits deren Art und Dimension, andererseits die möglichen oder für möglich erachteten sicherheitspolitischen Handlungsspielräume unter Einschluß von politischen und strategischen Alternativoptionen.

Methodik:

Aufarbeitung und Rekonstruktion der relevanten empirisch-historischen Sachverhalte anhand der einschlägigen Literatur und (gedruckter) Quellen. Modellbildung: kausales Erklärungsmodell; Überprüfung der Triftigkeit des Modells auf der Grundlage der zugänglichen Fakten und gemäß den Normen der Interpretationslogik. Bedrohungsanalytische Prognose (deduzierte Aussage) auf der Basis dieser Erkenntnis.

Veröffentlichungen z. Thema:

"Zur Logik politischer Bedrohungsanalysen", in: Wolfgang Heisenberg / Dieter S. Lutz (Hrsg.), Sicherheitspolitik kontrovers, Bonn 1987.

Verfasser: Jens Müller-Kent

Projekt: Militärseelsorge zwischen Kirche und Bundeswehr.

Eine Analyse von Struktur und Praxis der Militärseelsorge unter besonderer Berücksichtigung ihrer Stellung in der ev. Kirche und der Erwartung der Bundeswehr.

Kurzbeschreibung:

Über das Verhältnis von Bundeswehr und Gesellschaft ist am IFSH gelegentlich, aber nicht systematisch gearbeitet worden, über die Rolle der ev. Kirche im Kontext der innenpolitischen Auseinandersetzungen um Militärfragen noch nicht.

Die Untersuchung beider Bereiche gehört aber zu den genuinen Aufgaben der Friedensforschung: Zum eine, weil das komplexe Verhältnis von gesellschaftlicher Integration und Absonderung gerade in einer demokratisch verfaßten Gesellschaft ein sensibler Bereich ist, der einer ständigen kritischen Reflexion bedarf, und zum anderen, weil sich dort, wie in keiner anderen Institution, die verschiedenen Strömungen kritischer Friedensaktivitäten mit den Verteidigern und Repräsentanten der herrschenden Sicherheitspolitik seit den 50er Jahren auseinandersetzen und noch heute auseinandersetzen.

In der Militärseelsorge traten die beiden Institutionen Kirche und Bundeswehr in ein institutionelles Kooperationsverhältnis. Damit war nicht nur der Anlaß für lebhaftere Auseinandersetzungen in der EKD gegeben, sondern auch die Möglichkeit geschaffen, die unterschiedlichen Interessen und Konfliktlinien in den Bereichen Kirche, Politik und Militär an diesem Beispiel zu untersuchen und den Standort der Militärseelsorge in diesem Interessengeflecht zu bestimmen. Diesen Überlegungen folgt der Aufbau der geplanten Studie.

Im ersten Teil soll die Genese der strukturellen Merkmale der Militärseelsorge in der Bundeswehr (u.a. Verschränkung staatlicher und krichlicher Kompetenzen; Stellung des Ev. Kirchenamtes der Bundeswehr als dem Verteidigungsministerium und dem Militärbischof untergeordnete Behörde; staatlicher Beamtenstatus der Militärpfarrer) herausgearbeitet und die Interessen der verschiedenen Gruppierungen der ev. Kirche gegenüber dieser Struktur aus einer Analyse der periodisch wiederkehrenden Konflikte um die Militärseelsorge zwischen 1951 und 1986 untersucht werden. Im zweiten Teil werden die Motive der politischen und militärischen Verantwortungsträger an einer in den Militärbereich integrierten Militärseelsorge analysiert. Im dritten Teil soll ermittelt und bewertet werden, inwieweit die Militärseelsorge auf ihren verschiedenen Handlungsebenen den unterschiedlichen Erwartungen und Anforderungen der beiden Bezugsgrößen Kirche und Bundeswehr gerecht wird.

Da die Untersuchung vor allem die verteidigungs- und kirchenpolitischen Zusammenhänge, in denen die Militärseelsorge steht, zum Gegenstand hat, wird keine eigene systematische Befragung z. B. von Militärpfarrern oder Soldaten durchgeführt, sondern werden primär Publikationen, sonstige Texte und Archivmaterial aus den Bereichen Kirche, Militärseelsorge und Bundeswehr untersucht. Die Ergebnisse sollen durch Befragungen von ehemaligen und heutigen Verantwortlichen und Kritikern der Militärseelsorge vertieft und ergänzt werden.

Wissenschaftl. Kooperation:

Sozialwissenschaftliches Institut der Bundeswehr, München.

Institut für Theologie und Frieden, Barsbüttel.

Verfasser: Reinhard Mutz

Projekte:

- 1) Das Friedenspotential konfrontativer und kooperativer Konfliktstrategien am Beispiel des Berlin-Problems.
- 2) Rüstungsbegrenzung und Rüstungsminderung als Instrumente Gemeinsamer Sicherheit.

Kurzbeschreibung:

Zu 1): Untersuchungsgegenstand ist das Berlin-Problem als das bislang einzige Fallbeispiel einer gelungenen Konflikttransformation seit dem Zweiten Weltkrieg. Es bündelt mikrokosmisch die prägenden Merkmale des Ost-West-Konflikts, dessen Teil es ist: den zugrundeliegenden Systemantagonismus, entgegengesetzte politische Ziele von unmittelbarer Sicherheitsrelevanz und eine wiederholt krisenhafte Zuspitzung des Streitfalls bis dicht an die Schwelle militärischen Gewaltgebrauchs. Angenommen wird, daß die Qualität der jeweils erreichten "Befriedigung" von den Formen und Mitteln der Konfliktaustragung abhing, und diesen Zusammenhang gilt es aufzuklären.

Die Untersuchung wird genaueren Aufschluß erbringen über die Wirkungsweise unterschiedlicher Konfliktstrategien im Hinblick auf das prioritäre Ziel der Friedenssicherung. Da das Berlin-Problem über einen langen Zeitraum hinweg aktuell war, die maßgeblichen Akteure des Ost-West-Konflikts zu den direkt beteiligten Kontrahenten gehörten, ein breites Spektrum an Handlungs- und Verhaltensformen erprobt wurde und das zeitgeschichtliche Resultat bewertbar ist, verspricht die Analyse einen exemplarischen Erkenntnisertrag zum Problem der Krisenkontrolle und Gewaltvermeidung im Ost-West-Verhältnis über den Untersuchungsgegenstand hinaus.

Ein Zwischenbericht zum Projektstand (40 Seiten) erläutert die beiden zentralen Arbeitshypothesen über die Funktionalität konfrontativer (abschreckungspolitischer) und kooperativer (entspannungspolitischer) Konfliktstrategien und umreißt das vorläufige Forschungsergebnis. Der Bericht ist im Mai / Juni zunächst im Institut, dann auf einem berlinhistorischen Symposium der FU Berlin vorgestellt worden.

Zu 2): Gemeinsame Sicherheit ist eine politische, keine militärische Sicherheitskonzeption. Gleichwohl werden Waffen und Rüstungen sowohl in dem Zielzustand Gemeinsamer Sicherheit als auch auf dem Weg dorthin eine Funktion behalten. Die generelle politische Aufgabe besteht jedoch darin, alle militärischen Vorkehrungen im nationalen Rahmen, auf Bündnisebene und in Verhandlungen zwischen den Konfliktseiten am Kriterium erhöhter Friedensstabilität und verminderter wechselseitiger Unsicherheit auszurichten. Bemühungen um die Begrenzung und Herabsetzung der derzeitigen Rüstungsstände werden dabei eine hervorgehobene Rolle spielen.

Folglich zielt die leitende Fragestellung auf das rüstungskontrollpolitische Instrumentarium des Konzepts Gemeinsamer Sicherheit. Das Projekt ist eingebettet in den übergreifenden Arbeitsschwerpunkt des Instituts über Gemeinsame Sicherheit / Strukturelle Nichtangriffsfähigkeit / Konventionelle Stabilität und richtet sich nach dessen Anlage und Fortgang. Verschiedene Teilstudien zu vorwiegend anwendungs- und umsetzungsbezogenen Themen liegen vor. Sie sind zumeist im Zusammenhang mit Veranstaltungs- und Publikationsvorhaben des IFSH entstanden.

Wissenschaftl. Kooperation:

Zu 1): Institut für Internationale Politik und Regionalstudien der FU Berlin.

Veröffentlichungen z. Thema:

Zu 1): Ost-West-Konflikt, in: Dieter S. Lutz (Hrsg.), Lexikon Rüstung, Frieden, Sicherheit, München 1987, S. 242-247.

Zu 1): Berlin als politisches Symbol des Ost-West-Konflikts, in: Hannelore Horn (Hrsg.), Berlin als Faktor nationaler und internationaler Politik, i. E.

Zu 2): Common Security - Conceptual and Political Implications, in: Hartwig Spitzer (Hrsg.), Scientific Aspects of the Verification of Arms Control Treaties, Part II, Hamburg 1987, S. 250-256.

Zu 2): Militärische Aspekte Gemeinsamer Sicherheit - Anmerkungen zur Frage des konzeptkonformen Sicherheitsbegriffs, in: Egon Bahr / Dieter S. Lutz (Hrsg.), Gemeinsame Sicherheit, Bd. 2, Baden-Baden 1987, S. 267-276.

Zu 2): Konventionelle Rüstungskontrolle, in: Gert Krell, Egon Bahr, Klaus von Schubert (Hrsg.), Friedensgutachten 1987, Frankfurt 1987, S. 108-114.

Zu 2): Allgemeine und vollständige Abrüstung im Rückblick - Reale Utopie oder fatale Illusion? in: Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden 3/1987, S. 158-162.

Zu 2): Rüstungskontrolle und Menschenrechte, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 44/1987, S. 13-18.

Zu 2): Defensive Zonen - Stellungnahme des IFSH (mit Egon Bahr, Dieter S. Lutz und Erwin Müller), in: Hamburger Informationen zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik 3/1987, S. 1-4.

Zu 2): Konventionelle Stabilität - Eine Einführung, in: Egon Bahr und Dieter S. Lutz (Hrsg.), Gemeinsame Sicherheit, Bd. 3, i. E.

Verfasserin: Dagmar Otto

Projekt: Technologiefolgen und Friedensverträglichkeit

Kurzbeschreibung: Im Mittelpunkt des Projektes steht die Frage der Friedensverträglichkeit neuer Technologien. Untersucht werden sollen die möglichen innergesellschaftlichen und grenzüberschreitenden Folgen, die aus der Erforschung und dem Einsatz neuer Technologien, besonders Kernenergie, Mikroelektronik und Gentechnologie, aber auch Militärtechnologie und Weltraumforschung, resultieren. Sind es unbeherrschbare Gefahren, oder sind es nur Risiken, bei denen sich Vorteile und Nachteile gegeneinander abwägen lassen? Müssen wir für den technischen Fortschritt Opfer bringen? Wer mutet diese Opfer zu, und wem werden sie zugemutet - national und international?

Welche innergesellschaftlichen und länderübergreifenden Konsequenzen hat der Einsatz Neuer Technologien? "Bedroht die Kernenergie unsere Freiheit?" (Roßnagel). Wieviel Kontrolle ist national und international nötig und möglich im Umgang mit der Atomtechnologie? Elektronische Datenverarbeitung schafft die technischen Möglichkeiten zur totalen Kontrolle aller Bürger im Frieden, in der Krise und im Krieg. Mikroelektronik verändert die Arbeitswelt. "Geht der Arbeitsgesellschaft die Arbeit aus?" (Dahrendorf). Wie beeinflusst die (damit einhergehende) Arbeitslosigkeit den sozialen Frieden in der Gesellschaft und zwischen den Staaten, besonders mit Blick auf die Dritte Welt? Medikamente wie Insulin werden bereits gentechnologisch hergestellt. Was kann geschehen, wenn gentechnologisch veränderte Mikroorganismen in die Umwelt gelangen? Ist eine Veränderung des ökologischen Gleichgewichts zu erwarten? Sind bisher unbekannte Infektionskrankheiten zu befürchten? Ist ein militärischer Mißbrauch möglich?

Das Projekt wird vorläufig über ABM-Mittel finanziert. Es ist als Literaturstudie angelegt und soll in seiner ersten Phase Auskunft über den Forschungsstand und die Breite des Untersuchungsgegenstandes geben, sowie eine Überblicksbibliographie enthalten. Es ist vorgesehen, die Literaturstudie zu einem Drittmittelprojekt auszubauen und die Untersuchung in einer zweiten und einer dritten Arbeitsphase fortzuführen.

In der zweiten Phase sollen in einem engeren Sinn militär- und rüstungspolitische Themen untersucht werden, wie sie derzeit am Institut unter konzeptionellen Gesichtspunkten diskutiert werden. Neben Einzelfragen wie der militärischen Weltraumforschung beziehen sich diese Problembereiche insbesondere auf die Schaffung eines Systems Defensiver Abhaltung und Struktureller Angriffsunfähigkeit.

In der letzten Phase stehen dann - abhängig von der Drittmittelförderung - die im weiteren Sinne friedenspolitischen Probleme im Mittelpunkt der Untersuchung. Hierzu gehören: Welches sind die innergesellschaftlichen Auswirkungen des Einsatzes Neuer Technologien auf die Demokratie, die Arbeitswelt, die Umwelt usw.? Welches sind die Konsequenzen für die Beziehungen der Staaten untereinander? Wie lassen sich die Neuen Technologien friedensverträglich einsetzen?

Verfasser: Jörg Owen

Projekt: Maritime Aspekte der Sicherheit

Kurzbeschreibung: Das ausgehende 20. Jahrhundert ist vom Ost-West-Gegensatz und den hochgerüsteten Verteidigungsbündnissen der Nordatlantischen Allianz (NATO) und des Warschauer Paktes (WP) geprägt. Dieser Gegensatz wird durch zahlreiche Konflikte an der Peripherie und außerhalb der Bündnisgebiete überlagert. Knapper werdende Energie-, Rohstoff- und Nahrungsquellen, Umweltprobleme und wirtschaftliche Verflechtungen haben globale Bedeutung erlangt. Die Weltmächte stehen an einer Schwelle, wo Machterweiterung kaum mehr Sicherheit, sondern eher größere Belastung verspricht und wo das Verlangen nach mehr Sicherheit die Basis der Macht zu überfordern droht.

Die nuklearen Waffen haben als Mittel der gegenseitigen Abschreckung bisher möglicherweise einen Krieg zwischen den Weltmächten und ihren Verteidigungsbündnissen verhindert. Dennoch läßt der Ausgang eines Krieges mit Nuklearwaffen weder einen Sieger noch das Überleben der Menschheit erkennen.

Diese Gründe und vor allem die finanziellen Konsequenzen einer uneingeschränkten Rüstung haben die Bereitschaft zu Abrüstungsverhandlungen und Interessenausgleich erhöht. Gleichwohl scheint der Rüstungswettlauf bei den Seestreitkräften unvermindert weiterzugehen. Dem westlichen Bündnis von Seemächten steht die Kontinentalmacht Sowjetunion gegenüber, die mehr und mehr maritime Interessen vertritt und die versucht, auch als Seemacht aufzutreten. Die Seestreitkräfte der USA können durch Flotten der Sowjetunion im Frieden und in der Krise inzwischen überall neutralisiert werden. Da die Weltmächte bestrebt sind, jeden direkten Konflikt zu vermeiden, erlangen mittlere und kleine Marinen zunehmend an Bedeutung. Die Gefahr einer Unterbrechung der Seeverbindungen durch einen direkten Konflikt zwischen

der NATO und dem WP ist heute unwahrscheinlicher als die Störung der Seeverbindungen durch Dritte auf Grund anderer Krisen und Konflikte am Rande und außerhalb Europas.

Auf der Suche nach Möglichkeiten und Wegen für eine maritime Sicherheitspolitik werden Einflußfaktoren wie sowjetische Außenpolitik, Seerecht, Wirtschaft, Verkehr, Infrastruktur, Geographie und die einander gegenüberstehenden Seekriegsmittel untersucht. In einer Lagefeststellung und -entwicklung werden die genannten Faktoren insbesondere im nordeuropäischen Raum betrachtet. Als Schlüsselement stellt sich die Frage nach einem möglichen Wandel sowjetischer Außenpolitik.

Der Ausgangspunkt für Möglichkeiten des maritimen Interessenausgleichs und die Umgestaltung maritimer Machtmittel sind die bestehenden Sicherheitskonzepte der NATO und des WP sowie die Idee und das Konzept der Gemeinsamen Sicherheit.

Das Beziehungsgefüge Sicherheitspolitik-Seemacht wird unter der Fragestellung nach der Bedeutung von Seeherrschaft und einem möglichen Bedarf von Seestreitkräften durchleuchtet. Eine Untersuchung des Begriffes Seeherrschaft vor dem Hintergrund von Auftrag und Aufgaben der deutschen Marine und ein Modell der Seekriegsmittelbedarfsermittlung im nordeuropäischen Raum soll die Kriterien deutlich machen, an denen Möglichkeiten maritimer Sicherheitspolitik zu messen sind.

Das Verhältnis zwischen Industrie- und Entwicklungsländern, der Gegensatz zwischen NATO und WP, insbesondere aber die weltweiten maritimen Interessenkonflikte enthalten mögliches Konfliktpotential und eine Anzahl von Risiken für die Sicherheit Westeuropas.

Durch die 3. Seerechtskonferenz ist es möglich geworden, 70 Prozent der Erdoberfläche zu nationalisieren. Damit könnten sich die Konflikte insgesamt auf See verlagern und zu einem weiter

anhaltenden Rüstungswettlauf maritimer Machtmittel im Weltmaßstab führen. Bei den sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen über nukleare Waffensysteme wurden bisher seegestützte Potentiale ausgeklammert, so daß sich auch hier zukünftig eine Verlagerung des Rüstungswettlaufes zu den seegestützten strategischen Reserven als Ersatz für die Optionen mit landgestützten nuklearen Mittelstreckenwaffen ergeben könnte.

Es kommt also darauf an, Wege zur Abrüstung seegestützter nuklearer Potentiale zu finden und einen Ausgleich der weltweiten maritimen Interessen herbeizuführen, die die angestrebte konventionelle Stabilität zwischen Ost und West - aber auch Nord und Süd - auf niedrigem Rüstungsniveau im maritimen Umfeld zu lassen.

Eine begrenzte Auswahl von Möglichkeiten der Umgestaltung maritimer Machtmittel und des Ausgleiches maritimer Interessen soll an den Faktoren der Lageentwicklung und den Erfordernissen der Seeherrschaft sowie der Seekriegsmittelbedarfsermittlung gemessen und beurteilt werden.

Verfasser: Andreas Pott

Projekt: Europäische Sicherheit - Perspektive einer Europäisierung der Sicherheitspolitik

Kurzbeschreibung:

Seit es die NATO gibt, wird mit wachsender Intensität, bisher jedoch ohne konkrete Auswirkungen, auch von einer Stärkung Europas oder einer Europäisierung der Sicherheitspolitik gesprochen. Jetzt scheint, unter dem Einfluß von SDI und dem INF-Abkommen, in Europa die Erkenntnis gereift, daß die Struktur der NATO reformbedürftig ist. Die bislang durch die NATO festgelegte Struktur einer Trennung der Sphären von Ökonomie, Sicherheit und Politik wird über kurz oder lang zur Sprengung der Allianz führen. Um eruptive Brüche im westlichen Lager zu verhindern, wird von allen politischen Lagern deshalb die Notwendigkeit einer Reform anerkannt.

Die Konsequenz einer weitergehenden Europäisierung der Sicherheitspolitik birgt jedoch auch eine Reihe von Konfliktstoffen. Die Konflikte liegen sowohl in der Zieldefinition einer neugeordneten Sicherheitsstruktur für Europa, als auch in der Frage, auf welchem politischen Weg Veränderungen initiiert und durchgeführt werden sollen. So ist z. B. die Frage der gemeinsamen Militärstrategie, die Frage der Rolle der Atomwaffen, der Stationierung ausländischer Truppen in der Bundesrepublik, der Rüstungskontrolle und nicht zuletzt der vertraglichen und politischen Verklammerung zu lösen.

Insgesamt wird die Frage nach dem "ob" einer notwendigen Europäisierung der Sicherheit in West- und Osteuropa als beantwortet vorausgesetzt und vielmehr versucht, eine Antwort auf die vielfältigen Fragen nach dem "wie" zu geben.

Wissenschaftl. Kooperation:

Zentrum für Friedensforschung und Konfliktforschung, Kopenhagen.

Zentrum für Europäische Dokumentation, Aachen.

Europäisches Parlament.

Veröffentlichungen z. Thema:

"Europa und die doppelte Null-Lösung", in: EG-Magazin, Mai 1987.

"European Security beyond Zero", in: The European (London), Vol. I, No. 5.

"Perspektiven einer neuen europäischen Friedensordnung", in: EG-Magazin, Dez. 1987.

"Eine andere Verteidigung für Europa?", in: EG-Magazin, Dez. 1987.

Konferenzpapier "Non-military Aspects of Common Security" für die Konferenz: "European Security - Various National Viewpoints on Non-military Aspects", Kopenhagen 25-27 Sept. 1987.

Verfasserin: Christiane Rix

Projekt: Die Bedeutung der beiden deutschen Staaten bei der Realisierung von Gemeinsamer und Kollektiver Sicherheit in Europa

Kurzbeschreibung:

So widerwillig und zögernd die beiden deutschen Staaten in den 60er Jahren zunächst dem internationalen Entspannungsprozeß einen deutsch-deutschen Aspekt hinzufügen wollten, so entschieden selbstbewußt und unbeirrt führten sie die Normalisierung und Weiterentwicklung ihrer Beziehungen in den 80er Jahren fort. Auch in Zeiten zunehmender Abkühlung zwischen Washington und Moskau zu Beginn der 80er Jahre waren die Bemühungen der Bundesrepublik und der DDR darauf gerichtet, so viel wie möglich von dem zu bewahren, was die Entspannung an Erfolgen und Normalisierung gebracht hatte. Die Stationierungen amerikanischer Mittelstreckenraketen in Westeuropa und sowjetischer Mittelstreckenraketen kürzerer Reichweite in der DDR und der CSSR ließen sogar gemeinsame Betroffenheit in Fragen der Kriegsverhütungs- und Friedenspolitik deutlich werden. Seither hat der sicherheitspolitische Faktor neben dem entspannungspolitischen Alltag zwischen beiden deutschen Staaten an Bedeutung gewonnen.

Die gemeinsame Betroffenheit und Unsicherheit, die für beide deutsche Staaten aus dem Drohsystem der Abschreckung resultiert, bietet Ansatzpunkte, die Gebiete der Kooperation durch militärische Abrüstungsinitiativen zu ergänzen.

Methodisch wird der Ansatzpunkt, politische Entspannung durch militärische Abrüstungsinitiativen zu ergänzen, bestimmt und abgeleitet aus der Analyse der historischen Entwicklung der beiden deutschen Staaten und ihrer Einbindung in außenpolitische

Strukturen und Bündniszusammenhänge. Eine solche Vorgehensweise ermöglicht die nähere Bestimmung der übereinstimmenden, vergleichbaren und unterschiedlichen Interessenlagen der Bundesrepublik und der DDR im sicherheitspolitischen Bereich. Dadurch können Möglichkeiten und Grenzen deutsch-deutscher Abrüstungsinitiativen bestimmt und konkrete Schritte der Realisierung von Gemeinsamer und Kollektiver Sicherheit entwickelt werden. Hierzu bietet sich neben der historischen Vorgehensweise die empirische Überprüfung bisheriger Initiativen auf dem Feld der Sicherheitspolitik an. Zusätzlich sollen auf der Ebene der innenpolitischen und ideologischen Begründung von Sicherheitspolitik Veränderungen und Tendenzen bestimmt werden, die eine Einschätzung der Chancen der Realisierung von Gemeinsamer und Kollektiver Sicherheit in Europa ermöglichen helfen.

Der historische Teil der Studie wurde weitgehend abgeschlossen. Das Hauptarbeitsfeld zum Jahreswechsel 87/88 liegt bei der Analyse von Veränderungstendenzen in der Sicherheitspolitik und sicherheitspolitischen Doktrin der beiden deutschen Staaten. Insbesondere im Fall der DDR gibt es in diesem Zusammenhang zahlreiche Tendenzen, die unter dem Stichwort "Neues Denken" Veränderungsprozesse in der sicherheitspolitischen Doktrin andeuten. Die gegenwärtige Dynamik in der sicherheitspolitischen Debatte sowohl innerhalb der Militärallianzen, als auch im Ost-West-Verhältnis insgesamt läßt empirische Studien zur Frage der Möglichkeiten der beiden deutschen Staaten bei der Realisierung von Gemeinsamer und Kollektiver Sicherheit in größerem Umfang zu, als dies zu Beginn des Projektes absehbar war. Aus diesem Grund wird dieser Teil der Studie den größten Raum einnehmen.

Das Forschungsprojekt wird im Laufe des Jahres 1988 mit einem umfangreichen Forschungsbericht abgeschlossen.

Wissenschaftl. Kooperation im Jahre 1987:

Teilnahme am Thirteenth New Hampshire Symposium on the German Democratic Republic, 19.-26. Juni 1987;

World Fellowship Center, Conway, N.-H., USA, Vortrag: New Tendencies in GDR Security Thinking (wird publiziert).

4. Humboldt-Colloquium zur Friedensforschung, 19.-21. November 1987, Berlin (DDR), Vortrag: Impulse für die Gestaltung der Beziehungen der DDR und der Bundesrepublik Deutschland im Zeichen des "Neuen Denkens".

Veröffentlichungen z. Thema:

Plädoyer für ein europäisches System Kollektiver Sicherheit. In: Wolfgang Heisenberg / Dieter S. Lutz (Hg.), Sicherheitspolitik kontrovers. Auf dem Weg in die neunziger Jahre. Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 1987, S. 697-709.

Neue Ansätze in der Sicherheitspolitik der DDR, in: Neue Gesellschaft / Frankfurter Hefte, Heft 8 (August) 1987, S. 750-754.

Kollektive Sicherheit in Europa - Möglichkeit zur Überwindung des Ost-West-Konflikts? In: Christiane Rix (Hg.), Ost-West-Konflikt - Wissen wir, wovon wir sprechen? Schriftenreihe der Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung, Band XIV, Baden Baden 1987, S. 260-284.

Verfasser: Prof. Wang Jinbiao

Das Konzept "Gemeinsame Sicherheit" aus chinesischer Sicht.

Gemeinsame Sicherheit ist als Konzept in Europa vor dem Hintergrund des Ost-West-Konflikts entwickelt worden. Gemeinsame Sicherheit ist die Alternative zur Doktrin der Abschreckung, die die Grundlage der gegenwärtigen Sicherheitspolitik in Ost und West darstellt.

Die Volksrepublik China verfügt über Atomwaffen. Sie beschäftigt sich jetzt mit einem langfristigen Verteidigungsplan. Die Welt wandelt sich von der Bipolarität zur Multipolarität. Für die chinesische Politikwissenschaft gibt es also Anlaß, sich ebenfalls mit der Alternative zur Abschreckung zu befassen.

Meine Tätigkeit besteht darin, die theoretischen Grundlagen des Konzepts Gemeinsame Sicherheit zu betrachten, seine Realisierungsmöglichkeiten innerhalb des Ost-West-Konflikts unter Berücksichtigung relevanter politischer Entwicklungen in Ost und West zu beurteilen und im Transfer zu untersuchen, ob und wie Gemeinsame Sicherheit in einer multipolaren Welt auch in anderen Regionen und Konflikten als sicherheitspolitische Alternative gelten und realisiert werden kann. Es geht um die Frage, ob Gemeinsame Sicherheit im Kampf um Abrüstung und Vertrauensbildung - um Frieden - in der ganzen Welt eine Antwort darstellt.

Verfasser: Herbert Wulf

Projekte: 1) Konversion

2) Ost-West-Handel und Sicherheitspolitik

Kurzbeschreibung: Zu 1):

Das Projekt über die Umstellung der Rüstungsindustrie auf zivile Fertigung - mit Schwerpunkt Norddeutschland - wurde bereits 1986 abgeschlossen; eine Fortführung der Arbeit fand in Form von kurzen Artikeln in Zeitungen und Zeitschriften statt.

Zu 2):

Im Projekt wird die Frage untersucht, welche Einflüsse - positiv oder negativ - der Ost-West-Handel auf die Sicherheitspolitik hat. Bedeutsam für die Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen ist eine politisch bestimmte Reglementierung des Handels, eine bewußt herbeigeführte und gewollte Verknüpfung von Handel und Politik. Kann die in der Vergangenheit häufig angewendete negative Verknüpfung in Form von Sanktionen, Embargos, Exportkontrollen, Kreditrestriktionen usw. dauerhaft in eine positive Verbindung umgekehrt werden? Kann die wirtschaftliche Philosophie des beiderseitigen Vorteils auf die Sicherheitspolitik übertragen und ein schrittweiser Abbau der Gefahrenpotentiale erreicht werden?

Wissenschaftl. Kooperation:

Zu 1): Mit Einzelgewerkschaften im In- und Ausland, gewerkschaftlichen Kooperationsstellen an Universitäten.

Zu 2): Fachökonomien mit Schwerpunkt Ost-West-Handel (z. B. HWWA, SWP, DIW).

Veröffentlichungen z. Thema:

Zu 1):

Panzer haben keine Zukunft, in: Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt Nr. 6, 8. Februar 1987, S. 9.

Alternative Produktion statt Rüstung, Köln 1987, (Mitautoren: Schomacker/Wilke).

West European Cooperation and Competition in Arms Procurement: Experiences, Problems, Prospects, in: Arms control, Vol. 7, Nummer 2, September 1986, S. 177-196.

Rüstung, Wirtschaft, Konversion, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 8/87, 38. Jg., S. 503-510, Bund-Verlag, Köln 1987; abgedruckt in: Lutz van Dick (Hrsg.), Lernen in der Friedensbewegung, Beltz-Verlag, Weinheim und Basel 1987, S. 173-179.

Arms Production in Third World countries, Effects on Industrialisation, in: Christian Schmidt (Hrsg.), The Economics of Military Expenditures, S. 357-383, The Macmillan Press LTD, Houndsmills, Basingstoke, Hampshire and London 1987.

Arms transfer control: the feasibility and the obstacles, in: Saadat Deger, Robert West (Hrsg.), Defence Security and Development, S. 190-206, Frances Pinter Verlag, London 1987.

Preiswerte Wohnungen statt Kasernen und Panzerstraßen, in: Frankfurter Rundschau Nr. 182, S. 10, 10. August 1987 und Nr. 183, S. 10, 11. August 1987, (Mitautoren: Schomacker / Wilke).

Deutsche Waffen für die Dritte Welt, in Hamburger Beiträge, Heft 23, Dez. 1987.

Zu 2):

Handel und Frieden, unveröffentl. Manuskript, 244 S.

4. Veröffentlichungen von Mitarbeitern des IFSH 1987*

Günther Baechler

1. Abrüstung oder Abschreckung? Zum Streit in der NATO über die "Null-Lösung", in: spw, Vol. 10 (Heft 34) 1987, S. 16-20 (mit C.Rix).
2. Abrüstungseffekt gleich Null, in: Tageszeitung vom 21.9.1987.
3. Die Atombombe - ein untaugliches Kriegsverhütungsmittel, in: Heisenberg, Wolfgang/Lutz, Dieter S. (Hrsg.), Sicherheitspolitik kontrovers, Baden-Baden/Bonn 1987, S. 792-807.
4. NATO-Strategie: Abschreckung vom Meeresboden bis zu den Sternen. Warum die USA für die Null-Lösung sind, in: Kommune, Vol. 5 (Heft 11) 1987, S. 39-41.
5. $0+0=1$ A(-bschreckung). Abrüstung oder Nullsummenspiel ? in: Stachlige Argumente, (Heft 45) 1987, S. 16-20.
6. Sicherheitspolitische Differenzierungsprozesse: Wandel der Rolle des Militärischen in den Ost-Ost-Beziehungen, in: Hamburger Beiträge zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik, (Heft 21) 1987 (mit C.Rix).

Egon Bahr

1. Defensive Zonen. Stellungnahme des IFSH zur Strukturellen Nichtangriffsfähigkeit und Konventionellen Stabilität in Europa, in: Hamburger Informationen zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik, (Heft 3) 1987 (mit D.S.Lutz, E.Müller, R. Mütz).
2. Einleitung, in: Lutz, Dieter S. (Hrsg.), Lexikon Rüstung, Frieden, Sicherheit, München 1987, S. 9-11.
3. Friedensgutachten 1987, Frankfurt/M. 1987 (mit G.Krell, K.v. Schubert).
4. Gemeinsame Sicherheit - Dimensionen und Disziplinen, Bd.II: Zu rechtlichen, ökonomischen, psychologischen und militärischen Aspekten Gemeinsamer Sicherheit, Baden-Baden 1987 (Militär, Rüstung, Sicherheit; 41) (Mithrsg.).
5. Gemeinsame Sicherheit - ein Weg aus der Sackgasse, in: Heisenberg, Wolfgang/Lutz, Dieter S. (Hrsg.), Sicherheitspolitik kontrovers, Baden-Baden/Bonn 1987, S. 710-718.

* Auf Wunsch wird das Gesamtpublikationenverzeichnis 1971-1987 des IFSH zugesandt

Tordis Batscheider

1. Star Wars: Das Ende der Abschreckung? Zur Rückführung einer aktuellen Streitfrage auf ihre grundsätzliche Bedeutung, in: Hamburger Beiträge zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik, (Heft 16) 1987.

Hanne-Margret Birckenbach

1. Alva Myrdal (1902-1986). "Wir sind nicht zur Machtlosigkeit verdammt." - Politikerin zwischen den Blöcken, in: Rajewsky, Christiane/Riesenberger, Dieter (Hrsg.), Wider den Krieg. Große Pazifisten von Immanuel Kant bis Heinrich Böll, München 1987, S. 372-384.
2. Asymmetrien zwischen Ost und West und ihre Bedeutung für eine Entspannung von unten, in: Osteuropa-forum, Politik und Kultur in Mittel- und Osteuropa, Vol. 4 (Heft 15) 1987, S. 14-16.
3. Forschungsaufgaben für eine politische Psychologie Gemeinsamer Sicherheit, in: Bahr, Egon/Lutz, Dieter S. (Hrsg.), Gemeinsame Sicherheit - Dimensionen und Disziplinen, Bd. II, Baden-Baden 1987, S. 235-264.
4. Frauen und Militär, in: Lutz, Dieter S. (Hrsg.), Lexikon Rüstung, Frieden, Sicherheit, München 1987, S. 104-110.
5. Kriegsangst und Friedenshoffnung von Kindern - Eine Herausforderung an die Erwachsenen, in: van Dick, Lutz (Hrsg.), Lernen in der Friedensbewegung - Ideen für pädagogische Friedensarbeit, 2. aktualisierte und ergänzte Auflage, Weinheim/Basel 1987, S. 186-192 (Mitverf.).
6. Pazifismus, in: Lutz, Dieter S. (Hrsg.), Lexikon Rüstung, Frieden, Sicherheit, München 1987, S. 247-253.
7. Pazifismus und Feminismus. Auch Frauen können nicht hexen, in: Antimilitarismus Information, Vol. 17 (Heft 8) 1987, S. Y-70, III-98-109.
8. Psychologische Aspekte Gemeinsamer Sicherheit. Einführung, in: Bahr, Egon/Lutz, Dieter S. (Hrsg.), Gemeinsame Sicherheit - Dimensionen und Disziplinen, Bd. II, Baden-Baden 1987, S. 189-199.
9. Tagungsbericht: Politische Bildung in Ost und West, in: Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden (S+F), Vol. 5 (Heft 3) 1987, S. 203-204.

10. Transatlantic Crisis - A Framework for an Alternative West European Peace Policy, in: Kaldor, Mary/Falk, Richard (Hrsg.), Dealignment. A New Foreign Policy Perspective, Oxford, New York 1987, S. 113-142 (mit C.Rix, A.Statz, C.Wellmann).
11. Wehrerziehung, in: Lutz, Dieter S. (Hrsg.), Lexikon Rüstung, Frieden, Sicherheit, München 1987, S. 323-326.

Susanne Bund

1. Auswahlbibliographie: Rüstungsindustrie - Waffenhandel - Konversion, in: Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden (S+F), Vol. 5 (Heft 4) 1987, S.260-261.
2. Literaturauswahl Abrüstung, in: Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden (S+F), Vol. 5 (Heft 3) 1987, S. 180-182.
3. Literaturauswahl zum Themenschwerpunkt Kriegsbild und Soldatenberuf, in: Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden (S+F), Vol. 5 (Heft 2) 1987, S. 142-145.
4. Was heißt Frieden? Eine Einführung aus Anlaß des UN-Friedensjahres 1986, in: Hamburger Informationen zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik, (Heft 2) Hamburg 1987 (mit D.S. Lutz).

Gabriele Dobusch

1. Frauenbilder im Wandel - Chancen für die Militärs?, in: Antimilitarismus Information, Vol. 17 (Heft 8) 1987, S. Y-116, III-144-150.

Pál Dunay

1. Hungary's Security Policy, in: Hamburger Beiträge zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik, (Heft 17) 1987.

Horst Fischer

1. Völkerrechtliche Normenbildung und sicherheitspolitische Konzeptionen. Aktuelle Rechtsquellenprobleme und die Implementation Gemeinsamer Sicherheit, in: Hamburger Beiträge zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik, (Heft 15) 1987.

Margret Johannsen

1. Die doppelte Null-Lösung, in: Hamburger Informationen zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik, (Heft 4) 1987.

Axel Krohn

1. Angriff/Verteidigung/Aggression, in: Lutz, Dieter S. (Hrsg.), Lexikon Rüstung, Frieden, Sicherheit, München 1987, S. 33-40.
2. Between Zero Option and Deterrence: Regional Disengagement in Europe, in: PRIO Working Paper, Oslo 1987.
3. Krieg, in: Lutz, Dieter S. (Hrsg.), Lexikon Rüstung, Frieden, Sicherheit, München 1987, S. 175-182 (mit E.Müller).
4. Die militärstrategische Bedeutung der nordeuropäischen Region, in: Die Grünen Schleswig-Holstein (Hrsg.), "Kriegsschauplatz Schleswig-Holstein" - Die NATO und der Norden, Hamburg 1987, S. 47-50.

Dieter S. Lutz

1. Defensive Zonen. Stellungnahme des IFSH zur Strukturellen Nichtangriffsfähigkeit und Konventionellen Stabilität in Europa, in: Hamburger Informationen zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik, (Heft 3) 1987 (mit E.Bahr, E.Müller, R. Mutz).
2. Dolus eventualis. Überlegungen zur Gefahr eines bedingt vorsätzlichen (Welt-)Krieges in und um Europa, in: Friedensanalysen Bd. 21, Frankfurt/M. 1987, S. 294-307.
3. Frieden schaffen mit ganz anderen Waffen ? in: Tageszeitung vom 23.11.1987.
4. Frieden schaffen mit immer weniger Waffen, in: Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt vom 17.5.1987.
5. Friedensforschung - Zwischen Theorie und Realität, in: Caließ, Jörg/Lob, Reinhold E. (Hrsg.), Praxis der Umwelt- und Friedenserziehung, Bd. I: Grundlagen, Düsseldorf 1987, S. 489-497.
6. Gemeinsame Sicherheit - Dimensionen und Disziplinen, Bd. II: Zu rechtlichen, ökonomischen, psychologischen und militärischen Aspekten Gemeinsamer Sicherheit, Baden-Baden 1987 (Militär, Rüstung, Sicherheit; 41) (Mithrsg.).
7. Gemeinsame Sicherheit (GS) versus Abschreckung, in: Wissenschaft und Frieden, (Heft 3-4) 1987, S. 91-95.
8. GG + GS - Grundgesetz und Gemeinsame Sicherheit, in: Hamburger Beiträge zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik, (Heft 13) 1987.

9. Das Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg. Vorwort,, in: Hamburger Beiträge zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik, (Heft 24)1987, S. 1-5.
10. Ist die Sowjetunion konventionell überlegen? in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Vol. 32 (Heft 6) 1987, S. 736-738.
11. Lexikon Rüstung, Frieden, Sicherheit, München 1987 (Hrsg. und Bearb. von 26 Stichworten).
12. Na putu svemoci. Ili: tko tezi svemoci, ne preze ni od rata? (Auf dem Weg zur "Allmacht". Oder: Wer nach "All-Mächtigkeit" strebt, schreckt auch vor Krieg nicht zurück?), in: Nase teme (Nr.10) Zagreb 1987, S. 1405-1412.
13. Politische und militärische Modelle der Sicherheit, in: Heisenberg, Wolfgang/Lutz, Dieter S. (Hrsg.), Sicherheitspolitik kontrovers, Baden-Baden/Bonn 1987, S. 561-591.
14. Rechtliche Aspekte Gemeinsamer Sicherheit, in: Bahr, Egon/Lutz, Dieter S. (Hrsg.), Gemeinsame Sicherheit - Dimensionen und Disziplinen, Bd. II, Baden-Baden 1987, S. 31-32.
15. Rüstung und Abrüstung, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, Vol.38 (Heft 8) 1987, S. 464-472.
16. Security Partnership and/or Common Security?, in: Coexistence, Vol.24 (Heft 3)1987, S. 271-307.
17. Sicherheit ist "Gemeinsame Sicherheit". Zur Idee und Entstehung einer neuen sicherheitspolitischen Konzeption, in: Mediatas, Vol.7 (Heft 7) 1987, S. 3-6.
18. Sicherheitspolitik kontrovers. Auf dem Weg in die neunziger Jahre, Baden-Baden/Bonn 1987 (Militär, Rüstung, Sicherheit; 46) (Mithrsg.).
19. "Sind wir mutig genug?" Vorwort zu: Galtung, Johan, Hitlerismus, Stalinismus, Reaganismus, Baden-Baden 1987, S. I - III.
20. Stabilität und Abrüstung durch Umrüstung, in: Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden (S+F), Vol.5 (Heft 3) 1987, S. 167-169.
21. Der Status quo in Westeuropa - Die NATO, in: Heisenberg, Wolfgang/Lutz, Dieter S. (Hrsg.), Sicherheitspolitik kontrovers, Bonn/Baden-Baden 1987, S. 251-259.

22. Die "Strategische Verteidigungsinitiative" (SDI), in: Landeszentrale für politische Bildung Hamburg (Hrsg.), SDI. Strategic Defense Initiative, Hamburg 1987, S. 74-107.
23. Towards a New European Peace Order (NEPO), in: Kaplan, Morton A. (Hrsg.), Consolidating Peace in Europe. A Dialogue Between East and West, New York 1987, S. 124-151.
24. Von der Abschreckung zur Gemeinsamen Sicherheit, in: Jones-Kerby, Helen/Rieck, Wienfried (Hrsg.), Gemeinsame Sicherheit/Sicherheitspartnerschaft, Hamburg 1987. S. 9-27.
25. Was heißt Frieden? Eine Einführung aus Anlaß des UN-Friedensjahres 1986, in: Hamburger Informationen zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik, (Heft 2) 1987 (mit S.Bund).
26. Was heißt Friedensforschung?, in: van Dick, Lutz (Hrsg.), Lernen in der Friedensbewegung - Ideen für pädagogische Friedensarbeit, 2. aktualisierte und ergänzte Auflage Weinheim/Basel 1987, S. 135-140.
27. Was heißt "Strukturelle Nichtangriffsfähigkeit" (i.e.S.)? Versuch einer Annäherung, in: Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden (S+F), Vol.7 (Heft 1) 1987, S. 2-3.
28. Was ist Gemeinsame Sicherheit?, in: Mediatas, Vol.7 (Heft 8-9) 1987, S. 7.
29. Zu den verfassungsrechtlichen Rahmenbedingungen Gemeinsamer Sicherheit nach dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland, in: Bahr, Egon/Lutz, Dieter S. (Hrsg.), Gemeinsame Sicherheit - Dimensionen und Disziplinen, Bd. II, Baden-Baden 1987, S. 85-104.
30. Zur Theorie Struktureller Angriffsunfähigkeit. Genesis, Definition und Kriterien Struktureller Angriffsunfähigkeit im Rahmen Defensiver Abhaltung und Gemeinsamer Sicherheit, in: Hamburger Beiträge zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik, (Heft 22) 1987.

Erwin Müller

1. Bedrohungsanalyse, in: Lutz, Dieter S. (Hrsg.), Lexikon Rüstung, Frieden, Sicherheit, München 1987, S. 55-60.
2. Defensive Zonen. Stellungnahme des IFSH zur Strukturellen Nichtangriffsfähigkeit und Konventionellen Stabilität in Europa, in: Hamburger Informationen zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik, (Heft 3) 1987 (mit E.Bahr, D.S.Lutz, R. Mutz).

3. Krieg, in: Lutz, Dieter S. (Hrsg.), Lexikon Rüstung, Frieden, Sicherheit, München 1987, S. 175-182 (mit A. Krohn).
4. Kriegsursachen, in: Lutz, Dieter S. (Hrsg.), Lexikon Rüstung, Frieden, Sicherheit, München 1987, S. 188-197.
5. Militärisch-industrieller Komplex (MIK), in: Lutz, Dieter S. (Hrsg.), Lexikon Rüstung, Frieden, Sicherheit, München 1987, S. 209-212.
6. Rüstungsdynamik, in: Lutz, Dieter S. (Hrsg.), Lexikon Rüstung, Frieden, Sicherheit, München 1987, S. 262-267.
7. Vertrauenbildende Maßnahmen (VBM), in: Lutz, Dieter S. (Hrsg.), Lexikon Rüstung, Frieden, Sicherheit, München 1987, S. 316-320.
8. Zur Logik politischer Bedrohungsanalysen, in: Heisenberg, Wolfgang/Lutz, Dieter S. (Hrsg.), Sicherheitspolitik kontrovers, Baden-Baden/Bonn 1987, S. 79-97.

Reinhard Mutz

1. Allgemeine und vollständige Abrüstung im Rückblick - Reale Utopie oder fatale Illusion? in: Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden (S+F), Vol. 5 (Heft 3) 1987, S. 158-162.
2. Common Security - Conceptual and Political Implications, in: Spitzer, Hartwig (Ed.), Scientific Aspects of the Verification of Arms Control Treaties, Part II, in: Hamburger Beiträge zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik, (Heft 20) 1987, S. 250-256.
3. Defensive Zonen. Stellungnahme des IFSH zur Strukturellen Nichtangriffsfähigkeit und Konventionellen Stabilität in Europa, in: Hamburger Informationen zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik, (Heft 3) 1987 (mit E.Bahr, D.S.Lutz, E. Müller).
4. Konventionelle Rüstungskontrolle, in: Bahr, Egon/Krell, Gert/von Schubert, Klaus (Hrsg.), Friedensgutachten 1987, Frankfurt/M. 1987, S. 108-114.
5. Militärische Aspekte Gemeinsamer Sicherheit - Anmerkungen zur Frage des konzeptkonformen Sicherheitsbegriffs, in: Bahr, Egon/Lutz, Dieter S. (Hrsg.), Gemeinsame Sicherheit. Dimensionen und Disziplinen, Band II, Baden-Baden 1987, S. 267-276.
6. Ost-West-Konflikt, in: Lutz, Dieter S. (Hrsg.), Lexikon Rüstung, Frieden, Sicherheit, München 1987, S. 242-247.

7. Rüstungskontrolle und Menschenrechte, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, (B 44) 1987, S. 13-18.

Andreas Pott

1. Anti-Submarine Warfare (ASW), in: Lutz, Dieter S. (Hrsg.), Lexikon Rüstung, Frieden, Sicherheit, München 1987, S. 40-43.
2. Atomwaffenfreie Zonen, in: Lutz, Dieter S. (Hrsg.), Lexikon Rüstung, Frieden, Sicherheit, München 1987, S. 49-55.
3. Europa und die doppelte Null-Lösung, in: EG-Magazin, (Heft 5) 1987, S. 9-11.
4. Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG), in: Lutz, Dieter S. (Hrsg.), Lexikon Rüstung, Frieden, Sicherheit, München 1987, S. 89-94.
5. European Security beyond "Zero"?, in: The European, Vol. I (Heft 5) 1987, S. 12-13.
6. Gerechter Krieg, in: Lutz, Dieter S. (Hrsg.), Lexikon Rüstung, Frieden, Sicherheit, München 1987, S. 144-149.
7. Seerüstung, in: Bahr, Egon/Krell, Gert/von Schubert, Klaus (Hrsg.), Friedensgutachten 1987, Frankfurt/M. 1987, S. 80-87.
8. Die Strategie der Abschreckung: Mythenbild der Sicherheitspolitik, in: Heisenberg, Wolfgang/Lutz, Dieter S. (Hrsg.), Sicherheitspolitik kontrovers, Baden-Baden/Bonn 1987, S. 153-166.
9. Strategische Stabilität, in: Lutz, Dieter S. (Hrsg.), Lexikon Rüstung, Frieden, Sicherheit, München 1987, S. 294-297.
10. Verifikation, in: Lutz, Dieter S. (Hrsg.), Lexikon Rüstung, Frieden, Sicherheit, München 1987, S. 310-316.

Christiane Rix

1. Abrüstung oder Abschreckung ? Zum Streit in der NATO über die "Null-Lösung", in: spw, Vol.10 (Heft 34) 1987, S.16-22 (mit G.Baechler).
2. Entspannung, in: Lutz, Dieter S. (Hrsg.), Lexikon Rüstung, Frieden, Sicherheit, München 1987, S. 79-86.
3. Internationale Beziehungen, in: Lutz, Dieter S. (Hrsg.), Lexikon Rüstung, Frieden, Sicherheit, München 1987, S. 155-159.

4. Neue Ansätze in der Sicherheitspolitik der DDR, in: Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte, Vol. 34 (Heft 8) 1987, S. 750-754.
5. Ost-West-Konflikt. Wissen wir, wovon wir sprechen? Schriftenreihe der Arbeitsgemeinschaft Friedens- und Konfliktforschung e.V., Band XIV., Baden-Baden 1987 (Hrsg.).
6. Plädoyer für ein europäisches System Kollektiver Sicherheit, in: Heisenberg, Wolfgang/Lutz, Dieter S. (Hrsg.), Sicherheitspolitik kontrovers, Baden-Baden/Bonn 1987, S. 697-709.
7. Rüstungskontrolle in den deutsch-deutschen Beziehungen, in: Bahr, Egon/Krell, Gert/von Schubert, Klaus (Hrsg.), Friedensgutachten 1987, Frankfurt/M. 1987, S. 131-139.
8. Sicherheitspolitische Differenzierungsprozesse: Wandel der Rolle des Militärischen in den Ost-Ost-Beziehungen, in: Hamburger Beiträge zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik, (Heft 21) 1987 (mit G. Baechler).
9. Transatlantic Crisis - A Framework for an Alternative West European Peace Policy?, in: Kaldor, Mary/Falk, Richard (Hrsg.), Dealignment. A New Foreign Policy Perspective, Oxford/New York 1987, S. 113-142 (mit H. Birckenbach, A. Statz, C. Wellmann).

Klaus Schomacker

1. Alternative Produktion statt Rüstung, Köln 1987 (mit P. Wilke, H. Wulf).

Hans-Carl von Werthern

1. Die Außenpolitik der neutralen Staaten in Europa und ihr Beitrag zur Entspannung, in: Hamburger Beiträge zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik, (Heft 18) 1987.
2. Neutralität - ein überholtes Konzept?, in: Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden (S+F), Vol. 5 (Heft 4) 1987, S. 263-265.

Peter Wilke

1. Alternative Produktion statt Rüstung, Köln 1987 (mit K. Schomacker, H. Wulf).

Herbert Wulf

1. Alternative Produktion statt Rüstung, Köln 1987 (mit K.Scho-macker, P. Wilke).
2. Arms Production in Third World Countries. Effects on Industri-alisation, in: Schmidt, Christian (Hrsg.), The Economics of Military Expenditures, Houndsmills/ Basingstoke/ Hampshire/ London 1987, S. 357-383.
3. Arms transfer control: the feasibility and the obstacles, in: Deger, Saadat/West, Robert (Hrsg.), Defence Security and Development, London 1987, S. 190-206.
4. Aufrüstung der Apartheid. Die Bundesrepublik liefert Rüstungs-güter nach Südafrika, in: der Überblick, Vol. 23 (Heft 1) 1987, S. 60-62.
5. Die Bombe tickt, in: Der Überblick, Vol.23(Heft 4) 1987, S. 18-22.
6. Deutsche Waffen für die Dritte Welt. Die bestehenden Gesetze werden ausgehöhlt, umgangen, gebeugt und gebrochen, in: Hamburger Beiträge zur Friedensforschung und Sicherheitspoli-tik, (Heft 23)1987.
7. Indiens Außen- und Sicherheitspolitik zwischen Gewaltlosigkeit und Atombombe, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, (Heft B 23)1987, S. 3-15.
8. Nord-Süd-Konflikt, in: Lutz, Dieter S. (Hrsg.), Lexikon Rüs-tung, Frieden, Sicherheit, München 1987, S. 237-242.
9. Preiswerte Wohnungen statt Kasernen und Panzerstraßen, in: Frankfurter Rundschau vom 10.8.1987 (Teil 1) und 11.8.1987 (Teil 2) (Mitverf.).
10. Rüstung, Wirtschaft, Konversion, in: Gewerkschaftliche Monats-hefte, Vol. 38 (Heft 8) 1987, S. 503-510, und in: van Dick, Lutz (Hrsg.), Lernen in der Friedensbewegung -Ideen für pädagogische Friedensarbeit, 2. aktualisierte und ergänzte Auflage, Weinheim/ Basel 1987, S. 173-179.
11. Rüstungsexport, in: Lutz, Dieter S. (Hrsg.), Lexikon Rüstung, Frieden, Sicherheit, München 1987, S. 267-272.
12. Rüstungsindustrie, in: Lutz, Dieter S. (Hrsg.), Lexikon Rüstung, Frieden, Sicherheit, München 1987, S. 271-275.
13. Thesen zu der militärischen Rolle der Supermächte in der Dritten Welt, in: Loeccumer Protokolle, Vol. 65 (Heft 88) 1987, S. 147-156.

14. Unser Golf (Glosse), in: Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden (S+F), Vol. 5 (Heft 4) 1987, S. 234-235.
15. Vom Panzer zum PKW - und wieder zurück, in: Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt vom 8.2.1987.
16. "Was nicht schießt und knallt, ist keine Waffe", in: Frankfurter Rundschau vom 10.2.1987.

5. Anhang

5.1. Tagung "Strukturelle Nichtangriffsfähigkeit" am 17.12.1986

und

Anhörung "Konventionelle Stabilität" am 2./3.7.1987

Teilnehmer der Tagung "Strukturelle Nichtangriffsfähigkeit" am 17.12.1986:

- Dr. H. Afheldt, Arbeitsgruppe Afheldt in der Max-Planck-Gesellschaft, Starnberg
- G. Baechler, Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH), Hamburg
- Bundesminister a.D. E. Bahr, IFSH, Hamburg
- Prof. Dr. E. Boeker, Vrije Universiteit Amsterdam, Niederlande
- Major i.G. F.H.U. Borkenhagen, Bonn
- Fregattenkapitän J. Born, Zentrum Innere Führung, Koblenz
- Flottillenadmiral W. Brost, BMVg Bonn
- Bundesminister a.D. Dr. A. von Bülow, Bonn
- Prof. Dr. A. Buro, Johann-Wolfgang-von-Goethe-Universität, Frankfurt
- Hauptmann i.G. L. Dünne, IFSH, Hamburg
- Prof. Dr. H.P. Dürr, Werner-Heisenberg-Institut für Physik, München
- Oberst a.D. H. Funk, Bonn
- Hauptmann H.W. Ganser, Hamburg
- Generalmajor a.D. Dr. J. Gerber, Koblenz
- Chr. Harder, IFSH, Hamburg
- Korvettenkapitän Dr. D. Hartwig, Führungsakademie der Bundeswehr, Hamburg
- Prof. Dr. R. Huber, Hochschule der Bundeswehr München, Neubiberg
- Prof. Dr. W. Jung, Berlin
- Oberst H. Kozak, Botschaft der Republik Österreich, Bonn
- Brigadegeneral a.D. C. Krause, Bonn
- Generalmajor a.D. J. Löser, Sachrang
- Dr. Dieter S. Lutz, IFSH, Hamburg
- Dr. E. Müller, IFSH, Hamburg
- Dr. A.A.C. von Müller, Arbeitsgruppe Afheldt in der Max-Planck-Gesellschaft, Starnberg
- Dr. R. Mutz, IFSH, Hamburg
- Oberstleutnant W. Nolte, Führungsakademie der Bundeswehr, Hamburg
- A. Pott, IFSH, Hamburg
- Oberstleutnant F. Rödiger, MA Führungsakademie der Bundeswehr Hamburg
- Flottillenadmiral E. Schmähling, Amt für Studien und Übungen der Bundeswehr, Bergisch-Gladbach
- T. Schultz, IFSH, Hamburg

- Oberstleutnant G. Sude,
Bundesministerium der Verteidigung, Bonn
- A. Theilmann, Bonn
- Dr. L. Unterseher, Studiengruppe Alternative Sicherheitspolitik
(SAS), Bonn
- Freiherr Dr. H. C. von Werthern, IFSH, Hamburg
- P. Wilke, IFSH, Hamburg
- Hauptmann U. Ziesak, Flensburg

Leitfragen der Tagung:

1. Status Quo?

Ist die NATO strukturell nichtangriffsfähig? Ist die WVO strukturell nichtangriffsfähig? Was sind die Gründe für die jeweilige Einschätzung?

2. Welche Bedrohungsanalyse?

Welcher Zusammenhang besteht zwischen StruNA und der militärischen und politischen Bedrohungsanalyse? Kann der Bedarf an eigener Abwehrkapazität aus der Ermittlung des gegnerischen Potentials gefolgert werden, oder sind Annahmen über die konfliktpolitisch-strategischen Absichten und Doktrinen der Gegenseite unabdingbar?

3. Beidseitigkeit?

Verlangt StruNA die Beidseitigkeit? Ist insbesondere für die NATO eine möglicherweise mit struktureller Angriffsunfähigkeit verbundene Reduzierung eigener Abwehroptionen nur dann tragbar, wenn sich Offensivkapazitäten des Warschauer Vertrages entsprechend reduzieren?

4. Handeln? Verhandeln?

Vorausgesetzt, StruNA erfordert die Beidseitigkeit, verlangt der Übergang zur Strukturellen Nichtangriffsfähigkeit dann ebenfalls die Kooperation zwischen den Konfliktseiten? Muß sich eine solche Kooperation in verhandelten und vereinbarten Regelungen auf Gegenseitigkeit niederschlagen (Rüstungskontrollansatz), oder genügt ein wechselseitig gleichartiges Verhalten ohne förmliche Kodifikation (Gradualismus-Ansatz)? Ist StruNA auch unilateral-autonom durchführbar? Gibt es Maßnahmen, die einseitig durchgeführt (oder unterlassen) werden müssen?

5. Bündnis oder nationaler Alleingang?

Erfordert Strukturelle Nichtangriffsfähigkeit auf westlicher Seite den Bündniskonsens? Müssen alle Mitgliedsstaaten der NATO oder zumindest diejenigen, die in Mitteleuropa Truppen unterhalten, den entsprechenden Strategiewandel mitvollziehen und ihre Streitkräfte umrüsten? Lässt sich die Implementierung Struktureller Nichtangriffsfähigkeit auch im nationalen Alleingang der Bundesrepublik vorstellen? Ergeben sich aus der ungleichartigen Betroffenheit der Allianzmitglieder durch einen möglichen Krieg in Europa unterschiedliche Interessen an einer politischen Initiierung Struktureller Nichtangriffsfähigkeit?

6. Rolle der Bundesrepublik?

Welche Rolle fällt der Bundesrepublik bei der Realisierung von StruNA zu?

7. Welche kurzfristigen Veränderungen?

Welche Veränderungen im Sinne von StruNA sollten kurzfristig durchgeführt werden (mit Blick auf strategische Waffen, Mittelstreckenraketen, nukleare Gefechtsfeldwaffen, konventionelle Potentiale etc.)? Wie sind Vorschläge aus der aktuellen Diskussion zu beurteilen, z.B. atomwaffenfreie Zonen, Zonen verdünnter Bewaffnung usw.?

8. Welche Optimierung?

Wie ist die Optimierungsproblematik, resultierend aus den unter Punkt IV genannten Kriterien, zu beurteilen? Welche Prioritäten sind bei Konkurrenz der Kriterien untereinander zu setzen?

9. Ablösung der Abschreckung?

Was wären Schritte zur Veränderung der Abschreckungsstrategie in eine Abhaltestrategie?

10. Strukturveränderungen?

Sind Strukturveränderungen in den derzeitigen Pakten möglich, die weiterhin Effizienz gewährleisten, aber eine größere StruNA signalisieren, z.B. die Bildung gemischt-nationaler Kontingente oder z.B. die Aufgabe des nationalen Triade-Konzeptes unter Beibehaltung der Effektivität des Gesamtsystems, d.h. die zielgerichtete Spezialisierung und Arbeitsteilung der nationalen Streitkräfte derart, daß einzelstaatliche Aggressionen nach innen und außen unmöglich oder zumindest unkalkulierbar werden? Welche weiteren Beispiele sind denkmöglich und realisierbar?

11. Rolle der Atomwaffen?

Behalten Kernwaffen eine Restfunktion im Rahmen Struktureller Nichtangriffsfähigkeit? Wenn ja, werden sie als "politische" Waffen ohne militärisch definierte Rolle verstanden, oder sind ihnen innerhalb eines Verteidigungsszenariums konkrete Aufgaben zugewiesen? Um welche Kategorien, welche Anzahl und welche prospektiven Stationierungsräume handelt es sich gegebenenfalls?

12. Alternativmodelle?

Wie sind die bereits vorliegenden Alternativmodelle zu beurteilen? Welches der Modelle kommt dem StruNA-Ansatz am nächsten? Warum?

13. Akzeptanz und Trägerschaft?

Wovon wird die politisch-gesellschaftliche Akzeptanz des Konzepts Struktureller Nichtangriffsfähigkeit bestimmt? Muß es vorrangig einer streng rationalen Zweck-Mittel-Analyse standhalten, d.h. sicherheitspolitische Eliten überzeugen, oder ist sein wichtigster Adressat die durch die Glaubwürdigkeitskrise der nuklearen Abschreckung verunsicherte allgemeine politische Öffentlichkeit?

Teilnehmer der Anhörung "Konventionelle Stabilität" am
2./3.7.1987:

- Dr. H. Afheldt, Arbeitsgruppe Afheldt in der Max-Planck-Gesellschaft, Starnberg
- G. Baechler, Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH), Hamburg
- Bundesminister a.D. E. Bahr, IFSH, Hamburg
- Prof. Dr. E. Boeker, Vrije Universiteit, Amsterdam, Niederlande
- Fregattenkapitän J. Born, Zentrum Innere Führung, Koblenz
- Bundesminister a.D. Dr. A. von Bülow, Bonn
- Prof. Dr. A. Buro, Johann-Wolfgang-von-Goethe-Universität, Frankfurt
- Hauptmann i.G. L. Dünne, IFSH, Hamburg
- Dr. H. Fernau, Institut für militärische Sicherheitspolitik, Landesverteidigungsakademie, Wien, Österreich
- N. Fiorenza, B.A., M.A., IFSH, Hamburg
- Oberst a.D. H. Funk, Bonn
- Hauptmann H.W. Ganser, Hamburg
- Generalmajor a.D. Dr. J. Gerber, Koblenz
- Oberstleutnant a.D. N. Hannig, Friedrichshafen
- Chr. Harder, IFSH, Hamburg
- Korvettenkapitän Dr. D. Hartwig, Führungsakademie der Bundeswehr, Hamburg
- Prof. Dr. R. Huber, Hochschule der Bundeswehr München, Neubiberg
- Prof. Dr. W. Jung, Berlin
- Generalmajor a.D. J. Löser, Sachrang
- Dr. Dieter S. Lutz, IFSH, Hamburg
- Dr. E. Müller, IFSH, Hamburg
- Dr. A.A.C. von Müller, Arbeitsgruppe Afheldt in der Max-Planck-Gesellschaft, Starnberg
- Dr. R. Mutz, IFSH, Hamburg
- Oberstleutnant W. Nolte, Führungsakademie der Bundeswehr, Hamburg
- T. Schultz, IFSH, Hamburg
- Fregattenkapitän M. Tetzlaff, Bundesministerium der Verteidigung, Bonn
- Kapitänleutnant H. Wichmann, Führungsakademie der Bundeswehr, Hamburg
- Dr. P. Wilke, Universität Hamburg
- Hauptmann U. Ziesak, Flensburg

Leitfragen der Tagung:

1. Konventionelle Stabilität?

Was heißt Konventionelle Stabilität, wie könnte eine Definition lauten? Welche militärischen Elemente müßte sie enthalten?

2. Welche Waffensysteme?

Welche Waffensysteme müßten vorrangig abgezogen/vernichtet werden, um Konventionelle Stabilität herzustellen; welche Auswirkungen hat das konkret für die WVO, welche für die NATO?

3. Schadensminimierung?

Wie ist das Problem der Schadensminimierung auf dem eigenen Territorium zu bewältigen (insbesondere mit Blick auf die Müller'schen Vorschläge)?

4. Triade-Ebenen aufgeben?

Ist über die Aufgabe einzelner Waffenkategorien hinaus der Wegfall ganzer nationaler Triade-Ebenen denkbar? (Unter Ein-schluß des Aspektes einer größeren Arbeitsteilung im jeweiligen Bündnis, also Ersatz von Triade-Ebenen durch andere Bündnispartner.)

5. Phasen-Modelle?

Wie könnte ein Phasen-Modell Konventioneller Stabilität aussehen?

(Z.B.:

Phase 1: Doppelte Null-Lösung;

Phase 2: Zonenmodell/atomwaffenfreier Korridor, chemiewaffen-freie Zone, panzerfreie Zone;

Phase 3: (Zwischenphase): Vorschläge Müller bzw. Wegfall von Triade-Ebenen;

Phase 4: Umstrukturierung der Streitkräfte / Strukturelle Nichtangriffsfähigkeit).

5.2. Wissenschaftliche Kontakte des IFSH - eine Auswahl

- Akademie der Wissenschaften, Berlin, DDR
- Amerika-Haus, Hamburg
- American Institute for Contemporary German Studies, The Johns Hopkins University, Washington, USA
- Arbeitsgruppe für Friedensforschung, Universität Tübingen
- Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung (AFK)
- Arbeitskreis Marburger Wissenschaftler für Friedens- und Abrüstungsforschung, Marburg/Lahn
- Arbeitsstelle Friedensforschung Bonn (AFB)
- Auswärtiges Amt, Bonn
- Berghof-Stiftung, Berlin
- Birkbeck-College, University of London, Großbritannien
- Brookings Institution, Washington, USA
- Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln
- Bundesministerium der Verteidigung (BMVg), Bonn
- Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn
- Center of Peace and Conflict Research at the University of Copenhagen, Dänemark
- Centre Interdisciplinaire de Recherches sur la Paix et d'Etudes de Sécurité (CIRPES), Paris, Frankreich
- Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik, Bonn
- Deutsche Vereinigung Politischer Wissenschaften, Hamburg
- Ernst-Moritz-Arndt-Universität, Greifswald, DDR
- European Institute for Security, Luxemburg
- Federation of American Scientists (FAS), Washington, USA
- Forschungsinstitut für Friedenspolitik e.v. Starnberg
- Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft (FEST.), Heidelberg
- Freie Universität Berlin (FU)
- Friedrich-Ebert-Stiftung (FES), Bonn
- Führungsakademie der Bundeswehr (FüAk), Hamburg
- Hamburger Weltwirtschaftsarchiv (HWWA), Hamburg
- Hans-Böckler-Stiftung (HBS), Düsseldorf
- Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK), Frankfurt
- Humboldt-Universität zu Berlin, DDR
- Innovations- und Technologieberatungsstelle, IG-Metall
- Institut Français des Relations Internationales (IFRI), Paris, Frankreich
- Institut für Internationale Politik und Wirtschaft (IPW), Berlin, DDR
- Institut für Lehrerfortbildung, Hamburg
- Institut für Marxistische Studien und Forschungen e.V. (IMSF), Frankfurt
- Institute for Policy Studies (IPS), Washington, USA
- Institute for World Policy, New York, USA
- Institute of Peace Research and Action (IPRA), London, Großbritannien
- Inter Nationes, Hamburg
- International Institute for Strategic Studies (IISS), London, Großbritannien

- International Institute for Strategic Studies (IISS), London, Großbritannien
- IPSA Research Committee on Political Education, University of Ottawa, Kanada
- King's College, Department of War Studies, London, Großbritannien
- Landesverteidigungsakademie, Wien, Österreich
- Landeszentrale für politische Bildung, Hamburg
- Massachusetts Institute of Technology (MIT), Cambridge, USA
- Max-Planck-Gesellschaft, Arbeitsgruppe Afheldt, Starnberg
- Max-Planck-Institut für Ausländisches Öffentlichkeitsrecht und Völkerrecht
- MacArthur-Foundation, Chicago, USA
- Naturwissenschaftler für den Frieden, Hamburg
- Österreichisches Institut für Friedensforschung, Stadtschlaining, Österreich
- Ostkolleg, Köln
- Pädagogisch-Theologisches-Institut (PTI), Hamburg
- Peace Research Institute Oslo (PRIO), Norwegen
- Sozialwissenschaftliches Institut der Bundeswehr (SOWI), München
- Stiftung Volkswagen-Werk, Hannover
- Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Ebenhausen
- Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI), Stockholm, Schweden
- Tampere Peace Research Institute (TAPRI), Finnland
- Transnational Institute (INI) Amsterdam, Niederlande
- UNESCO-Institut für Pädagogik, Hamburg
- Universität der Bundeswehr, Hamburg
- Universität der Bundeswehr, München
- University of St. Louis, Missouri, USA
- Verein für Friedenspädagogik, Tübingen
- Vereinigung Deutscher Wissenschaftler (VDW)

5.3. Resonanz in der Presse - Eine Auswahl

DGB hängt nicht an Arbeitsplätzen der Rüstungsindustrie

Gewerkschaften wollen alternative Produktionen fördern

Mit Hamburger Friedensforschern Untersuchung veröffentlicht

Von unserem Korrespondenten Martin Winter

BONN, 14. April. Nicht jeder Arbeitsplatz, sagte Ilse Brusis vom DGB-Bundesvorstand, sei es wert, „erhalten zu werden“. Jeder Arbeitsplatz, der durch Abrüstung in der Rüstungsindustrie verlorengehe, sei ein Fortschritt. Die Gewerkschafterin wandte sich am Dienstag in Bonn nachdrücklich gegen die Auffassung, daß die Gewerkschaften sich aus Arbeitsplatzgründen vor den Karren der Rüstungsindustrie spannen ließen. Gemeinsam mit Egon Bahr, dem SPD-Politiker und Direktor des Institutes für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg, stellte sie eine Untersuchung „Alternative Produktion statt Rüstung“ vor, die die Hamburger Forscher im Auftrag der Gewerkschaften erstellt haben und die jetzt im gewerkschaftseigenen Bund-Verlag erschienen ist.

Anstoß zu dieser Untersuchung war der Wunsch der IG-Metall aber auch, wie Brusis sagte, von „Betriebsräten aus dem Rüstungsbereich“ die Möglichkeiten zu erforschen, Waffenproduktion auf zivile Güter umzustellen. Die Zeit für solche „Konversionsstrategien“ nannte Bahr be-

sonders gut, nachdem die Sowjetunion zu erkennen gegeben habe, daß sie zur Abrüstung nicht nur im atomaren, sondern auch im konventionellen Bereich bereit sei. Der Bundesregierung warf er vor, „auf dem Gebiet der Abrüstung nichts“ zu tun und keinerlei Überlegungen über eine Umwandlung der Rüstungsproduktion angestellt zu haben.

Auch die Autoren der Studie, Herbert Wulf und Peter Wilke, kommen zu dem Schluß, daß „Rüstungsindustrie und Regierung nicht einmal gedanklich auf die Verminderung der Rüstung eingestellt“ seien. So plane die Bundesregierung, die Bundeswehr bis zum Jahr 2000 für 250 Milliarden Mark mit neuen Waffen zu versehen und zu modernisieren. Nach Berechnungen der Wissenschaftler würde der Betrag durch Inflation und Kostensteigerungen in Wirklichkeit aber doppelt so hoch sein.

Den rund 290 000 Beschäftigten in der Rüstungsindustrie tut die Regierung nach Meinung des Hamburger Instituts mit dieser Politik keinen Gefallen. Die schon jetzt vorhandenen Überkapazitäten würden nicht in zivile und gesell-

schaftspolitisch sinnvolle Arbeitsplätze umgewandelt, sondern der Waffenexport werde ausgedehnt. In Europa seien inzwischen rund 350 000 Beschäftigte nur vom Rüstungsexport und damit „von den Kriegen in der Dritten Welt abhängig“.

Was an Milliarden in die Rüstung fließe, fehle, sagte Egon Bahr, bei der Bewältigung der „großen Aufgaben des Überlebens der Menschheit“: der Beherrschung der Bevölkerungsexplosion, der Erhaltung der Umwelt und der Sicherung der Atmosphäre. Allein für einen sinnvollen Umweltschutz rechnen die Hamburger Forscher mit einem „langfristigen Investitionsbedarf“ von mehr als 700 Milliarden Mark. Bei einem Einfrieren der Rüstungsausgaben auf dem heutigen Stand lassen sich nach Berechnungen des Instituts rund 50 Milliarden einsparen. Mittel, die in den Umweltschutz gesteckt werden könnten und nicht nur aus Rüstungsarbeitsplätzen zivile machen, sondern auch zusätzliche Arbeitsplätze schaffen könnten.

Eine Umstellung der Rüstungsproduktion auf zivile Güter könne aber nicht der Industrie allein überlassen bleiben, son-

dern müsse von Staat, Industrie und Arbeitnehmern gemeinsam betrieben werden. Um die Produktion umstellen zu können, ohne Arbeitsplätze zu gefährden, forderten Wulf und Wilke die Erarbeitung von „Umstellungsplänen“. Es solle ein „Konversionsfonds“ eingerichtet werden, der Planung und Durchführung solcher Umstellungen gewährleistet. Die Größe des Fonds hänge „von dem Maß der Abrüstung“ ab. Die Wissenschaftler halten eine erste Ausstattung mit 40 Milliarden Mark, der Einsparung beim Einfrieren der Rüstung in den kommenden fünf Jahren, für realistisch.

Die Studie der Hamburger ist für die Gewerkschaften keine Einzelaktion. Wie Brusis mitteilte, werden derzeit vierzehn Forschungsprojekte von der Hans-Böckler-Stiftung des DGB gefördert, die sich mit einer alternativen Produktion „auch im Bereich der konventionellen Rüstung befassen“. Wer solche Konversionsstrategien als „linke Spinnerei“ abtue, der bezeuge eine „unterentwickelte politische Kultur“. Bei der Umwandlung der Rüstungsindustrie gehe es für die Arbeitnehmer um „Butter statt Kanonen“.

Friedensforscher legen gemeinsames Gutachten vor

„Eine historische Chance zur Abrüstung“

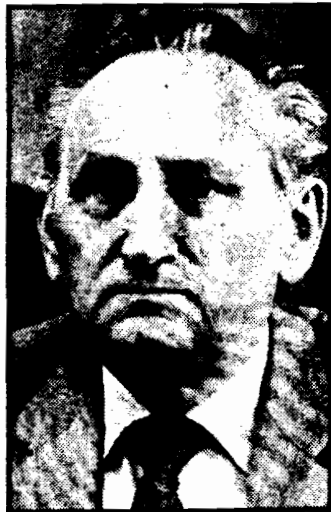
ap Bonn – Das Jahr 1987 bietet „die historische Chance“, zum erstenmal in der Geschichte des nuklearen Rüstungswettlaufs durch ein Abkommen über Mittelstreckenraketen modernste Waffen zu verschrotten und damit die Voraussetzung für einen

Konfliktforschung in einem gemeinsamen „Friedensgutachten 1987“, das Vertreter der drei Institute gestern in Bonn vorgestellt haben.

In dem Gutachten wird auf 250 Seiten in 17 Einzelanalysen die Entwicklung des Ost-West-Verhältnisses dargestellt. Darüber hinaus geben die Institute Einschätzungen und Empfehlungen.

Nach Angaben von Gert Krell von der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung in Frankfurt soll die gemeinsame Arbeit der drei Institute weitergeführt werden, so daß möglicherweise künftig in jedem Jahr ein solches Gutachten veröffentlicht wird. Der SPD-Politiker Egon Bahr, Leiter des Hamburger Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik, sagte, das Gutachten sei zur objektiven Information nicht nur von Fachleuten, sondern auch von interessierten Laien gedacht.

In ihrem Papier unterstreichen die Autoren die „besondere Verpflichtung“ der beiden deutschen Staaten, den Übergang von der Konfrontation zur Kooperation durch eigene Initiativen zu fördern. Dabei könne es sich nicht um einen deutschen Sonderweg handeln, sondern nur um Anregungen, die im Rahmen der Bündnisse wirksam sein könnten. Die Bundesrepublik solle ihren Einfluß im westlichen Bündnis in einer Weise geltend machen, „die jeden Zweifel an ihrer gleichberechtigten Mitgliedschaft ausschließt“.



Egon Bahr fordert unter anderem gemeinsame Initiativen der Bundesrepublik und der „DDR“ im Abrüstungsdialog

schrittweisen Abbau aller anderen Waffen im atomaren, chemischen und konventionellen Bereich zu schaffen.

Zu dieser Einschätzung kommen das Hamburger Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik, die Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft und die Hessische Stiftung Friedens- und

Forscher fordern radikale Wende in der atomaren Rüstung

Ein gemeinsames Gutachten dreier Institute sieht Ost und West
jetzt unter großem Zeitdruck / Von Detlef Puhl

Auch in den Fragen von Krieg und Frieden soll die politisch interessierte Öffentlichkeit nicht mehr auf wissenschaftlichen Rat verzichten müssen, wie ihn beispielsweise die wirtschaftlichen Forschungsinstitute alljährlich für den Bereich der Wirtschafts- und Konjunkturpolitik geben. Erstmals haben die drei unabhängigen Friedensforschungsinstitute in der Bundesrepublik jetzt ein gemeinsames „Friedensgutachten 1987“ erstellt. Darin analysieren die Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung in Frankfurt (HSFK), das Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH) und die Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft in Heidelberg (FEST) die wichtigsten Aspekte der Sicherheitspolitik und geben Empfehlungen für die Bundesregierung. Die Wissenschaftler, die Alternativen zur traditionellen Sicherheitspolitik aufzeigen wollen, stellen sich vor, ein solches Gutachten in regelmäßigen Abständen zu erarbeiten.

In einem speziell dem Rüstungswettlauf gewidmeten Beitrag weist das Gutachten darauf hin, daß für die Strategie der (gegenseitigen) gesicherten Zerstörung (Mutually Assured Destruction, MAD) nur ein Bruchteil der von beiden Supermächten angehäuften Atomwaffenpotentiale ausreichen würde. Gegenwärtig wird die Zahl der atomaren Sprengköpfe auf Seiten der USA auf rund 13 000, auf sowjetischer Seite auf etwa 11 000 geschätzt. Strategischen Sinn habe der Einsatz dieser Atomwaffen aber nur, wenn das gegnerische Potential auf Null gebracht werde, schreiben die Forscher, weil etwa verbleibende Sprengköpfe

wegen ihrer enormen Zerstörungskraft weiterhin untragbare Verluste in Aussicht stellten. Mit der deshalb zunehmenden Zielgenauigkeit der Raketen und dem eventuellen Aufbau von Abwehrsystemen geraten die entscheidenden Politiker in Washington und Moskau nach Meinung der Wissenschaftler aber unter immer größeren Zeitdruck, der die Eskalation einer Krise eher begünstige, anstatt sie zu dämpfen. Deshalb fordert das Gutachten für die gegenwärtigen Tendenzen in der atomaren Rüstung eine radikale Wende, etwa indem die Waffenpotentiale zunächst auf dem gegenwärtigen Stand eingefroren würden.

Großen Wert legen die Friedensforscher auf Einschnitte in der konventionellen Rüstung. Hier sei die Fähigkeit der Warschauer-Pakt-Truppen zur Offensive in den 70er Jahren gewachsen. Dennoch sei die Nato nach den 1977 beschlossenen Modernisierungen durchaus in der Lage, eine angreifende erste Staffel der Warschauer-Pakt-Streitkräfte abzuwehren, wovon man übrigens auch im Nato-Hauptquartier noch ausgeht. Der Osten wäre also gezwungen, auch die zweite Staffel zu mobilisieren und in die Nähe des Kriegsschauplatzes zu verlegen, wenn er sich Erfolgsaussichten von einem Angriff auf Westeuropa versprechen wolle. Das aber lasse der Nato etwa 14 Tage Zeit, entsprechend zu reagieren. Für viel wahrscheinlicher als einen direkten Angriff halten die Gutachter deshalb auch einen „Krieg aus Versehen“, der aus außereuropäischen Gegenden auf Mitteleuropa übergreife.

Neue militärische Konzepte im Westen wie im Osten steigerten derweil die Gefahr

eines Mobilisierungswettlaufs. Hinzu komme, daß die moderne Waffentechnologie es immer schwieriger mache, zwischen konventionellen und „nuklearfähigen“ Waffen zu unterscheiden. Damit steige wiederum die Unsicherheit, ob die andere Seite nicht auch auf dieser Ebene doch zum Erstschatz fähig sei. Dies trägt nach dem Urteil der Wissenschaftler dazu bei, eine Krise zu schüren, nicht aber sie zu begrenzen. Es müßten also Maßnahmen getroffen werden, die diese Risiken mindern. Die Gutachter schlagen in diesem Zusammenhang vor, etwa die Einsatzbereitschaft der grenznah stationierten Verbände zu verringern, um so die Warnzeiten zu verlängern. Auch eine Rückverlegung von Pionierverbänden erscheint ihnen sinnvoll.

Für sehr wichtig halten die Wissenschaftler außerdem eine Ausdehnung der Rüstungskontrolle auf die Seestreitkräfte. Hier rüsten beide Supermächte kräftig auf. Die US-Marine beispielsweise wird bis Ende kommenden Jahres 4000 Marschflugkörper auf Kampfschiffen montiert haben. Die Sowjetunion verfügt über doppelt so viele Abschußsysteme in ihrer Marine; drei Viertel dieser Geschosse sind ebenfalls mit Atomsprengköpfen bestückt. Die Waffentechnologie wird überdies nicht nur die Grenzen zwischen Waffenkategorien, sondern auch zwischen Land- und Seekrieg immer mehr verwischen. Ein Atomwaffeneinsatz erscheint den Forschern im Seekrieg unter diesen Bedingungen unausweichlich, was den Atomwaffeneinsatz an Land geradezu erzwingt. Wenn der Westen anbiete, die seit 1982 in die strategische Nato-Planung eingegangene offensive Ma-

rine-Strategie der USA zurückzunehmen, könnte daraus ein Anreiz für Verhandlungen entstehen, in denen der Warschauer Pakt von seiner Offensivstrategie in Mitteleuropa abrücken könnte.

In allgemein gehaltenen Empfehlungen sprechen sich die Institutsleiter Gert Krell, Egon Bahr und Klaus von Schubert in ihrem Gutachten dafür aus, Abrüstung durch Zusammenarbeit zwischen Nato und Warschauer Pakt zu fördern, weil dies im europäischen Interesse liege. Erwünscht sei auch eine Einigung der beiden Supermächte über eine Verringerung der strategischen Waffensysteme. Die Forscher befürworten eine weiterhin strikte Auslegung des ABM-Vertrags über eine Begrenzung von Raketenabwehrsystemen und empfehlen einen umfassenden Atomteststopp. Für ein weltweites Verbot chemischer Waffen sehen die Autoren jetzt bessere Aussichten, plädieren aber für eine chemiewaffenfreie Zone in Europa, wenn es nicht in absehbarer Zeit zu dem weltweiten C-Waffen-Verbot kommt. Bei den Atomwaffen kürzerer Reichweite treten die Forscher für eine Null-Lösung bei den landgestützten Raketenystemen auch im Bereich von 150 bis 500 Kilometern Reichweite ein. Zugleich fordern sie drastische Einschnitte bei den konventionellen Waffen. Die beiden Bündnissysteme sollten auf ein von beiden Seiten akzeptiertes Kräfteverhältnis und den Verzicht auf Angriffsfähigkeit zusteuern. Bei konventioneller Stabilität haben nach Ansicht der Wissenschaftler die atomaren Gefechtsfeldwaffen keine Funktion mehr und könnten vollständig entfernt werden.

Sicherheit durch Nichtangriffsfähigkeit?

Wissenschaftler, Politiker und Militärs diskutierten im Hamburger Institut für Friedensforschung

Hamburg. „Angriff ist die beste Verteidigung“, so heißt es schon fast sprichwörtlich. Und Militärexperten sind sich einig, daß nur die Seite, die das Überraschungsmoment des Angriffs für sich nutzen kann, eine Chance auf den Sieg hat. So herrscht die groteske Situation, daß, obwohl Ost und West jegliche Angriffsabsichten verneinen, eine Seite sich zum Angriff genötigt sehen könnte.

Einen Weg aus dieser bedrohlichen Sackgasse zu finden, ist das Ziel jener über 30 Wissenschaftler, Politiker und Militärs, die jetzt am Hamburger Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik (IFSH) tagten. „Strukturelle Nichtangriffsfähigkeit“ war dabei das „Zauberwort“. Im engeren Sinne meint dieser Begriff Streitkräfte, die so gestaltet sind, daß ihnen die Fähigkeit zum Angriff abgeht, die aber in der Lage sind, das eigene Territorium zu verteidigen oder wieder freizukämpfen.

Vor dem Hintergrund von Veränderungen in der Sowjetunion wurde nicht theoretisch diskutiert. Im Mittelpunkt stand ein Vorschlag von Andreas von Bülow, Leiter der Sicherheitspolitischen Kommission der SPD. Dieser nach Gesprächen im Osten entstandene Vorschlag sieht vor, die Anzahl der Panzer auf beiden Seiten auf 5000 zu reduzieren (die Zahl stammt von einem sowjetischen Gesprächspartner), beiderseits der Grenze einen panzerfreien Korridor zu schaffen (das heißt, die Offensivkräfte zurückzunehmen und damit einen Überraschungsangriff zu erschweren, die rein defensiven Kräfte wie Panzerabwehrwaffen an den Grenzen zu stärken, die atomaren Gefechtsfeldwaffen zu verschrotten und bei den Mittel- und Kurzstreckenraketen zu einer Null-Lösung zu kommen. „Die Verände-

rungen auf der anderen Seite eröffnen viele Möglichkeiten“, gab sich von Bülow optimistisch.

„Beidseitige Schritte in Richtung auf den Bülowischen Vorschlag sollten jetzt möglich sein“, betonte Dieter S. Lutz vom IFSH. Er räumte aber auch ein, daß eine Verwirklichung dieser Ideen noch nichts mit „struktureller Nichtangriffsfähigkeit“ zu tun hätte. Es bestehe sogar eine gewisse Gefahr darin, wenn diejenigen, die weitergehende Konzepte entwickeln sollten, sich auf pragmatische Lösungen einließen. Andererseits sei es positiv, daß die Denkfähigkeit von Bülows einigungsfähig gewesen sei. Denn, so Lutz, „die Richtung stimmt.“

Oberstleutnant Wilhelm Nolte von der Führungsakademie der Bundeswehr fand es besonders bemerkenswert, daß alternative Vorschläge langsam Fuß fassen. „Ihre Vertreter werden heute nicht mehr belächelt. Insofern hat die Friedensbewegung auch in die Bundeswehr hineingewirkt und sie sensibilisiert.“

Noltes Vorstellungen gehören in eine Reihe mit von aktiven und ehemaligen Militärs entwickelten Konzepten von einer Bundeswehr, die – unabhängig von dem im Grundgesetz niedergelegten Willen dazu – ausschließlich zur Verteidigung in der Lage ist. Dabei setzt sein Konzept nicht nur Veränderungen im militärischen Bereich voraus. Der Abbau von Feindbildern durch Friedenserziehung gehört genauso dazu wie eine Umstrukturierung und Verkleinerung der Rüstungsindustrie.

Von einer öffentlichen Diskussion ihrer Ideen erhoffen die Wissenschaftler, Politiker und Militärs einen Druck auf die Verantwortlichen, damit diese beginnen, den Frieden etwas sicherer zu machen.

Kai Fabig

Frieden schaffen mit

„Strukturelle Nichtangriffsfähigkeit“: ein Konzept der Abrüstung durch Umrüstung zwischen dem stellvertretenden Direktor des Bahr-Instituts in Hamburg,

Von Dieter S. Lutz

In seiner Tischrede zu Ehren Erich Honeckers am 7. September 1987 sagte Richard von Weizsäcker unter anderem:

„Wir wollen und wir können von deutschem Boden aus im Interesse aller europäische Spannungen mindern, Vertrauen in Europa wachsen lassen, auf gegenseitige strukturelle Nichtangriffsfähigkeit hinwirken, systemöffnende Zusammenarbeit fördern.“

Die Kindheit eines Wortmonsters

Mit dieser Tischrede des Bundespräsidenten fand erstmals ein Begriff Eingang in die offizielle Sprachregelung bundesdeutscher Politik, der bislang als „SPD-besetzt“ galt und entsprechend bekämpft wurde: „Strukturelle Nichtangriffsfähigkeit“ (StruNA).

Soweit ersichtlich wurde der Begriff Strukturelle Nichtangriffsfähigkeit erstmals 1982/83 in den Diskussionen am Max-Planck-Institut für Physik und Astrophysik in München benutzt. Gedacht war er zunächst als vorläufiger Arbeitsbegriff für die wissenschafts- und institutsin-

terne Debatte. An die weitere Öffentlichkeit gelangte der Begriff Anfang Juli 1983 vor allen Dingen über den Physiker Hans-Peter Dürr.

Strukturelle Nichtangriffsfähigkeit liegt vor, wenn Streitkräfte der militärischen Abhaltung der effizienten Verteidigung dienen, aber eine Aggression erkennbar nicht zulassen.

Gleichwohl wäre der ungeliebte Arbeitstitel zumindest als Begriff wieder in der Versenkung des wissenschaftlichen Elfenbeinturms verschwunden, hätte sich seiner nicht eine der großen bundesdeutschen Volksparteien — die SPD — bedient und letztlich popularisiert: Auf den Begriff aufmerksam geworden war in der SPD wohl als erster ihr Bundesgeschäftsführer Peter Glotz. Aus Diskussionen im Rahmen des Kulturforums der SPD 1983 übernahm er den Begriff und veröffentlichte ihn zu Beginn 1984 unter dem Stichwort „Prinzipien defensiver Strategie“ in seinem Buch „Die Arbeit der Zuspitzung“.

In die Terminologie der SPD

erst einmal eingeführt, war es von den Diskussionen des Kulturforums um Peter Glotz zu den Überlegungen der Arbeitsgruppe „Neue Strategien“ um Egon Bahr und damit zur Beschlußfassung durch die Partei nur noch ein kurzer Schritt. Als Durchbruch in diesem Sinne kann der Essener Parteitag vom 17. bis 21. Mai 1984 angesehen werden: Mit großer Mehrheit diskutierte und beschloß die SPD die in Form eines Leitantes eingetragenen und um weitere Anträge ergänzten Vorschläge der Arbeitsgruppe, darunter auch die Forderung nach Struktureller Nichtangriffsfähigkeit.

Allgemein — das heißt sowohl in weiten Teilen der Gesamtpartei als auch in der Kommission Sicherheitspolitik beim SPD-Parteivorstand — wurde der Beschluß des Essener Parteitages als Auftrag zur weiteren konzeptionellen Ausformung der Idee Gemeinsamer Sicherheit und insbesondere zur Konkretisierung des Gedankens der Strukturellen Nichtangriffsfähigkeit interpretiert. Abgeschlossen wurde der Auftrag bislang allerdings wegen der parteiinternen Querelen, politischen Differenzen und letztlich auch Ei-

ganz anderen Waffen?

*oder eine technische Scheinlösung für ein politisches Problem? / Eine Debatte
Dieter S. Lutz, und dem Grünen Bundestagsabgeordneten Alfred Mechtersheimer*

fersüchtelten nicht. Erst letzte Woche wieder „platzte“ eine als wichtig empfundene Sitzung der mittlerweile eingerichteten Arbeitsgruppe „Stabilität in Europa“.

Eine „verständige Definition“

Festgehalten werden muß deshalb, daß auch nach mehrjähriger Diskussion ein definitorisches und konzeptionelles Defizit besteht, das heißt, daß nach wie vor nicht abschließend geklärt ist, was Strukturelle Nichtangriffsfähigkeit heißt. Festgehalten werden könne andererseits eine ganze Reihe von Kriterien und Funktionsmerkmalen, die mittlerweile mit StruNA verbunden werden und die folgende vorläufige Definition von StruNA zulassen: Strukturelle Nichtangriffsfähigkeit liegt vor, wenn Streitkräfte der militärischen Abhaltung und gegebenenfalls effizienten Verteidigung dienen, nach Organisation, Struktur, Bewaffnung und Strategie aber eine militärische Aggressionserkennbar nicht zulassen.

Zu den Definitionskriterien und Funktionsmerkmalen selbst gehören:

- die Bedrohungsvermeidungsfunktion,
- die Verteidigungs- und Abwehrfunktion,
- die Stabilitätsorientierung,
- die Abhaltungsfunktion,
- die Schadensminimierungsbzw. Schutzfunktion,
- die Abrüstungsorientierung,
- der Strukturcharakter,
- die Autonomie-Option.

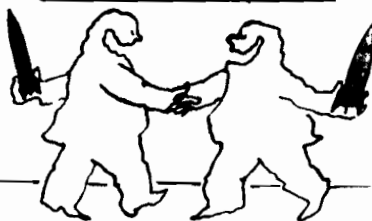
Inshesondere das letztgenannte Element, die Durchführung einseitiger (autonomer) Abrüstungs- und Umrüstungsschritte, war allerdings lange Zeit heftig umstritten. Heute spielt die Autonomie-Option in der StruNA-Diskussion angesichts des veränderten Ost-West-Klimas keine Rolle mehr. Das Problem ist mittlerweile nicht, ob und mit welchen Schritten der Westenseitig vorausgehen kann und soll. Das Problem ist vielmehr, die NATO-Mitglieder, darunter die Bundesrepublik, zu bewegen, auf die zwischenzeitlich vorgelegten, weitreichenden Vorschläge der Sowjetunion und der Warschauer Vertragsorganisation zu reagieren. Zu diesen Vorschlägen gehört z. B. auch das Angebot des Generalsekretärs der KPdSU Gorbatschow zur Schaf-

fung einer „Struktur der Streitkräfte der Staaten, die ausreichend ist für die Abwehr einer Aggression, aber nicht für die Führung von Angriffshandlungen. Der erste Schritt dazu ist der kontrollierte Abzug von Kern- und anderen Offensivwaffen von den Grenzen mit nachfolgender Schaffung militärisch verdünnter Streifen und entmilitarisierter Zonen zwischen den potentiellen, sagen wir, Gegnern.“

Was in diesem Angebot schon mit zum Ausdruck kommt, aber auch in einer Reihe von Überlegungen westlicher Stimmen — unter anderem aus der Bundesrepublik — gefordert wird, ist die spezifische Charakterisierung der Struktur von StruNA. Mit hoher Wahrscheinlichkeit wird Strukturelle Nichtangriffsfähigkeit als ein Konzept Defensiver Zonen realisiert werden. Die erste Phase eines solchen Konzeptes könnte aus heutiger Sicht wie folgt aussehen:

- Einrichtung chemiewaffenfreier Zonen,
- Einrichtung eines Atomwaffenfreien Korridors,
- Einführung panzerfreier Zonen.

S E R I E



Abrüstung oder Umrüstung

taz-Rüstungsserie, 12.

Das INF-Abkommen hat in den Köpfen von Kriegs- und Friedensbewegten einiges in Bewegung kommen lassen. Nicht nur jenseits des Atlantiks (vergl. taz vom 16.11.87) wird darüber nachgedacht, welche Konsequenzen sich für die konventionelle Verteidigung aus dem Vertrag, der am 7. Dezember unterzeichnet werden soll, ergeben.

Plötzlich finden auch Ideen breiteres Gehör, die im Umfeld der Friedensbewegung entstanden. Das Konzept der „Strukturellen Nichtangriffsfähigkeit“ fand gar Aufnahme in den Wortschatz des Bundespräsidenten. Hoffentlich nicht nur deshalb, weil es so simpel erscheint: Wenn keine Waffen zu einem Angriff dienen können, könnte auch kein Krieg geführt werden. Logisch. Aber welche Waffe taugt nicht stets auch zum Angriff, der doch die beste Verteidigung ist?

Dieter S. Lutz ist stellvertretender Direktor des SPD-nahen Hamburger „Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik“. In seinem Beitrag entwickelt er eine weite Definition der Nichtangriffsfähigkeit: Der Verzicht auf Bedrohung und die Autonomie der Militärstrategie gehören notwendig dazu, eine defensive Zone zwischen den Blöcken ohne Panzer, Atom- und chemische Waffen wäre für Lutz ein erster Schritt zur Nichtangriffsfähigkeit. Alfred Mechttersheimer, Bundestagsabgeordneter der Grünen und Leiter des „Friedensinstituts“ in Starnberg, bezweifelt, daß es eine technokratische Lösung für ein politisches Dilemma geben kann. Auch „Abrüstung und Umrüstung“ entginge nicht der Logik des Krieges: Jede Form der Verteidigung muß den Sieg über den Gegner, also seine Vernichtung, möglich machen.

Von Alfred Mechttersheimer

Bis 1986 gab es in der kritischen Öffentlichkeit über die Abrüstungspolitik ein klares Verdikt: die Verhandlungen der Supermächte führen allenfalls zu gegenseitig vereinbarter Aufrüstung, sind Bestandteil des Wettrüstens und ansonsten Opium für die Weltöffentlichkeit.

Als Reaktion auf diese jahrzehntelange Ergebnislosigkeit entwickelte die kritische Friedensforschung in den siebziger Jahren Modelle, um die offenkundig nicht reduzierbaren Rüstungen wenigstens qualitativ so zu verändern, daß die Armeen weniger angriffstauglich und damit für den Gegner weniger bedrohlich werden. Im Vordergrund stand die Suche nach größerer Stabilität, das Niveau der Rüstung war weniger wichtig. Es handelt sich bei diesen Konzepten nicht um Abrüstungs-, sondern um Umrüstungsmodelle.

Seit Reykjavik haben sich die Aussichten für wirkliche Abrüstung in mehreren relevanten Sektoren grundsätzlich verbessert. Deshalb stellen sich heute vor dem Hintergrund der eingeleiteten nuklearen und der wahrscheinlich gewordenen konventionellen Abrüstung an die Defensivkonzepte neue Fragen. Dies gilt auch und gerade für das Konzept von der „Strukturellen Nichtangriffsfähigkeit“.

1. Der Gedanke, die vorhandenen Armeen zu angriffsuntauglichen Instrumenten umzugestalten, hat zunächst einen erheblichen Reiz, weil, würde dies für

alle Armeen z. B. in Mitteleuropa Gültigkeit haben, die Begründung für ihre Existenz entfielen (sieht man von der Funktion von Streitkräften für die innere Sicherheit und die Aufrechterhaltung von Hegemonien einmal ab). Wäre eine solche Umstrukturierung der Verbände der NATO und des Warschauer Paktes durch ein Abkommen zu realisieren, wäre dieses Konzept ein Abrüstungsverfahren.

Weil aber nicht zu erwarten ist, daß z. B. die Vereinigten Staaten ihre nach Europa entsandten Divisionen zu entpanzerten Heimatverteidigungstruppen umrüsten werden, und ähnliches auch nicht von den sowjetischen Divisionen in der DDR und in der CSSR angenommen werden darf, wird dieser Aspekt bei den hier angestellten Überlegungen vernachlässigt. Aber auch als einseitige Maßnahme hat die Thematisierung der traditionellen, an der Wehrmacht orientierten Panzer-Angriffsstruktur eine positive Wirkung. Auch um die historische Kontinuität des Militärapparates in seiner materiellen Struktur bewußt zu machen. Im übrigen wäre eine „strukturell nichtangriffsfähige“ Bundeswehr auch deshalb eine positive Alternative zur heutigen Realität, weil dadurch alle Pläne vereitelt werden würden, die in Mitteleuropa zerfallende atomare Abschreckung durch eine konventionelle zu ersetzen.

2. Dennoch sind die Vorschläge, vor allem in der Form, wie sie von dem SPD-Wehrexperten Andreas von Bülow unterbreitet werden, kritisch zu hinterfragen,

besonders deshalb, weil sie militärtechnokratisch und insofern unpolitisch sind, als sie die bestehenden außen- und bündnispolitischen Realitäten unangetastet lassen. Wer aber in der europäischen Teilung und z. B. in der NATO-Integration wichtige Hindernisse für eine wirkliche europäische Friedenspolitik sieht, wird sich mit einer Korrektur der Bundeswehrstruktur nicht zufrieden geben können. Wenn Abrüstung politisch gewollt wird, dann ist ein Abbau der Bundeswehr auch bei dieser heutigen antiquierten Struktur möglich.

3. Den Anhängern der „strukturellen Nichtangriffsfähigkeit“ wäre durch eine schrittweise Reduzierung des Streitkräfteeumfangs der Bundeswehr beispielsweise viel einfacher und billiger zu erreichen, als durch eine aufwendige und vermutlich sehr kost-

Die Anhänger der Defensivkonzepte müssen sich die Frage gefallen lassen, ob es sich nicht letztlich um einen Versuch handelt, Waffen neu zu legitimieren.

spielige Umrüstung. Wenn z. B. die Kriegsstärke der Bundeswehr von 1,3 Mill. Soldaten beibehalten wird, dann kann auch bei einer deutlichen Reduzierung der Panzer nicht von Abrüstung gesprochen werden.

4. Unter friedenspolitischen Aspekten ist besonders bedenklich, daß hier der erneute Versuch unternommen wird, mit Hilfe von

Waffen — und das sind Instrumente des Krieges — Frieden zu schaffen. Dies ist nicht nur eine moralische Kategorie, sondern auch eine praktische. Denn die Vertreter der „strukturellen Nichtangriffsfähigkeit“ ignorieren die neue Diskussion über die

„Nichtverteidigungsfähigkeit“ moderner Industriestaaten. Mit großer Wahrscheinlichkeit würde nämlich jede Form militärischer Verteidigung, auch mit sog. konventionellen Waffen, zur Selbstzerstörung führen.

5. „Strukturelle Nichtangriffsfähigkeit“ ist die Kehrseite der „Nur-Verteidigungsfähigkeit“. Diese Verteidigungsfähigkeit ist aber ein Kriegführungskonzept; ein Kriegführungskonzept aber muß nach der militärischen Logik ein Verfahren sein, das den Sieg möglich macht. Eine Defensivstruktur, die nicht mit hoher Wahrscheinlichkeit einen Angreifer abwehren und vernichten kann, wäre nicht zu rechtfertigen. Die bisher vorliegenden Konkretisierungen des Defensivkonzeptes zeigen eine starke Tendenz zur Perfektionierung und Intensivierung der Waffenwirkung. Wer für die Alternative einer „Nur-Verteidigungsfähigkeit“ eintritt, muß sich fragen lassen, ob er in Wirklichkeit nicht lediglich für ein „alternatives Sterben“ eintritt, bei möglicherweise reduzierter Kriegsverhütungswirkung. Vor allem die in der Friedensbewegung aktiven Anhänger der Defensivkonzepte müssen sich die Frage gefallen lassen, ob sie nicht erkennen, daß es sich

hierbei letztlich um einen Versuch handelt, Waffen neu zu legitimieren. Zumindest sollte das große Interesse der Rüstungsindustrie, vor allem des Rüstungskonzerns MBB skeptisch machen, der sich aktiv an Forschungsprojekten zur „Strukturellen Nichtangriffsfähigkeit“ beteiligt.

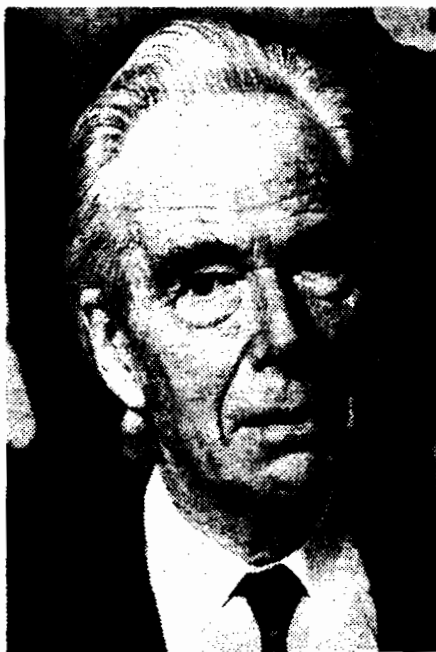
6. Positive Wirkungen hat die Alternativ-Debatte für die Frage, an welchem Teil die Abrüstung bei den in Europa sich gegenüberstehenden Armeen beginnen sollte. Dafür liefert die Alternativ-Debatte eine wichtige Orientierungshilfe. Wenn aber statt der abzurüstenden, besonders bedrohlichen Waffen „gute“ Verteidigungswaffen eingeführt werden, dann besteht die Gefahr, daß die Armeen gegen Abrüstung immunisiert werden.

7. Es soll nicht verkannt werden, daß die Debatte über eine alternative Rüstung eine große pädagogische Bedeutung hat. Die Modelle der „Strukturellen Nichtangriffsfähigkeit“ sind für viele Menschen eine unverzichtbare pädagogische Brücke, um sich aus der geistigen Gefangenschaft des Abschreckungssystems zu befreien, indem die nukleare Abschreckung zunächst einmal durch die konventionelle Abschreckung ersetzt und dann auf eine Abhaltungswirkung reduziert wird. Dadurch wird der Weg vom alten zum neuen Denken erleichtert, wobei das neue Denken sich nicht in Umrüstung, sondern nur in einem tendenziell auf Null zielenden Abrüstungsprozeß manifestieren kann.

Die jüngste Entwicklung in der Abrüstungsdebatte hat bewiesen, daß der Abrüstungswille der Bevölkerung die Aufrüstungsinteressen bezwingen kann. Deshalb wird soviel Energie für die Umrüstung von Divisionen aufgewandt, die morgen wegverhandelt werden. Wenn alle in Umrüstungskonzepten investierten Energien politisch für die Abrüstung eingesetzt werden, wird diese wahrscheinlicher. Übrigens: weder im Westen noch im Osten lassen sich künftig die Streitkräfte im bestehenden Umfang finanzieren, ob sie nun eine antiquierte oder eine umgerüstete Struktur haben.

9.5.1987

WOLF GRAF BAUDISSION, Generalleutnant, a. D. und Friedensforscher, wurde am Freitag 80 Jahre alt. Baudission gilt als einer der Väter der „Inneren Führung“ in der Bundeswehr, derzufolge Soldaten als Staatsbürger in Uniform zu kritisieren und „aktiven Verteidigern“ erzogen werden sollten. Baudission war 1951 in die Dienststelle Blank, das spätere Verteidigungsministerium, eingetreten, um sich am Aufbau der Bundeswehr zu beteiligen. Er war Leiter des Referats Innere Führung, wurde 1956 als Oberst in die



neugegründete Bundeswehr aufgenommen, befehligte zeitweise eine Panzergrenadierbrigade in Göttingen und bekleidete hohe Posten bei der NATO. 1967 verließ er den Deutschen Bundeswehrverband und trat in die Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr ein. Von 1971 bis 1984 war er Direktor des Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg. Baudission meldet sich noch heute zu sicherheitspolitischen Fragen zu Wort. So trat er 1985 für den Verzicht auf Chemiewaffen ein. Zu seinem 80. Geburtstag sprach er sich in einem Interview des Südwestfunks für den Abbau der Feindbilder zwischen Ost und West aus und legte der Bundesregierung ans Herz, die Rüstungskontrollvorschläge des sowjetischen Partei- und Regierungschefs Michail Gorbatschow ernsthaft zu prüfen.

Zum Thema
Sicherheitspolitik:

Schreck laß' nach

Zu einer ungewöhnlichen Ausstellung und Veranstaltungen über Sicherheitspolitik laden im August das Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik (IFSH) sowie verschiedene Hamburger Verbände und Gruppen.

Abschreckung und andere Utopien — dieser Untertitel wird sicherlich all die Menschen provozieren, die meinen, daß nur möglichst viele Waffen, zumindest aber ein Rüstungsgleichgewicht, vor Angriffen einer feindlichen Macht schützen. Aber nicht nur die herrschende NATO-Strategie, auch drei seit einigen Jahren viel diskutierte Alternativkonzepte — Stichwort »Soziale Verteidigung«, »Gemeinsame Sicherheit« und »Verteidigung ohne Angriffsfähigkeit« — werden in der Ausstellung mit dem etwas flapsigen Namen »Schreck laß' nach« kritisch unter die Lupe genommen.

Ziel der Münchener Arbeitsgemeinschaft für Friedenspädagogik, von der die Schau erstellt wurde, ist, vor allem Jugendlichen die komplexen sicherheitspolitischen Zusammenhänge durchschaubar zu machen und sie zum Nachdenken und Handeln anzuregen.

Das Besondere an dieser »Ausstellung zum Anfassen« sind die verwendeten Medien. Die Besucher sollen nicht nur Bilder betrachten und Texte lesen, sondern selbst die verschiedenen Verteidigungsstrategien durchspielen. Da gibt es zum Beispiel einen Abrüstungswürfel und eine Art Flipperautomat, mit denen man Verhandlungsschritte nachvollziehen kann. Ein »Diorama« zeigt eine ganz »normale« Landschaft. Schaut man aber hinter die Kulissen, bzw. unter die Erde, präsentiert sich dieselbe Gegend aus der Sicht eines Abwehrstrategen: vermint, mit Sprengschächten und Straßensperren. Ein nachgebauter Bunkerraum nach dreiwöchiger Benutzung soll Kriegsqualen erfahrbar machen. Ein Videofilm informiert über Weltraumrüstung. Und auch das berühmte rote Telefon ist dabei. Graffiti-Wände fordern zu Stellungnahmen auf und sind gleichzeitig Bestandteil der Ausstellung.

»Schreck laß' nach« ist vom 3. bis zum 28. August im Curio-Haus in der Rothenbaumchaussee 13 zu besichtigen, und zwar montags bis freitags von 9—13 und 16—20 Uhr. Für Schulklassen, Friedensinitiativen und andere Gruppen sind Führungen geplant. Darüber hinaus bieten die Veranstalter montags, mittwochs und freitags besondere pädagogische Aktivitäten für Jugendliche. Dafür und für die Führungen sind Anmeldungen erforderlich, und zwar bei Jens Müller-Kent oder Margret Johannsen im IFSH in Blankenese, Tel. 86 90 54/55. Für Lehrer und andere Gruppenbetreuer gibt es eine Sonderführung zum Kennenlernen: Dienstag, 4.8. um 13 Uhr.

Angst vor Krieg Kinderbriefe an Reagan und Gorbatschow

Von HEINZ KAISER

Am Friedensforschungsinstitut in Blankenese wurden Kinderbriefe an Präsident Reagan und Kreml-Chef Gorbatschow unter die Lupe genommen – Rührendes kam zutage:

„Ich habe Angst vor Raketen und meine Katze Tiffany auch“, schrieb ein sechsjähriger Buttle an Onkel Ronald und Onkel Michail.

Schülerin Dagmar (13) aus Hamburg: „Sehr geehrter Herr Reagan und Herr Gorbatschow, warum haben sie eigentlich Streit miteinander? Es heißt immer, die Waffen schützen uns vor dem Atomkrieg,

Blankenese

aber wenn einer einen Fehler macht, geht so'n Ding los, und bumms sind die Menschen und die Erde weg.“

144 solcher Briefe von Kindern an die beiden mächtigsten Männer der Welt hat Politologin Dr. Hanne-Margret Birkenbach ausgewertet: „Zwei Drittel der Kinder haben Angst vor einem Atomkrieg und glauben nicht, daß Erwachsene ihn verhindern können. Wir müssen diese Ängste Ernst nehmen, mit den Kindern intensiv über Kriegsursachen und Frieden reden.“

Ein umfangreiches Rahmenprogramm unter Beteiligung verschiedener Verbände, Parteien und Friedensorganisationen begleitet die Ausstellung. Zur Eröffnung am 3. August diskutieren der Göttinger Psychoanalytiker Horst-Eberhard Richter, die Hamburger Theologin Dorothee Sölle und der stellvertretende IFSH-Direktor Dieter S. Lutz zum Thema »Ist die Abschreckung am Ende?« (Curio-Haus, 19.30 Uhr). Das Metropolis zeigt neben anderen Filmen auch das Mammutwerk »The Journey« von Peter Watkins, verteilt über neun Tage jeweils dienstags, mittwochs und donnerstags. Was Hamburg mit Rüstungsgeschäften zu tun hat, erläutert die Hamburger Friedenskoordination mit Dias und Sketchen am 11. August um 20 Uhr im Curio-Haus. Und der CVJM bietet einen Zukunftsworkshop »2016 — Die vollständige Abrüstung hat stattgefunden« am Samstag, dem 15. August, von 10 bis 20 Uhr. (Anmeldungen bei Dietrich Gaede, Tel. 241391).

Die einzelnen Termine der insgesamt 20 Veranstaltungen entnehmen Sie bitte dem »Up to dates« unter den Rubriken »Sonstiges« und »Filme«. Programmzettel liegen im Curio-Haus, im Metropolis und bei »Pädagogik und Kinderbuch« (Schlüterstr. 86) aus.

Claudia Höck

Das mögliche Abkommen bei den Mittelstreckenwaffen, Fahrplan zukünftiger Abrüstungsverhandlungen, SDI, Glasnost und die Militärs, Prinzip Hoffnung, Politik der Vorleistungen, die deutsche Frage – Stichworte eines Ost-West-Gesprächs in der DS-Redaktion. Mit dem ZK-Berater Nikolai Portugalow diskutierten der Friedensforscher Dieter S. Lutz und die DS-Redakteure Günter Geschke, Rudolf Großkopf und Henning Klüver

»Wir sind jetzt Mister Yes, und nicht Mister Njet!«

Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt: Die Außenminister der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion haben sich in den Grundzügen über ein Abkommen bei den Mittelstreckenraketen in Europa (INF) geeinigt. Einem neuerlichen Gipfel von Reagan und Gorbatschow scheint nichts mehr im Wege zu stehen. Ist die Ernte eingebracht? Oder müssen wir mehr auf die kritischen Stimmen in den USA, vor allem bei den Republikanern, und in Europa – denken Sie an Maggie Thatcher – hören?

Dieter S. Lutz: So großartig das Abkommen sein wird, wenn es abgeschlossen wird, so sehr habe ich schon im Blick das, was danach folgt. Es kann nur ein Anfang sein.

Jochen Vogel hat ja mal gesagt, man muß aus diesem schmalen Rinnsal der Vernunft einen breiten Strom des Friedens machen. Was heißt das? Einmal haben oben gedacht in die Kategorie der strategischen Waffensysteme hinein. Wird es hier vielleicht in absehbarer Zeit auch zu einem Abkommen kommen? Und zum anderen dann auch wieder die Interessen der Bundesrepublik berührend nach unten: in die Kategorie der Raketen unterhalb von 500 km Reichweite, gibt es möglicherweise nicht nur bei den Raketen systemen, sondern auch was die nukleare Artillerie angeht, eine weitere Null-Lösung? Und darüber hinaus, was ebenfalls die bundesdeutsche Öffentlichkeit stark berührt, stark interessiert: Wie halten wir es, wenn sie denn existiert, mit der konventionellen Überlegenheit der Sowjetunion? Wobei ich bewußt sage, wenn sie denn existiert. Dieses sind, wenn Sie so wollen, techni-

»Ich halte es für möglich, daß bis März nächsten Jahres der nächste Schritt folgt: Fünfzigprozentiger Abbau der strategischen nuklearen Waffensysteme.«

sche Schritte, insofern sie sich auf Waffensysteme beziehen. Wir kommen aber automatisch in politische Überlegungen, wenn wir das mit einschließen, was auch von Seiten der Sowjetunion und der Warschauer Vertragsorganisation mittlerweile ein Thema ist, nämlich die Frage der strukturellen Nichtangriffsfähigkeit zum Beispiel. Ist das denn möglich? Und schließlich eine politische Möglichkeit, die zu diskutieren wäre: der Vergleich der Militärdoktrinen

Nikolai Portugalow: Da Herr Dr. Lutz das so aufgelistet hat, wie ich es nicht besser könnte, kann ich hier sofort Ihre letzte These aufgreifen. Also: Es gibt Leute, denen die ganze Richtung nicht paßt, es gibt die Bedenken der Eisernen Lady. Bevor der Vertrag noch nicht unterzeichnet ist und auch noch nicht – was länger dauert – ratifiziert ist, können wir selbstverständlich nicht sagen, die Ernte sei eingebracht. Trotzdem: Wir sind dabei viel mehr als die Hälfte des Weges unserem Gegenpart und Partner entgegengekommen. Unter diesen Voraussetzungen halte ich das Nichtunterschreiben des Vertrages schier für ein Ding der Unmöglichkeit. Es wird unterschrieben.

DS: Wie geht es denn jetzt weiter, und wie kann sich das Verhältnis der beiden Blöcke zueinander wirklich wesentlich ändern?

Portugalow: Die Auffassungen der beiden Weltmächte, ihre Philosophie, wenn Sie so wollen, sind bei diesem Abkommen noch sehr verschieden. Für uns ist das ein Bestandteil unseres neuen Herangehens an die Sache, ein erster Schritt zur atomwaffenfreien Welt. Wir haben aber auch noch unsere Bedenken, ob die Amerikaner überhaupt so weit gehen wollen. Im ersten Stadium haben wir allerdings Grund anzunehmen, daß die Amerikaner mitmachen.

Ich riskiere hier keine Prophetien. Den noch halte ich es für möglich, daß bis März nächsten Jahres der nächste Schritt folgt: 50prozentiger Abbau der strategischen nuklearen Waffensysteme, der offensiven strategischen Waffensysteme, wie wir sie nennen. Das wäre Punkt 1 in unserem Programm zu einer totalen Abschaffung der Atomwaffen. Dann kommen die Kurzstrecken. Als nächster Schritt kommt der von uns vorgeschlagene Vergleich der Militärdoktrinen – aber kein unverbundenes Palaver, sondern eben ein echter Vergleich. Wir haben doch die These aufgestellt, derjenige solle als erster abrüsten auf diesem oder jenem Felde der Rüstung, der auf diesem Felde mehr hat. Das hat Außenminister Genscher auch für die Bundesregierung vollkommen akzeptiert.

Die Sache hat jedoch einen Haken. Aus westlicher Sicht heißt es, daß wir konventionell in jeder Hinsicht überlegen seien. Also müßten wir einseitig abbauen – und der Westen kann noch ein bißchen länger dasitzen mit den Händen im Schoß. Wir sehen das anders.

Grundsätzlich, ob ein zukünftiger amerikanischer Präsident das mitmachen wird, bleibt selbstverständlich der Geschichte überlassen. Nur, von diesem Weg werden wir nicht abweichen. Wir sind wie neugeboren, wir sind anders geworden. Wir sind jetzt Mister Yes und nicht Mister Njet.

DS: Sind denn die Militärs in der Sowjetunion von diesem neuen Denken so begeistert? Überall in der Welt wollen Generale doch mehr Waffen und nicht weniger.

Portugalow: Ich glaube, bei uns ist gerade in den letzten zwei Jahren dafür vorgesorgt worden – entschuldigen Sie den Kалаuer –, daß die goldbedrehten Mützen nicht unbedingt in den Himmel wachsen. Das geht nicht mehr bei uns. Und Gott sei Dank, diesem oder jenem von den großen Pailletten wird es vielleicht ein bißchen ungünstlich vorkommen, und der wird murren, er zieht sich auch mal in den Schmolliwinkel zurück, aber die Sache wird intern gelöst. Da sehe ich kein Problem.

Lutz: Aus unserer Sicht, aus unserem Verständnis von Demokratie oder Glasnost ist es allerdings fast schon wieder beunruhigend, wenn das Militär auf Ihrer Seite einstimmig plötzlich für Abrüstung ist oder sich nicht eine Stimme gibt, die dann doch dagegen ist.

Portugalow: Mit Glasnost haben die militärischen Prozesse wohl selten zu tun, auch hier im Westen nicht unbedingt.

Zwischen zwei Gipfeln – die deutsche Frage

Zeichnung:
Deutsches
Allgemeines
Sonntagsblatt/
Gerhard Meister

DS: Man baut jetzt Waffen ab, weil sie sich eigentlich überholt haben, wie die Pershing 1a der Bundeswehr, und brütet aber schon wieder ganz neue Waffensysteme aus. So einigen sich Ost und West über „das alte Zeug“, was aber neu zur Entwicklung ansteht, bleibt nicht konsensfähig.

Portugalow: Ja, wieso ist der Russe so strikt in puncto SDI? Sehen Sie, SDI ist selbstverständlich militärisch gesehen, kein großes Problem. Aus beruflichem Munde, von unserem Generalstab, von Experten, auch vom Generalsekretär selbst, wurde mehr als einmal gesagt, eine billigere Antwort würden wir schon finden. Etwa so, wie der T 34 letzten Endes besser war als der Tiger-Panzer. Aber dann werden die Prozesse der Perestroika, der Umwandlung unserer Gesellschaft, die für uns eine enorme Wichtigkeit haben und viele Jahre in Anspruch nehmen werden, viel schwieriger zu bewerkstelligen. Wir wollen das pflegen, was wir schon haben, und das ist der ABM-Vertrag. Wenn wir hier keine Sicherheiten haben, dann gibt es keine zweite Etappe. Dann gibt es keinen strategischen Vertrag!

...so, als unabdingbare Voraussetzung für die zweite Etappe, den Abbau der strategischen Rüstungssysteme, gehört die Beibehaltung des ABM-Vertrages in der engen Auslegung, die nochmals ausgehandelt werden muß. Wir haben 15 Jahre

»Wir werden vielleicht speziell auf dem Wege des SDI nicht mithalten können oder nicht mithalten wollen. Wir machen es billiger.«

Laufzeit vorgeschlagen, die Amerikaner haben jetzt sieben gesagt, irgendwo in der Mitte, sagen wir 10 Jahre, können wir uns einigen. Ich sage Ihnen vielleicht etwas Neues. Wir haben jetzt der amerikanischen Regierung eine Liste vorgelegt mit Systemen und Tests, die erlaubt werden können, und anderen, die verboten werden müßten. Die Amerikaner haben wohl im Prinzip akzeptiert, an der Liste weiter zu arbeiten.

Lutz: Ich sehe da einen Widerspruch. Mit Blick auf eine atomwaffenfreie Welt möchten Sie ein Abkommen im strategischen Bereich, das die Anzahl der strategischen Gefechtsköpfe zunächst auf 8000 Gefechtsköpfe senkt. Das ist in etwa die Hälfte dessen, was man momentan hat – rund 11 000 auf beiden Seiten. Umgekehrt ist, wenn ich das richtig verstanden habe, das Mittel, das Sie gegen SDI anwenden wollen, eine Vermehrung dieses Potentials. Ich unterstelle, daß Sie technologisch nicht mithalten können oder auch wollen – wie auch immer –, also kein Gegen- oder Parallel-SDI aufbauen können. Über Vermehrung der Gefechtsköpfe, der Raketen-systeme möchten Sie im Grunde genommen das SDI der USA sättigen wollen.

Portugalow: Wissen Sie, da bin ich wirklich nicht so gut bewandert, gerade auf militärtechnologischem Bereich. Ich könnte zwar darüber reden, aber lieber nicht, wie man SDI unschädlich machen

könnte. Aber das ist nicht der Punkt. Der Punkt ist der: Wir betrachten den ABM-Vertrag, den Raketen-Abwehrvertrag, als sicherstes Gut, das wir im Moment haben. Daß wir, Herr Dr. Lutz, hingegen so oder anders mithalten müssen, falls der Amerikaner sich darauf kapriziert, das stimmt. Wir werden vielleicht speziell auf dem Wege des SDI nicht mithalten können oder nicht mithalten wollen, wir machen es viel billiger.

DS: Nehmen wir an, die Amerikaner lehnen jede Verhandlung über SDI ab. Tritt dann wieder einmal Funkstille zwischen Ost und West ein, oder ziehen Sie eine andere Etappe, etwa die Kurzstreckenwaffen, vor?

Portugalow: Ob wir einen Plan haben für den unglückseligen Fall, wo der Amerikaner partout es nicht einsehen will und kategorisch darauf besteht, SDI uneingeschränkt weitermachen zu dürfen und zu können, das ist natürlich eine Frage. Ich kann dem nur, allerdings nur mit sehr verhaltenem Optimismus, aber immerhin mit Optimismus, entgegenhalten, daß aus unserer Sicht die Amerikaner höchstwahrscheinlich doch mit sich reden lassen. Die verstehen nur allzu gut, daß wir diese Sicherheit brauchen. Aber, wenn sie es eben nicht wollen, dann gibt es eben im März und auch später keine zweite Etappe. Was überhaupt nicht ausschließt, daß man einen Einstieg sucht in die Problematik der starken Reduzierung und letztendlich Abbau der Kurzstreckenraketen im europäischen Bereich.

DS: Abrüstung, atomwaffenfreie Welt – brechen da in der Sowjetunion auch christliche Traditionen, Werte auf?

Portugalow: Wir sind auch da im Prozeß des Umdenkens, nicht etwa in dem Sinne, daß wir Kommunisten plötzlich alle in die Kirche laufen, sondern den Kirchen schlechterdings

DS: ...ein biblisches Auslauf lassen...

Portugalow: Und nicht nur ein biblisches, aber das steht auf einem anderen Blatt. Ich komme auch aus der Journalistenzunft, betätige mich auch politisch, ich würde sagen: Selbstverständlich hat man immer als politischer Profi ein ungutes Gefühl, der Wurm sei drin, alles endet schließlich im Eimer... Nur wissen Sie, Herr Dr. Geschke, und damit spreche ich vielleicht auch Ihnen hinein in die Seele: Ohne das Prinzip Hoffnung kann man doch nicht leben, kann man auch nicht leben als politischer Profi. Und in dieser Beziehung bin ich ganz ehrlich. Die Bot-

schaft höre ich schon, auch der Glaube fehlt mir jetzt nicht ganz. Oder, um es anders zu formulieren: Wir wollen es hundertmal versuchen, und zwar auch im Staffellauf der Generationen. Weil der Ausgang eben offen ist. Entweder wir schaffen es, oder wir gehen vor die Hunde. Hoffnung habe ich schon. Ich, um das noch kurz zu sagen, ich habe vor zwei, drei Jahren nicht für möglich gehalten, was sich jetzt in Moskau abspielt.

Portugalow: Was ist im Grunde genommen der Hauptfaktor, der Kern des neuen außenpolitischen Herangehens? Das ist

Nikolai Portugalow

1928 geboren, studierte in Moskau internationales Recht, Geschichte und Germanistik, ist seit 1950 als Journalist tätig, besuchte dabei alle Länder aus dem deutschen Sprachraum, war von 1972 bis 78 zuerst als Korrespondent der sowjetischen Nachrichtenagentur Nowosti und anschließend für die Literaturzeitung „Literaturnaja Gazeta“ in Bonn, ist seit 1978 Berater des ZK der KPdSU.

Dieter S. Lutz

1949 geboren, studierte in Tübingen, Zürich und London Jura und politische Wissenschaften, seit 1976 stellv. wissenschaftlicher Direktor des Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg, Verfasser und Herausgeber zahlreicher Untersuchungen zum Themenbereich, Herausgeber der Zeitschrift S+P (Sicherheit und Frieden) im Nomos Verlag, Baden-Baden.

die Entideologisierung der russischen Außenpolitik. Einen Klassenfeind gibt es zwar im Kampf der Klassen – aber außenpolitisch gibt es im globalen Bereich keine Klassenfeinde mehr. Deswegen ordnen wir unsere System-Interessen schon rein philosophisch den globalen Interessen der Menschheit unter. Früher war es doch so, daß wir – zumindest philosophisch – zwar keine Revolution exportieren wollten, aber Klasseninteressen und nicht zu überbrückende Feindschaft zum liberalistischen System großgeschrieben haben

und an erster Stelle platziert haben. Und daraus – mindestens partiell – folgt auch die tragische Entscheidung in Afghanistan, die schwärzende Wunde, wie der Generalsekretär es bezeichnet hat.

DS: Wenn das so ist, warum wagen Sie nicht weitere Vorleistungen wie beim Atom-Stopp-Moratorium? Warum ziehen Sie nicht Truppen zurück? Sicherheitspolitisch wäre es doch heute einfacher, Verbände aus der DDR abziehen als aus Afghanistan.

Portugalow: Das hört sich schön an. Aber so gesehen stimmt es nicht. Wir sind da im Vorstadium. Und wir dürfen mindestens darauf pochen, daß das beiderseitig in etwa gleichem Rahmen geschieht. Sicherheit, so wie sie hier und heute ist, ist immer noch die alte, mit alten Mitteln gesicherte.

DS: Welche Angst haben Sie denn, wenn Sie die Truppen zurückziehen würden, also nur erst einmal die aus der DDR?

Portugalow: Nun hören Sie mal. Wir ziehen unsere Truppen zurück – wir haben von einer Vorleistung gebracht, die sich als schön hat. Wir haben eineinhalb Jahre oder fast das Moratorium für Waffentests durchgehalten. Und was war das Endergebnis? Der Amerikaner wollte es nicht nachmachen, und dann haben wir uns gezwungen gesehen, um Schritt halten zu können, die Tests wiederaufzunehmen. Und erst jetzt, gerade jetzt erst, hat man anscheinend den Einstieg gefunden in ein Atom-Stopp-Abkommen.

Lutz: Also es war ein Erfolg, wo die Weltöffentlichkeit auf Seiten der Sowjetunion stand, einschließlich der bundesdeutschen Öffentlichkeit.

Portugalow: Selbstverständlich ist das nicht zu unterschätzen. Aber Herr Dr. Lutz, Sie als Strategieexperte werden mir doch dann beipflichten, daß hier und heute die einseitigen Leistungen, daß die Beispielpolitik auch für eine Weltmacht ihre Grenzen haben.

Lutz: In Ihrem Land wird ja nun das neue Denken propagiert, und von daher dürfen natürlich Sätze schon fast nicht mehr zulässig sein, wie daß die Beispielpolitik für eine Großmacht Grenzen habe. Bei den Amerikanern sehe ich es ähnlich kritisch. Die sind in den Denkstrukturen weit hinter dem zurück, was sie propagieren. Wenn Sie in Amerika sind, werden Sie das Wort „great“ ständig hören. Das ist das Problem. Ihre Denkstruktur ist darauf ausgerichtet, in allen Bereichen, im persönlichen Bereich, im gesellschaftlichen Bereich, als Weltmacht qualifiziert zu sein. Wie kriegen wir sie weg? Durch Beispiel, nur durch Beispiel! Ich glaube, daß die Weltmacht ...

Portugalow: Also, das ist dann aber auch wirklich reichlich idealistisch, daß wir den Amerikaner und gerade die politische Elite durch Beispiel zum Mithalten kriegen.

Lutz: Wie sonst? Auch die amerikanische Elite muß dem Zeitgeist nachspüren. Daß in der Weltöffentlichkeit, bei bundesdeutschen Meinungsumfragen etwa, ein Gorbatschow zehn Prozent mehr erreicht als ein Reagan, das ist das Mittel, das einzige Mittel, das wir nutzen können, das Sie auch instrumentalisieren können, wenn Sie es denn wollen.

Portugalow: Wir werden es versuchen.

»Wir wollen es hundertmal versuchen, auch im Staffellauf der Generationen. Weil der Ausgang eben offen ist: Entweder wir schaffen es, oder wir gehen vor die Hunde.«

□

DS: Die deutsche Frage ...

Portugalow: Daß die beiden deutschen Staaten sehr wohl, und schön war's, Schrittmacherdienste bei vielen globalen Problemen leisten können, steht außer Frage. Nur auch für das Verhältnis zwischen den beiden deutschen Staaten – und das ist mir klargeworden bei der Visite des Staatsratsvorsitzenden und Generalsekretärs der SED Honecker – gibt es ein gewisses Prioritätensystem. Und da wird man die Aufgaben nacheinander lösen müssen. Wenn ich in die sogenannte Historiker-Debatte denke, wenn ich an die eingefressenen Vorstellungen im konservativen Lager, aber auch an Überlegungen der einfachen Bürger, die Feindbilder, an den Anti-Kommunismus, an Forderung nach Wiedervereinigung in staatlichem Rahmen denke, da wird es mir ein bißchen bange, denke ich an Deutschland. Es gibt in der jüngeren deutschen Geschichte durchaus Beispiele, wo eine falsch geleitete nationale Welle zu furchterlichen Ergebnissen geführt hat. Da muß man gegensteuern.

Zweitens: Vollkommene Anerkennung ohne jede Einschränkung der Souveränität der Deutschen Demokratischen Republik. Hören Sie einmal, das Problem wird doch zu lösen sein! Und wenn man mir mit Verfassungsgeboten kommt, um Gottes willen, verstehen Sie mich richtig, ich bin nicht dazu da, Ratschläge zu erteilen, welche Änderungsanträge zum Grundgesetz man einbringen könnte. Nur, man kann doch nicht so tun, als ob der König von England laut ungeschriebener Verfassung immer noch König von Frankreich ist. Was könnte er damit viel anfangen? Das Problem der uneingeschränkten international-rechtlichen Anerkennung ist doch praktisch schon gelöst bis auf einen einzigen Punkt – also das ist doch schizophoren, mit Verlaub zu sagen. Da kommt ...

DS: Welchen Punkt meinen Sie?

»Überlassen wir der Geschichte, was aus der deutschen nationalen Problematik wird. Und was in 100 Jahren sein wird, das können wir nicht bestimmen – und im Moment ist das auch nicht so interessant.«

Portugalow: Staatsangehörigkeit selbstverständlich. Da kommt der Staatsratsvorsitzende Honecker nach Deutschland, wird mit Ehrenkompanie begrüßt, die Flagge wird gehißt, die Hymne gespielt – dann stehen die deutschen Kollegen auf und sagen, daß der Staat, dessen höchsten Vertreter sie eben begrüßen, nach unse-

rem Verfassungsgebot eigentlich gar nicht existieren dürfe.

Hingegen, wenn man von Freizügigkeit redet, das ist schon greifbarer. Und ich kann sehr wohl verstehen, daß es ein deutsches Verlangen beider Seiten gibt. Und ich darf ein wohlbekanntes Wort – aber es liegt eben in der Luft – vom Genossen Honecker zitieren, als er gesagt hat, an der deutsch-deutschen Grenze sieht es nicht so aus, wie es sein sollte. Und er, Honecker, halte es durchaus für möglich, daß es einmal so aussehen könnte wie an der weißen Grenze zwischen der DDR und Polen. Und wenn sie das morgen haben können in der DDR und der Bundesrepublik, ich glaube, die Problematik wäre gelöst. Und es gibt Modelle, daß die DDR nicht unter ständiger Bedrohung des Abflusses ihrer Staatsbürger stünde. Alles ist Ihr Bier, meine Herren.

Lutz: Ich will vielleicht Herrn Portugalow nur einen Satz mit auf den Weg geben zur Beruhigung: Ich persönlich, ich sage das jetzt einmal für meine Generation, wundere mich eigentlich immer, wie stark dann doch die Wiedervereinigungsfrage bei der älteren, Ihrer Generation noch diskutiert wird auf beiden Seiten. Ich glaube, sie hat für uns Jüngere nicht den Stellenwert, den sie noch für Sie hat. Ich streite mich darüber auch sehr heftig mit Egon Bahr, der ganz andere Vorstellungen hat.

DS: ... ein sozial aufgeklärter Nationalist.
Portugalow: Ja, er gehört zu meiner Generation. Da liegt ich leider auf Egon Bahrs Linie.

Lutz: Also die nationale Frage – wir brauchen sie jetzt gar nicht nur auf die beiden deutschen Staaten zu beschränken – spielt für uns, glaube ich, bei weitem nicht die entscheidende Rolle. Unsere Zielsetzung ist die europäische Frage. Wie sieht eine europäische Ordnung aus – und innerhalb dieser Frage kommen natürlich die beiden deutschen Staaten zum Tragen, im gemeinsamen Haus. Aber nicht umgekehrt.

Portugalow: Bei dem Besuch vom Bundespräsidenten von Weizsäcker in Moskau gab es so ein kleines Frage-und-Antwort-Spiel mit dem Generalsekretär, wo die beiden Herren gerade über Konstruktion des gemeinsamen europäischen Hauses sprachen. Und Gorbatschow fragt Herrn von Weizsäcker: Was würde für die Deutschen in der Bundesrepublik besonders wichtig sein, wenn wir einmal alle im gemeinsamen politischen Haus leben? Da sagt der Bundespräsident: Na, so wie ich die Sache sehe, wohl das Besuchsrecht einer Mietpartie bei der anderen. Und da meint der Generalsekretär: Akzeptiert, nur vielleicht hat man es nicht so gerne, wenn man mitten in der Nacht ins Schlafzimmer kommt. Ja, sagt der Bundespräsident, das stimmt schon, aber man hat es auch nicht so gerne, Herr Generalsekretär, daß mitten durch die gute Stube ein Graben gezogen wird. Ich verstehe Sie, sagt Gorbatschow.

Also, wenn wir einmal davon absehen, daß der Generalsekretär aus guten Gründen nicht geneigt war, zum Thema zu philosophieren, hat er doch gesagt, überlassen wir der Geschichte, was aus der deutschen nationalen Problematik wird. Und was in 100 Jahren sein wird, das können wir nicht bestimmen – und im Moment ist das auch nicht so interessant.

8.2.1987

Der jüngste Schritt von Krauss-Maffei macht es deutlich: Technisch ist die Umstellung von militärischer auf zivile Fertigung kein Problem. Die geringe Neigung dazu ist Folge des Systems der Vergabe von Rüstungsaufträgen

Panzer haben keine Zukunft

Von Herbert Wulf

Krauss-Maffei, größter Panzerbauer in der Bundesrepublik, will aus der Not fehlender Rüstungsaufträge eine Tugend machen und auf zivile Fertigung umstellen. Für die nächsten sechs bis acht Jahre können die im vorigen Jahrzehnt aufgestockten Rüstungskapazitäten nicht ausgelastet werden. Was Experten seit Jahren der Rüstungsindustrie ins Stammbuch schrieben, trifft nun ein: Nachdem die Großaufträge der Bundeswehr ausgelaufen sind oder in Kürze auslaufen werden, stehen Teile der Rüstungsindustrie nun vor einer Dürststrecke. Betroffen sind nicht nur die Panzerhersteller, die mit einer Halbierung ihrer Umsätze rechnen, sondern ebenso die Flugzeugbauer und die Werften.

Krauss-Maffei kündigte an, Anstöße aus dem Rüstungsbereich für die Produktion verschiedener ziviler Güter zu nutzen und in die Bereiche Steuerungstechnik, Antriebe und Prüfstände zu diversifizieren. Der Ruf nach Umstellung auf zivile

Fertigung ist nicht neu. Für die Beschäftigten der Rüstungsindustrie ist das Auf und Ab der Produktion seit Jahren existenzbedrohlich. Kurzarbeit und Entlassungen sind der Alltag in der Rüstungsindustrie, weil Großaufträge schubweise vergeben werden und die Herstellung in Wellen verläuft. Betriebsräte aus Rüstungsbetrieben fordern deshalb schon seit Ende der sechziger Jahre – meist ohne große Resonanz bei den Firmenleitungen –, die Abhängigkeit von der Waffenproduktion durch gezielte Umstellungsprogramme zu vermindern. Für die vornehme Zurückhaltung der Rüstungsmanager gegenüber diesen Ideen sind vor allem zwei Gründe maßgebend. Erstens: Statt ihre Geschäftsaktivitäten auf neue, bislang unbekannte Sparten auszudehnen, schien den Unternehmensleitungen verstärkter Lobbyismus für zusätzliche Aufträge der Bundeswehr und großzügigere Auslegung der Rüstungsexportkontrollen attraktiver. Die Erfahrungen zei-



Fotos: dpa/
Sven Simon

gen, daß diese Firmenstrategie nicht unbegründet war. Völlig außerhalb der langfristigen Planung der Bundeswehr wurden 1985/86 Zusatzaufträge an die Teile der Rüstungsindustrie vergeben, die unter mangelnder Auslastung der Kapazitäten litten: Aufträge für 35 Kampfflugzeuge Tornado, 150 Leopard-Kampfpfanzern und zwei Fregatten erhielten die klagenden Rüstungsfirmen – ein kräftiges Zubrot von rund sechs Milliarden Mark, das dennoch die unausweichlichen Umsatzrückgänge nur um rund zwei Jahre verschob.

Auch im Export stellte die Bundesregierung industriepolitische Erwägungen in den Vordergrund, während moralische oder außenpolitische Bedenken beiseite geschoben wurden. Lediglich der Export von Kampfpfanzern außerhalb der Nato und in einige der Nato gleichgestellte Länder gilt bisher noch als Tabu. So ist nicht verwunderlich, daß jetzt gerade der Panzerhersteller Krauss Maffei in zivile

Bereiche ausweichen muß. Der zweite Grund für das mangelnde Interesse an zivilen Gütern: Die Herstellung von Waffen und anderem militärischen Gerät ist nach wie vor ein lukratives und sicheres Geschäft. Die Entwicklung und Produktion moderner Großwaffensysteme erstreckt sich in der Regel über einen Zeitraum von rund 15 Jahren. Welche Firma kann bei zivilen Produkten mit derart langen Planungszeiträumen kalkulieren? Wichtiger aber noch ist die Tatsache, daß auch überdurchschnittlich hohe Gewinne in der Rüstungsproduktion erzielt wurden. Rund zwei Drittel aller Aufträge der Bundeswehr werden nach dem Kosten-plus-Gewinn-Aufschlagprinzip vergeben. Auf die Herstellungskosten darf

der Auftragnehmer einen Gewinnzuschlag von fünf Prozent kalkulieren. Diese Vergabepraxis für Aufträge animiert die Rüstungsindustrie geradezu zum Kostenschinden und Kostenschlendrian. Das betriebswirtschaftliche Prinzip, mög-

lichst Kosten zu senken, um am Markt konkurrenzfähig zu sein, wird auf den Kopf gestellt. Kostenmaximierung erhöht die Gewinne. Es ist deshalb nicht weiter verwunderlich, daß die Rüstungsmanager für die Vorschläge ihrer Betriebsräte zur Umstellung der Fertigung wenig Begeisterung zeigten.

Bemerkenswert an Krauss Maffeis Ankündigung ist die Tatsache, daß weder besondere Umstellungsschwierigkeiten erwartet werden, noch umfangreiche Investitionen erforderlich sind. Konversionsstudien aus den USA, Großbritannien, Schweden und der Bundesrepublik haben hierauf schon früher hingewiesen. Die Umstellung von militärischer auf zivile Fertigung wird in der Bundesrepublik durch den Umstand erleichtert, daß hier weder typische Rüstungsfirmen, noch typische Panzerbauer existieren. Die meisten in der Rüstungsfertigung tätigen Firmen sind bereits diversifizierte Unternehmen, die über Erfahrungen außerhalb des Rüstungsbereichs verfügen. Ausnahmen bilden in der Bundesrepublik lediglich einige mittelständische Unternehmen. Untersuchungen über die Qualifikationen der Beschäftigten in der Rüstungsfertigung haben gezeigt, daß, bis auf wenige Spezialisten, herkömmliche Ingenieure und Facharbeiterberufe in Entwicklung und Produktion von Waffen vertreten sind. Oftmals arbeiten Beschäftigte in einer Halle Seite an Seite, die einen an militärischen, die anderen an

zivilen Produkten. Je nachdem, wie kompliziert die herzustellenden Waffen sind, kommt es zu einer überdurchschnittlichen Häufung hochqualifizierter Fachleute. Das wiederum ist eine günstige Ausgangssituation für schnelles und flexibles Reagieren bei ausbleibenden Rüstungsaufträgen.

Aus den Erfahrungen bei Krauss-Maffei sind Konsequenzen zu ziehen: Vorschneid und ohne das Umstellungspotential von Rüstungsfirmen zu berücksichtigen, scheinen in der Vergangenheit politische Entscheidungen für erhöhte Rüstungsproduktion und Rüstungsexporte getroffen worden zu sein, um kriselnden und klagenden Unternehmen aus der Klemme zu helfen. Ohne den entsprechenden Druck und so lange am Rüstungsmarkt ein Silberstreifen zu erkennen ist, werden Unternehmensleitungen nicht auf zivile Gebiete ausweichen. Industriepolitische Rücksichtnahme sollte zugunsten eindeutiger sicherheits- und friedenspolitischer Prioritäten bei Auftragsvergaben und Exportkontrollen aufgegeben werden. In der Regel wachen Unternehmen mit Argusaugen über ihre unternehmerischen Entscheidungsfreiheiten. In der Rüstungsindustrie wird die Verantwortung für die Kapazitätsauslastung jedoch häufig auf Verteidigungsministerium oder Bundesamt für Wehrtechnik und Beschaffung abgewälzt. Der Grundsatz unternehmerischer Entscheidungsfreiheit sollte jedoch auch für die gesamte Rüstungsindustrie gelten. Andernfalls wäre ihre Verstaatlichung die sauberere und klarere Lösung. Wohl aber – und dies wurde die Probleme der Rüstungsindustrie und die der dort Beschäftigten erleichtern – sind Förderungsprogramme zur planvollen Umstellung auf zivile Fertigung angebracht.

Abrüstungseffekt gleich null

Warum können ausgerechnet heute die Raketen abgezogen werden, die von der Friedensbewegung jahrelang attackiert wurden? Sie sind rüstungstechnologisch und militärstrategisch überholt / Den USA gibt das Abkommen zudem die Möglichkeit, den Eskalationsverbund zwischen den Staaten und Westeuropa zu verringern

Günther Baechler

Trotz Gorbatschows neuer Friedfertigkeit ist bei den westlichen Regierungen keine wirkliche Abrüstungsbereitschaft zu erkennen. Die USA und auch die anderen NATO-Staaten setzen vielmehr auf den Ausbau ihres technologischen Vorsprungs in der Rüstungsentwicklung. Präsident Reagan hatte bereits Ende Mai 1986 verkündet, daß die US-Regierung in Zukunft ihre Entscheidungen über die Struktur ihrer strategischen Angriffskräfte von der Art und dem Umfang der entsprechenden sowjetischen Bedrohung und nicht mehr von „angeblicher Rüstungskontrolle“ der SALT-Verträge abhängig machen würden. Stärker als bisher sollen sowjetische Übergewichte durch technologische Überlegenheit ausgeglichen werden. Beweglichkeit und rasche Aktionsfähigkeit sind zukünftig wichtiger als zahlenmäßige Stärke. Vom Meeresboden bis zu den Sternen soll auf allen Ebenen aufgerüstet werden, um durch ein aufgefächertes Kriegsführungspotential dem Erzfeind seine Kriegslusternheit auszutreiben.

Warum wird dann aber über ein Abkommen zum Abbau der Mittelstreckenraketen verhandelt? Warum können ausgerechnet heute die Waffen abgezogen werden, die jahrelang von der Friedensbewegung als „gefährliche Erstschlagswaffen“ attackiert wurden. Und wo liegen die Grenzen der scheinbaren Abrüstungswilligkeit der NATO?

Es wäre falsch zu behaupten, die US-Regierung hätte kein Interesse an einer Stationierung der Euro-Raketen gehabt. Nur waren für sie die Pershing II und Cruise-Missiles im Grunde schon während ihrer Stationierung durch die rüstungstechnologische Entwicklung überholt und damit militärstrategisch obsolet geworden. Daß trotzdem diese hypermodernen Denkmäler einer aus der Sicht der USA veralteten Strategie in Europa errichtet wurden, ist vor allem Westeuropäern wie Ex-Kanzler Helmut Schmidt zu verdanken. Für sie war die „Ankoppelung“ der Verteidigung der USA an die Westeuropas ein zentrales Ziel, das sie mit dem NATO-Doppelbeschluß 1979 zu erreichen trachteten. Die Amerikaner hingegen hatten schon immer eher ein Interesse an in Europa stationierten nuklearen Kurzstreckenwaffen als an Mittelstreckenraketen, die von Europa aus die Sowjetunion ins Visier nehmen. Sie fürchteten nämlich die Eskalationsgefahr, die in Krisenzeiten von den euro-strategischen Waffen ausgeht.

Weinberger contra Rogers

Hardtliner wie Rüstungsminister Weinberger und der US-Verhandlungsleiter in Genf, Nitze, haben sich in dieser Frage gegen die Euro-Strategen in der US-Regierung wie den im Frühjahr geschaffenen NATO-Oberbefehlshaber General Rogers durchsetzen können. Vergeblich warnen die Gegner der Null-Lösung in den USA und Westeuropa vor dem Verlust der

TAZ 21.9.1987

„gläubwürdigen“ Abschreckung der NATO, der Gefahr einer Abkoppelung der USA von Westeuropa und dem drückenden Übergewicht des Warschauer Pakts im Bereich konventioneller Waffen, falls die Euro-Raketen tatsächlich abgezogen würden. Sie halten die „Vergeltungsabschreckung“ noch immer für die sicherste Kriegsvermeidungsstrategie: je schrecklicher die Vergeltung, um so unwahrscheinlicher ein Nuklearkrieg.

In ihrem Konzept der „bedachten Eskalation“ haben die weitreichenden Mittelstreckenraketen die Funktion, die zweite und dritte Welle der sowjetischen Streitkräfte schon auf sowjetischem Territorium nuklear auszuschalten. Durch die Androhung einer schnellen und unberechenbaren Eskalation, in der die NATO als erste Atomwaffen einzusetzen bereit ist, soll der Gegner von einer militärischen Aktion abgehalten oder im Krieg zum Aufgeben zu westlichen Bedingungen gezwungen werden.

Demgegenüber hat für Befürworter der Null-Lösung in der US-Regierung wie Außenminister Shultz, Weinberger und Nitze nukleare Abschreckung ihre Glaubwürdigkeit längst verloren. Das atomare „Patt“ zwischen den Großmächten sei eine Folge der für das Kräfteverhältnis zwischen Ost und West „schädlichen“ SALT I und II-Verträge. Sie halten paradoxerweise die Rüstungskontrolldiplomatie für eine „lästige Religion“, sind aber für ein Mittelstreckenraketen-Abkommen, weil es den Eskalationsverbund zwischen den USA und Westeuropa reduzieren würde. Die Abschreckung, so die These, könne vor dem Hintergrund der globalen sowjetischen Herausforderung nur durch ein regional wie sektoral aufgefächertes Kriegsführungspotential und durch qualitative Überlegenheit in der Waffentechnik wieder wirksam werden. Die Hardliner träumen von einer durch SDI unverwundbar gemachten „Festung Amerika“, von der aus die Sowjetunion in Schach gehalten wird und regionale Kriege erfolgreich ausgetragen werden können. Eine erweiterte Raketenabwehr, wie sich die Strategen die erste Stufe von SDI vorstellen, soll in Verbindung mit modernisierten strategischen und konventionellen Waffen die Ver-

teidigungsfähigkeit der „Festung“ erhöhen. Zudem verspricht sich Weinberger von SDI einen Propagandaeffekt, weil auf die demokratischen Erfordernisse nach einer nicht-offensiven, nicht-nuklearen Möglichkeit zur Bewahrung des Friedens“ eingegangen wird.

Risse in der Panzerung

Die Modernisierung der Streitkräfte findet im Rahmen der „kompetitiven Strategie“ statt. Dieses Konzept ist an sich nicht neu, es besticht im Jahresbericht 1987 des Pentagon jedoch durch seine Klarheit. Nach Weinberger sollen Schwachstellen der sowjetischen Streitkräfte durch den Aufbau eigener Stärken besser ausgenutzt werden, und: „Selbst in ihren Stärken sollen wir nach Schwachwachsen, nach Rissen in ihrer Panzerung.“ Durch gezielte Rüstungsmaßnahmen soll der Krenel gezwungen werden, wichtige Teile der Abwehr zu modernisieren, was den Ausbau offensiver Systeme einschränken würde.

Konkret arbeitet das Pentagon an einer neuen, weltweit gültigen Marinestrategie mit einem vortwortsorientierten konventionel-

len Verteidigungskonzept. Im europäischen Raum werden see- und luftgestützte Cruise-Missiles, aber auch „intelligente“ konventionelle Waffen die Funktion der landgestützten Euro-Raketen übernehmen. Erweiterte Luftabwehrsysteme sollen im europäischen Raum sowjetische Kurz- und eventuell sogar Mittelstreckenraketen abfangen können. Zusammen mit neuen konventionellen Waffen, die fast die gleiche verheerende Wirkung wie Atomköpfe haben und bis auf das Territorium der UdSSR reichen, muß dieses Konzept besonders bedrohlich für die andere Seite wirken, weil es Erstschlagsfähigkeiten aufbaut.

Entmilitarisiertes Europa

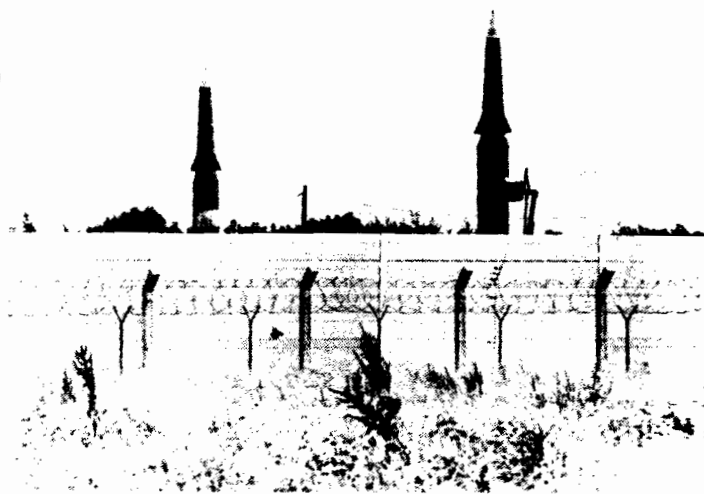
Die Abschreckung war schon seit

Mitte der 50er Jahre mit Kriegsführungsoptionen verbunden. Und Pläne für einen auf Europa begrenzten Konflikt wurden bereits unter den Präsidenten Nixon und Carter diskutiert. Neu ist jedoch die sich abzeichnende Vervollkommen dieser Strategien, die es den US- und NATO-Verbänden erlauben, nuklear und konventionell, offensiv und defensiv kleine und große Kriege zu führen.

Deshalb kann die US-Regierung militärisch gesehen auf die Pershing II und Cruise-Raketen problemlos verzichten, zumal sie in der Vision eines lokalisierbaren und gewinnbaren Konflikts tatsächlich stören. Die Grenzen der Abrüstungswilligkeit sind aber schnell erreicht. Eine Entnuklearisierung Europas würde das zunehmend offensivere NATO-Konzept empfindlich stören.

So gesehen ist der Abrüstungseffekt des Mittelstreckenraketen-Abkommens möglicherweise gleich null. Von einer solcher Null-Lösung sollte sich die Friedensbewegung allerdings nicht beeindrucken lassen. Aus dem Dilemma der gegenwärtigen Sicherheitspolitik führt nur ein Weg: die Thematisierung der Gefahren, die mit dem System der Abschreckung verbunden sind und die Diskussion der Perspektive eines entnuklearen und entmilitarisierten Europas. Gelingt dies nicht, hilft am Ende auch kein Gorbatschow.

Günther Baechler arbeitet am Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik der Universität Hamburg, IFSH.



Abschubsbereite Pershing II Raketen im US-Depot Mutlangen

Foto: Erika Sulzer-Kleinemeier

21.2.1987

Experten einig: Abrüstung ohne Dialog undenkbar

Bad Schwanau. Die Diskutanten waren sich in Kernfragen einig: Abrüstung ist ohne Dialog nicht denkbar, einseitige Abrüstungsschritte bringen nicht automatisch mehr Sicherheit, und ein Austritt aus der NATO ist nicht wünschenswert. Dennoch aber blieben bei der Podiumsdiskussion der Stadtjugendpflege im Jugendfreizeitheim zum Thema „Sicherheitspolitik“ auch eine Reihe Differenzen bestehen.

Obwohl das Thema eigentlich zum Disput reizte und mancher heftige Auseinandersetzungen erwartete, blieb das wesentliche Kennzeichen der zweistündigen Debatte ihre Sachlichkeit und der ruhige Austausch von Argumenten. Dies war vor allem der Verdienst der von der Stadtjugendpflege geladenen Experten, des Jugendoffiziers der 6. Panzergrenadierdivision, Hauptmann Michael Knop, und des Vertreters des Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik der Universität Hamburg, Andreas Pott. Dieses Institut ist von Karl-Friedrich von Weizsäcker gegründet worden.

Den Frieden kennzeichnete der Bundeswehr-Vertreter als Ansatzpunkt der Sicherheitspolitik der Bundesrepublik und zugleich auch der Strategie der NATO. Allein sei die Bundesrepublik nicht fähig, den Frieden zu erhalten. Neben der Stabilität durch ein militärisches Gleichgewicht nannte Hauptmann Knop die Rüstungskontrolle eine weitere Säule der NATO-Sicherheitspolitik.

Politische Funktion

Weil die NATO Kriegsverhinderung wolle, müsse sie konventionell stark sein, um nicht zum Einsatz von Nuklearwaffen gezwungen zu sein. Den Atomwaffen ordnete der Offizier primär eine politische Funktion zu. Knop: „Wir müssen deutlich machen, daß wir willens und in der Lage sind, uns zu verteidigen.“ Er unterstrich zugleich das Verfassungsverbot eines Angriffskrieges und daß Waffen nur bei einem Angriff von außen eingesetzt werden dürften.

Knop wertete das kürzlich stattgefundenen Moskauer Friedensforum als ein hoffnungsvolles Zeichen; es müsse in einen Prozeß der Öffnung des sowjetischen Parteichefs Gorbatschow gegenüber dem Westen eingeordnet werden. Die Strategische Verteidigungsinitiative (SDI) des amerikanischen Präsidenten Reagan ist für ihn bisher nur ein Forschungsprogramm und stelle damit einen Diskussionspunkt in der sicherheits-

politischen Debatte dar. Abrüstung kann laut Knop nur beidseitig erfolgen, und ein NATO-Austritt sei nicht nur wegen der militärischen Folgen indiskutabel.

Kritisch betrachten

Kritisch äußerte sich Friedensforscher Andreas Pott zum SDI-Programm der USA. Damit werde die Erstschlagfähigkeit nach dem Motto „Wer zuerst schießt, überlebt“ gesteigert. Es gehe nicht vorrangig um die Absicht, sondern allein um die Möglichkeit, durch die sich ein potentieller Gegner bedroht fühle.

Auch stelle man bei den USA Tendenzen fest, die Rüstungskontrolle abzulehnen. Als Beispiele nannte er unter anderem auch die Verletzung des ARM-Vertrages (Anti-Raketen-Vertrag). Pott: „Die Führungsmacht des Westens untergräbt mit diesem Versuch der Kriegsführungsfähigkeit die Entspannung.“

Die NATO hat laut Pott ihre Existenzberechtigung, dennoch, müsse man sie kritisch betrachten. Sie solle die Stärke des Bündnisses, nämlich die politische Kooperation, zur Entspannung und zur Rüstungskontrolle einsetzen, denn sie sei mehr als nur ein reines Militärbündnis. Rüstungskontrolle könne nur durch Gespräche, zu denen es keine Alternative gebe, erreicht werden. Einseitige Abrüstung ist nach Potts Einschätzung kontraproduktiv, „weil sie zur Destabilisierung des Bewußtseins über Sicherheit führt und Angst und Unsicherheit produziert.“ Er wies zugleich mahnend auf die Abhängigkeit von Arbeitsplätzen und immer mehr Rüstungsindustrie in unserem Land hin.

Fazit eines interessanten Abends: Mit weniger als 20 Gästen war die Podiumsdiskussion nur schwach besucht. Und unter diesen waren die Jugendlichen noch in der Minderzahl. Dennoch läßt sich die Stadtjugendpflege nicht entmutigen und hält am Konzept der Veranstaltungsreihe „Jugend und Politik“ fest.

Lothar Braun